

**Vergleich der
Wahlprogramme der Parteien
zur Bundestagswahl 2009
zu ausgewählten Themengebieten**

**Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung
Potsdam/Berlin, Juli 2009**

Bearbeitet von Thomas Volkmann

Verwendete Dokumente:

„Wir haben die Kraft – Gemeinsam für unser Land; Regierungsprogramm 2009-2013“, Gemeinsames Wahlprogramm von CDU und CSU vom 28.06.2009
<http://www.cdu.de/doc/pdfc/090628-beschluss-regierungsprogramm-cducsu.pdf>

„Sozial und demokratisch. Anpacken. Für Deutschland. Das Regierungsprogramm der SPD“ vom 14.06.2009
http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/Regierungsprogramm2009_LF_navi.pdf

„Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm der Freien Demokratischen Partei“ vom 17.05.2009
<http://www.liberales.de/files/653/FDP-Bundestagswahlprogramm2009.pdf>

„Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden“, Bundestagswahlprogramm der Partei Die Linke vom 21.06.2009
http://die-linke.de/fileadmin/download/wahlen/pdf/Beschluss_Bundestagswahlprogramm_redTB_revMS_final.pdf

„Der grüne neue Gesellschaftsvertrag. Klima – Arbeit – Gerechtigkeit – Freiheit“, Bundestagswahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen vom 10.05.2009
http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Wahlprogramm/BTW_Wahlprogramm_2009_290609.pdf

Gliederung:

I.	Wirtschaft	S. 03 ff.
1.	Steuern, Finanzen, Haushalt	S. 03
2.	Transferleistungen	S. 05
3.	Finanzmarkt	S. 06
4.	Mittelstand	S. 07
5.	Arbeitsmarkt	S. 09
6.	Soziale Sicherung	S. 10 ff.
	Alterssicherung, Rente	S. 10
	Gesundheit	S. 11
	Pflege	S. 13
7.	Land- und Forstwirtschaft	S. 14
8.	Tourismus	S. 16
II.	Freiheit, Sicherheit, Recht	S. 17 ff.
1.	Datenschutz	S. 17
2.	Innere Sicherheit	S. 19
3.	Rechtsstaat	S. 22
4.	Gesellschaft	S. 23
5.	Kultur und Medien	S. 27
6.	Sport	S. 29
III.	Bildung, Forschung, Innovation	S. 30 ff.
1.	Grundsatz	S. 30
2.	Frühkindliche Bildung	S. 31
3.	Bildungseinrichtungen	S. 32
4.	Berufliche Bildung	S. 34
5.	Lebenslanges Lernen	S. 35
6.	Hochschulen	S. 36
7.	Forschung und Entwicklung	S. 39
IV.	Nachhaltigkeit	S. 41 ff.
1.	Energie und Klimaschutz	S. 41
2.	Verbraucherpolitik	S. 46
3.	Umwelt-/ Naturschutz	S. 48
4.	Mobilität	S. 51
5.	Wohnungspolitik	S. 54
6.	Entsorgungswirtschaft	S. 55
V.	Internationale Politik	S. 56 ff.
1.	Grundsatz	S. 56
2.	Internationale Beziehungen	S. 57
3.	Europa	S. 60
4.	Sicherheitspolitik	S. 62
5.	Entwicklungszusammenarbeit	S. 65
6.	Menschenrechte	S. 66

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Wirtschaft / Steuern, Finanzen, Haushalt	<p>Verantwortungsbewusste Steuerpolitik für Leistungsgechtigkeit: Ziel, dass die Menschen mehr netto vom brutto erhalten; Steuerrecht nach den Prinzipien "einfach, niedrig, gerecht"; keine höhere staatliche Belastung der Energiepreise;</p> <p>Grundlegende Tarifreform, die die "kalte Progression" mildert; Abflachung des Mittelstandsbereiches; Senkung des Eingangssteuersatzes zunächst von 14 auf 13, dann auf 12%; Verschiebungen des Höchststeuersatzes auf Jahreseinkommen ab 55.000 €, später 60.000 €;</p> <p>Unternehmenssteuerreform: Unternehmensbesteuerung auf Krisen verschärfende Wirkungen überprüfen und notwendige Anpassungen vornehmen;</p> <p>Flexiblere Gestaltung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge; Entbürokratisierung und Vereinfachung;</p> <p>Strukturelle Überprüfung der Vorschriften zur Mehrwertsteuerbelastung: Belastungswirkungen korrigieren, insbesondere die europäische Wettbewerbssituation bestimmter Bereiche berücksichtigen;</p>	<p>Handlungsfähiger Staat-solidarisch finanziert: Gesamtsteuerlast muss sich gerecht nach Leistungskraft verteilen; Verbindung wirtschaftlicher Dynamik mit sozialer Gerechtigkeit;</p> <p>Konsequente Vereinfachung: Lohnsteuerbonus einführen; Lohnsteuerpflichtige sollen künftig per Postkarte an das Finanzamt auf die jährliche Einkommensteuererklärung verzichten können; Ehepaare erhalten einen Lohnsteuerbonus in Höhe von 600 €, Singles in Höhe von 300 € pro Jahr;</p> <p>Entlastung der Normalverdienenden: auf absehbare Zeit kein Spielraum für flächendeckende Steuersenkungen; Konzentration der Entlastungen auf die Beziehenden niedriger und mittlerer Einkommen sowie Familien;</p> <p>Absenkung des Eingangssteuersatzes auf 10%; Entlastung bis zu einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 52.882 €;</p> <p>Geschlechtergerechtes Steuersystem: Ehegattensplitting so verändern, dass für beide Partner Erwerbsanreize gegeben sind, die Steuerlast zwischen den Eheleuten gerecht verteilt →</p>	<p>Neues Steuer- und Transfersystem, das soziale Gerechtigkeit, staatliche Fairness und eine nachhaltige Finanzpolitik vereint; gerechte Steuer muss auf Ausnahmen und Sonderregelungen für Einzelfälle weitestgehend verzichten.</p> <p>Einfacher und verständlicher Stufentarif mit Grundfreibetrag und drei weiteren Stufen 10, 25, 35%;</p> <p>Kalte Progression: Gesetzgeber wird verpflichtet, gemeinsam mit dem Existenzminimumsbericht auch den Steuertarif zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.</p> <p>Optionale zweijährige Veranlagungsfrist;</p> <p>Ablehnung einer Einbeziehung der privaten Veräußerungsgewinne in die Abgeltungssteuer.</p> <p>Familien entlasten: Einführung eines Grundfreibetrags von 8.004 € für Erwachsene und Kinder; Anhebung des Kindergeldes auf 200 € pro Kind und Monat für die Familien, die den Kinderfreibetrag wegen zu geringen Einkommens nicht nutzen können.</p> <p>Wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung: Zweistufentarif von 10 und 25%; →</p>	<p>Umverteilung von unten nach oben und von öffentlichen in private Hände umkehren;</p> <p>Erhöhung der Steuern auf hohe Einkommen, hohe Erbschaften und Konzerngewinne;</p> <p>Erhöhung des Grundfreibetrags auf 9.300 €; Versteuerung von Kapitalerträgen wie Zinsen und Dividenden zum persönlichen Steuersatz, statt mit einer Pauschalsteuer von 25%; Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 53%; linearer Anstieg der Steuerbelastung bis zum Spitzensteuersatz (Eintrittspunkt 65.000 €);</p> <p>Abschaffung des Ehegattensplitting; Einführung einer individuellen Besteuerung;</p> <p>Begrenzung des steuerlichen Betriebsausgabenabzugs für Geschäftsführungs-, Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen auf das 20fache des Lohnes eines Facharbeiters bei Vollzeitbeschäftigung in der untersten Lohngruppe;</p> <p>Rücknahme der Senkung der Körperschaftsteuer und Verbreiterung der Bemessungsgrundlage;</p> <p>Einführung einer Börsenumsatzsteuer;</p>	<p>Grundsätzlicher Umbau des Staatshaushaltes; Vereinfachung des Steuersystems; Erschließung zusätzlicher Einnahmequellen; Reduzierung der Ausgaben durch Streichen unsinniger Staatsausgaben und konsequenten Subventionsabbau;</p> <p>Zur Bewältigung der aktuellen Krise zeitlich befristete, einmalige Vermögensabgabe (Art. 106 Grundgesetz), mit der zweckgebunden die Kosten zur Bewältigung der Krise getilgt werden sollen;</p> <p>Anhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer; deutliche Erhöhung des Erbschaftssteueraufkommens; deutlich höherer Freibetrag für Betriebsvermögen, damit kleine und mittlere Betriebe verschont werden; Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft im Steuerrecht mit der Ehe; nur noch eine Steuerklasse mit einem Tarif und entsprechende Anpassung der persönlichen Freibeträge;</p> <p>Sozial gerechte Reform der Einkommensteuer: Spitzensteuersatz auf 45% anheben, aber erst bei einem höheren Einkommen als heute wirksam werden lassen; deutliche →</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Wirtschaft / Steuern, Finanzen, Haushalt (Forts.)	<p>Besteuerungsverfahren deutlich vereinfachen, Steuerverwaltung nachhaltig entlasten.</p> <p>Finanzielle Spielräume, die sich darüber hinaus ergeben, für weitere Steuersenkungen nutzen; zusätzliche Entlastung für Familien;</p> <p>Steuerliche Förderung von klar abgrenzbaren Ausgaben für Forschung und Entwicklung, Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung;</p> <p>Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen in Chancenkapiatal;</p> <p>Überprüfung des Kompromisses zur Erbschaftssteuer insbesondere mit Blick auf seine familiengerechte Ausgestaltung und im Licht der Wirtschafts- und Finanzkrise;</p> <p>Ehegattensplitting voll erhalten; Anhebung der steuerlichen Berücksichtigung von Kindern auf 8.004 €.</p> <p>Solide Finanzen: so bald wie möglich Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung; Haushaltsdisziplin; Überprüfung der staatlich übernommenen Aufgaben auf Notwendigkeit</p>	<p>wird und der Splittingvorteil bei hohen Einkommen gekappt wird;</p> <p>Gerechter Kindergrundfreibetrag: Kinderfreibetrag von derzeit 3864 € schon ab dem 1.1.2010 um weitere 200 € je Kind erhöhen; damit eine verfassungsgemäße Familienbesteuerung garantieren; Familienleistungsausgleich so umgestalten, dass die Wirkung für alle Familien gleich ist; Umgestaltung der Kinderfreibeträge in einen Kindergrundfreibetrag, der alle Kinder gleich fördert;</p> <p>Anhebung des Spitzensteuersatzes als "Bildungssoli";</p> <p>Steuerhinterziehung bekämpfen und Steuerschlupflöcher schließen;</p> <p>Börsenumsatzsteuer in Höhe von 0,5% bis 1,5% des Kurswertes auf mutmaßliche Wertpapiergeschäfte ab einem Umsatz von 1000 €.</p>	<p>Anhebung der Körperschaftsteuer für Kapitalgesellschaften mit Gewinn von über 20.000 € von 15 auf 25%; im Gegenzug Ersetzung der Gewerbesteuer durch Konzept der kommunalen Finanzierung; Umstellung der Umsatzsteuer von Soll- auf Ist-Besteuerung.</p> <p>Haushaltskonsolidierung: prinzipielles Neuverschuldungsverbot für Bund, Länder und Gemeinden; staatliche Ausgaben müssen sich grundsätzlich an der Höhe der Einnahmen orientieren; neue Schulden sind nur in Notlagen zu verantworten;</p> <p>Föderalismus: Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern, innerhalb der Bundesländer und zwischen Ländern und Kommunen; mehr Steuerautonomie für alle Gebietskörperschaften.</p> <p>Erbschaftsteuer zu einer echten Ländersteuer machen.</p>	<p>Wiedererhebung der Vermögenssteuer als Millionärssteuer in Höhe von 5% auf alle Privatvermögen von mehr als einer Million Euro.</p> <p>Jährliches öffentliches Investitionsprogramm in Höhe von 100 Milliarden € für Bildung, Klimaschutz, Verkehr, Gesundheit und eine Energiewende von 2009 an;</p> <p>Einrichtung eines Zukunftsfonds mit 100 Milliarden € für Unternehmen, die sich in Produkten und Verfahren sozial und ökologisch weiterentwickeln wollen;</p> <p>Verteilung von Einkommen und Vermögen gerechter gestalten: deutlich höherer Anteil der Löhne am Volkseinkommen und gerechte Steuerpolitik, welche die Vermögenseinkommen, große Erbschaften und Finanzgeschäfte wesentlich stärker belastet als bisher;</p>	<p>Erhöhung des Grundfreibetrags auf 8.500 €; Einkommensteuerpflichtigkeit für im Ausland lebende Staatsbürgerinnen und Staatsbürger;</p> <p>Bessere Erfassung von Kapitaleinkommen: Lockerung des speziellen steuerlichen Bankgeheimnisses und effektives Vorgehen gegen Steueroasen;</p> <p>Gemeinsame steuerliche europäische Bemessungsgrundlage für Gewinnsteuern und Mindeststeuersätze auf Unternehmensgewinne;</p> <p>Einheitliche Werbungskosten- und Betriebsausgabenpauschale für alle Einkunftsarten von 2000 € pro Jahr;</p> <p>Weiterentwicklung des Ehegattensplittings zur Individualbesteuerung;</p> <p>Weiterentwicklung der Familienförderung in eine einheitliche Kindergrundsicherung;</p> <p>Zusammenführung von privater und betrieblicher Altersvorsorge;</p> <p>Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Wirtschaft / Transferleistungen	<p><u>(s. Ausführungen bei „Soziale Sicherung“)</u></p>	<p>Prinzip Bürgersozialversicherung: Umbau der sozialen Sicherung hin zu Bürgersozialversicherung als Leitprinzip;</p> <p>Entstehen eines Sozialstaates, der alle Bürgerinnen und Bürger bei der Absicherung von Krankheit und Pflege und alle Erwerbstätigen bei der Altersversorgung und der Absicherung von Arbeitslosigkeit in die Solidarität einbezieht;</p> <p>Notwendig ein umfassender gesellschaftlicher Konsens für einen bürgerorientierten Sozialstaat.</p>	<p>Bürgergeld: Zusammenfassung aller steuerfinanzierten Sozialleistungen in einer einzigen Transferleistung; Leistungen werden grundsätzlich pauschaliert gewährt und von einer einzigen Behörde, dem Finanzamt, verwaltet;</p> <p>Bürgergeldanspruch soll für einen Alleinstehenden ohne Kinder im Bundesdurchschnitt 662€ im Monat betragen;</p> <p>Bürgergeld wird vom Finanzamt berechnet und ausgezahlt;</p> <p>Kürzungen bei Ablehnung einer zumutbaren angebotenen Arbeit;</p> <p>Private Altersvorsorge: Verdreifachung des Schonvermögens für private oder betriebliche Altersvorsorge auf 750 € je Lebensjahr; zusätzlich bleibt sonstiges Vermögen bis zu 250 € je Lebensjahr bei Berechnung des Bürgergeldes anrechnungsfrei;</p> <p>Erhöhung der Einkommensgrenze für Minijobs ohne Abgaben für Arbeitnehmer von 400 auf 600 €; volle Sozialversicherungsbeiträge bei Einkommen über 1000 €.</p>	<p>Hartz IV durch eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzen, die Armut tatsächlich verhindert und die Bürgerrechte der Betroffenen achtet:</p> <p>Anspruch für alle in der Bundesrepublik lebenden Menschen, die über kein ausreichendes Einkommen und Vermögen verfügen, um ihren Mindestbedarf zu decken;</p> <p>Perspektivisch: Einführung einer bedarfsdeckenden und sanktionsfreien Mindestsicherung;</p> <p>Nachweisbare Sonderbedarfe werden zusätzlich übernommen; Kindergeld ist anrechnungsfrei; Abschaffung des Sanktionsparagraphen 31 im SGB II; angemessene Wohnkosten in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen ersetzen; Bedarfsgemeinschaft abschaffen, Individualprinzip auf der Basis der gesetzlichen Unterhaltspflichten einführen; Vermögensfreigrenzen auf 20.000 Euro pro Person heraufsetzen und Schonvermögen für die Altersvorsorge auf 700€ pro Lebensjahr anheben;</p> <p>Rückgriffsrecht des Staates gegenüber den Erben von Grundversicherungsbeziehungen und -beziehern (§ 35 SGB II) abschaffen.</p>	<p>Grüne Grundsicherung: Schaffung einer Grundabsicherung, die ohne Sanktionen auskommt und die auf Motivation, Hilfe und Anerkennung statt auf Bestrafung setzt;</p> <p>Erhöhung der Regelsätze für Erwachsene sofort auf zunächst 420 €; regelmäßige Anpassung an die tatsächlichen Lebenshaltungskosten; Ermöglichung zusätzlicher individueller Leistungen in besonderen Not-oder Lebenslagen;</p> <p>Grundbedarf darf nicht durch Sanktionen angetastet werden; Frage nach der Gegenleistung muss durch faire Spielregeln und positive Anreize gelöst werden;</p> <p>Entschärfung der Zumutbarkeitsregeln beim ALG II;</p> <p>Zusätzlicher Verdienst: neben den derzeitigen 100 € soll jeder darüber hinaus verdiente Euro mit mindestens 0,50 € bis zu einer Höhe von 400 € bei den Arbeitslosen verbleiben;</p> <p>Abschaffung der Anrechnung von Partnereinkommen;</p> <p>Besserer Schutz der privaten Altersvorsorge;</p> <p>Perspektivisch Integrierung der Grundsicherung in ein auf Lebenszeit abrufbares Zeitkonto</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Wirtschaft / Finanzmarkt	<p>Soziale Marktwirtschaft als Ordnungsmodell der Internationalen Finanz- und Wirtschaftsordnung;</p> <p>International einheitliche Standards für Deregulierungen und Überwachung; Mitwirken an einer intensiven Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden; Zusammenführung der Bankenaufsicht in Deutschland unter einem Dach; Zusammenführung der Aufsichtsbehörden in der Europäischen Union im Rahmen der Europäischen Zentralbank;</p> <p>Überarbeitung der internationalen Standards zur Rechnungslegung; wirksamere Bankenregulierung; Trennung von Bewertung und Beratung bei Rating-Agenturen; Schaffung einer europäischen Aufsicht über Rating-Agenturen zur Überwachung der Standards für Risikobewertung und Vergabe von Bonitätsurteilen;</p> <p>Mehr Transparenz für Finanzinvestoren; international abgestimmtes Regelwerk für Hedge-Fonds;</p> <p>Abschluss der Doha-Runde, um Handelsbarrieren abzubauen und Märkte zu öffnen.</p>	<p>Regeln für die Banken: Finanzdienstleister müssen mehr Verantwortung für die Risiken übernehmen; zukünftig keine Geschäfte mehr außerhalb der Bilanz; bessere Eigenkapitalausstattung von Unternehmen; international abgestimmte Initiativen für Transparenz und Kontrolle;</p> <p>Regulierung von Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds: Registrierung und lückenlose Überwachung auf europäischer und internationaler Ebene; Verbesserung der Transparenz; höhere Eigenkapitalanforderungen auch bei Vergabe von Krediten an die Fonds; Regeln gegen zu starke Verschuldung von Unternehmen durch Fonds;</p> <p>Unabhängige Rating-Agenturen: wirkungsvolle Registrierung, klare Regeln zur Verhinderung von Interessenkonflikten; Transparenz in und von Rating-Agenturen; Reduzierung des Stellenwertes von Rating-Agenturen im Rahmen der notwendigen Neuregelung der Finanzmarktregulierung;</p> <p>Begrenzung von Managergehältern;</p> <p>Bekämpfung von Steuerhinterziehung;</p> <p>TÜV für Finanzprodukte.</p>	<p>Ziel jeder Regulierung am Finanzmarkt muss funktionsfähiger Wettbewerb sein; nicht mehr, sondern bessere Regelungen für den Finanzmarkt.</p> <p>Unverzögliche Effektivierung der staatlichen Bankenaufsicht auf nationaler und internationaler Ebene; konsequente Überprüfung und Anpassung der Regulierungen; nachhaltige Verbesserungen bei der staatlichen und konzerninternen Aufsicht;</p> <p>Einsetzung eines Re- Privatisierungsrates;</p> <p>Verhaltenskodex für Führungskräfte in Übereinstimmung mit gesellschaftlichen Werten und Normen;</p> <p>Konzentration der Bankenaufsicht bei der unabhängigen Bundesbank.</p> <p>Bessere Vernetzung der mehr als 70 Finanzmarktaufsichtsbehörden in der EU.</p> <p>Neuausrichtung der Vorstandsvergütungen in Aktiengesellschaften;</p> <p>Modernisierung der bankeninternen Kontroll- und Überwachungsfunktionen, Schaffung effizienterer Aufsichtsstrukturen innerhalb der Unternehmen.</p> <p>Ehrenkodex für Betriebsräte.</p>	<p>Private Banken vergesellschafteten, Finanzsektor öffentlicher Kontrolle unterwerfen und strikt regulieren; Verbot von Leerverkäufen, außerbilanziellen Zweckgesellschaften, Derivaten, Hedge-Fonds und Private-Equity-Gesellschaften;</p> <p>Steuerparadies austrocknen,</p> <p>Zinsgünstige Finanzierung sinnvoller Investitionen gewährleisten; faire Konditionen für kleine und mittlere Unternehmen sowie Konsumentinnen und Konsumenten;</p> <p>Kostenloses Girokonto für jede und jeden;</p> <p>Börsenumsatzsteuer am Finanzplatz Deutschland und möglichst international einführen;</p>	<p>Nachhaltige Strukturveränderung der Marktregulierungsinstrumente;</p> <p>Verbot besonders riskanter Finanzprodukte, Geltung der Eigenkapitalvorschriften für alle Finanzinstitutionen;</p> <p>Stärkung der Rechte von Kreditnehmern;</p> <p>Gemeinsames europäisches Vorgehen gegen Steuerparadiese;</p> <p>Europäische Finanzumsatzsteuer; keine steuerlichen Privilegien für Finanzprodukte; Prüfungen der Wiedereinführung der Besteuerung von Gewinnen aus dem Verkauf von Unternehmensbeteiligungen;</p> <p>Europäische Finanzaufsicht; Regeln für Rating-Agenturen; strikte Trennung von Beratungsgeschäft und Bewertung;</p> <p>Betriebsausgabenabzug von Managergehältern auf 500.000 € jährlich pro Kopf begrenzen;</p> <p>Staatliche Beteiligungen statt Krediten oder Bürgschaften ohne Einfluss; aber: kein dauerhafter staatlicher Besitz;</p> <p>Neuordnung des öffentlichen Bankensektors; Stärkung der Sparkassen; Reduzierung der Anzahl der Landesbanken</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Wirtschaft / Mittelstand	<p>Mittelstand stärken: Vermeidung einer Kreditklemme; Bekenntnis zum deutschen Drei-Säulen-Bankmodell; Änderung der Rating-Vorgaben für die Banken;</p> <p>Bürokratie: Abbau aller nationalen Statistik- und Berichtspflichten netto um 25% bis 2011; Stärkung des Normenkontrollrates, Ausweitung seiner Kompetenzen; Überprüfung aller Gesetzesvorhaben von Bundestag und Bundesrat auf Bürokratiekosten;</p> <p>Einfachere und bessere Gesetzgebung; intensivere Nutzung der Möglichkeiten der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien; wettbewerbsneutrale Umsetzung (1:1) der EU-Richtlinien; Ablehnung weiterer Antidiskriminierungs-Vorgaben der EU;</p> <p>Stärkung des Meisterprinzips im Handwerk national und im europäischen Kontext;</p> <p>Einsatz für ein verbessertes Patentsystem in Europa;</p> <p>Weitere Steigerung der Forschungsförderung für den Mittelstand zur Intensivierung des Technologietransfers; weitere Förderung der Zusammenarbeit von Forschungsinstituten und Hochschulen.</p>	<p>Soziale Marktwirtschaft braucht starke Unternehmerinnen und Unternehmer;</p> <p>Mittelstandsförderung: für einen sicheren Kapitalzugang für den Mittelstand sorgen; stärkere Unterstützung des genossenschaftlichen Sektors;</p> <p>Neue Gründungskultur: Schaffung von neuen Anlaufstellen für Existenzgründerinnen und Existenzgründer flächendeckend in Form eines One-Stop-Shops; Erleichterung des Zugangs zu Wagniskapital; Entwicklung, Umsetzung und Ausbau gezielter Beratungsangebote, insbesondere für ältere Gründer und Frauen;</p> <p>Weniger Bürokratie: Erleichterungen im Verwaltungsverfahren, Reduktion von Informations- und Statistikpflichten; Ermöglichung der Erfüllung von Dokumentationspflichten auch auf elektronischem Wege;</p> <p>Stärkung des Modells des High-Tech-Gründerfonds;</p> <p>Unterstützung des Handwerks.</p>	<p>Mittelstand stärken: Schutz der Tarifautonomie vor staatlichen Lohndiktaten; wo es für die Beschäftigten günstiger ist, muss auch vom Tarifvertrag abgewichen werden können;</p> <p>Begrenzung der Kosten der betrieblichen Mitbestimmung; deutliche Reduzierung der gesetzlich vorgegebenen Zahl der Betriebsratsmitglieder; Betriebsrat erst in Unternehmen ab 20 Beschäftigten; Freistellung von Betriebsratsmitgliedern erst in Unternehmen ab 500 Beschäftigten;</p> <p>Kündigungsschutz erst für Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten und nach einer Beschäftigungsdauer von zwei Jahren; aber uneingeschränkter Kündigungsschutz gegen willkürliche Kündigungen; Abschaffung des generellen Vorbeschäftigungsverbots für sachgrundlos befristete Einstellungen;</p> <p>Gewerkschaftsprivileg: Ersetzung der paritätischen Mitbestimmung durch Drittelparität;</p> <p>Reduzierung der bestehenden bürokratischen Lasten; zusätzliche Bürokratielasten muss der Staat den Unternehmen vergüten; Ausbau des Normenkontrollverfahrens zu einem wirklichen Bürokratie-TÜV.</p>	<p>Kleine und mittlere Unternehmen wirksamer schützen: bessere Abschreibungsregeln schaffen;</p> <p>IHK-Beiträge bis zu einem Gewerbeertrag von 30.000 € aussetzen;</p> <p>Vorschriften für die Auftragsvergabe an und von Großunternehmen verschärfen (kleine Lose);</p> <p>Strikteres Wettbewerbs- und Kartellrecht gegen Strom- und Gaskonzerne schaffen;</p> <p>Durchsetzung von Forderungen gesetzlich erleichtern;</p> <p>Patentrecht mit dem Ziel der leichteren und schnelleren Verwertung von Erfindungen auch durch kleine und mittlere Unternehmen reformieren.</p>	<p>Neue Kultur der Selbstständigkeit: Gründungshemmnisse abbauen; gesellschaftliches Innovationsklima fördern;</p> <p>Patentrecht so weiterentwickeln, dass es Kultur der Selbstständigkeit fördert und nicht hemmt;</p> <p>Besserer Zugang zu Wagniskapital, bessere Versorgung mit Mikrokrediten;</p> <p>Mehr und bessere Beratungsangebote für Gründerinnen und Gründer, gerade für Erwerbslose, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderungen; mehr Unterstützung und finanzielle Ausstattung für Gründungen, vor allem für solche, die aus der Arbeitslosigkeit heraus erfolgen;</p> <p>Überprüfung der Zwangsgliedschaft in den Kammern, stärkere Öffnung ihrer Gremien für Menschen mit Migrationshintergrund;</p> <p>Unterstützung für die Verbindung gesellschaftlicher Anliegen mit unternehmerischem Handeln;</p> <p>Entbürokratisierung der genossenschaftlichen Rechtsform;</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Wirtschaft / Mittelstand (Forts.)			<p>Vergaberecht leistungsfähig, transparent und unbürokratisch gestalten; Abschaffung von vergabefremden Kriterien; deutliche Verbesserung der Zahlungsmoral der öffentlichen Hand durch Vergaberechtsreform;</p> <p>Stärkere Ausrichtung der Förderung von Forschung und Entwicklung auf den Mittelstand; Intensivierung der Kooperation zwischen Wissenschaft und mittelständischen Unternehmen;</p> <p>Stärkere Ausrichtung des Patentwesens auf die Bedürfnisse des Mittelstands; spürbare Senkung der Kosten für Anmeldung und Aufrechterhaltung eines Patentes gerade für kleine und mittlere Unternehmen;</p> <p>Verbesserung der Mittelstandsfinanzierung; niedrige Steuern zur Stärkung der Eigenkapitaldecke; Zuständigkeit des Bundeswirtschaftsministeriums für Fördergelder; Rückführung der KfW auf ein reines Förderinstitut.</p>		<p>Programm, das bürokratische Hemmnisse beseitigt, Anschubfinanzierung leistet, einen sicheren rechtlichen Rahmen für regionale Geldinitiativen schafft und Diskriminierung von Genossenschaften bei den Programmen der Bundesanstalt für Arbeit beendet;</p> <p>Rechtssichere und handhabbare Ausgestaltung der sozialen und der Nachhaltigkeitskriterien im Vergaberecht; dabei keine Benachteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Wirtschaft / Arbeitsmarkt	<p>Tarifautonomie stärken; Lohnfindung soll nicht verstaatlicht werden, sondern Aufgabe der Tarifpartner bleiben; gesetzliche Klarstellung des Verbotes sittenwidriger Löhne zur Verhinderung von Lohndumping;</p> <p>Mindesteinkommen für alle; nicht einheitlicher, gesetzlicher Mindestlohn, sondern, wo erforderlich, Kombination aus fairen Löhnen und ergänzenden staatlichen Leistungen; Erhalt der Minijobs;</p> <p>Stabilisierung der Lohnzusatzkosten;</p> <p>Effektive und effiziente Arbeitsmarktpolitik; Förderung marktgerechter Arbeitsplätze statt Finanzierung von Arbeitslosigkeit;</p> <p>Verbesserungen bei der Bundesagentur für Arbeit;</p> <p>Demographischer Wandel: Beschäftigungsperspektiven in personenbezogenen Dienstleistungen fördern; Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Älteren und Frauen; konsequente Fortführung von Programmen zur Eingliederung Älterer in den Arbeitsmarkt; attraktivere Gestaltung des Erzieherberufs; Unterstützung von Menschen mit Behinderung durch Eingliederungszuschüsse.</p>	<p>Neue Arbeit in den Märkten der Zukunft schaffen: Entstehen neuer Arbeit dort, wo Menschen Dienstleistungen für Menschen erbringen;</p> <p>Kreativwirtschaft: Erleichterung von Unternehmensgründungen durch Zugang zu Gründungskapital sowie Mikrokredite;</p> <p>Beste Vermittlung in Arbeit: Zahl der Arbeitsmittler in Zeiten der wirtschaftlichen Krise aufstocken; verfassungskonforme Nachfolgeregelung für die Arbeitsgemeinschaften von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen schaffen; Instrumentarium der Arbeitsvermittlung kontinuierlich weiter verbessern; Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus besser fördern; bessere Einbeziehung von Einwanderern in den Arbeitsmarkt; weiterer Ausbau der Kommunal-Kombi;</p> <p>Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu Arbeitsversicherung, die dabei hilft, Arbeitslosigkeit zu vermeiden;</p> <p>Allgemeinverbindliche tarifliche Mindestlöhne in möglichst vielen Branchen; derzeitige Orientierungsmarke 7,50 €;</p> <p>Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stärken.</p>	<p>Arbeitsverwaltung: bürgerfreundliche Arbeitsvermittlung vor Ort;</p> <p>Übertragung der Aufgaben der örtlichen Agenturen und ARGEN auf die Kommunen; Auflösung der Bundesagentur für Arbeit, Neuordnung in einem Dreisäulen-Modell aus Versicherungsagentur, kleiner Arbeitsmarktagentur und vielen kommunalen Jobcentern;</p> <p>Abschaffung doppelter Verwaltungsstrukturen und dadurch mittelfristig weitere Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung;</p> <p>Keine vollständige Privatisierung der Arbeitsvermittlung;</p> <p>Stärkung des Versicherungsprinzips bei der Arbeitslosenversicherung;</p> <p>Ablehnung einer Staffelung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I nach der vorhergegangenen Beschäftigungsdauer, stattdessen Wahlfreiheit bei den Tarifen.</p> <p>Keine Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen.</p>	<p>Zukunftsprogramm mit Investitionen von 100 Milliarden € pro Jahr für 2 Millionen Arbeitsplätze auflegen;</p> <p>1 Mio. Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst schaffen; 500.000 Arbeitsplätze in einem öffentlich geförderten, gemeinnützigen Beschäftigungssektor;</p> <p>Aktive Arbeitsmarktpolitik ausbauen: Weiterbildung stärken; öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen schaffen;</p> <p>Zumutbarkeit von Arbeit für ALG I-Beziehende an neue Bedingungen knüpfen; Hartz IV abschaffen und durch eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzen;</p> <p>Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns, der in der nächsten Wahlperiode auf 10 € erhöht wird und jedes Jahr zumindest in dem Maße wächst, wie die Lebenshaltungskosten steigen;</p> <p>Allgemeinverbindlichkeitserklärung für höhere tarifliche Mindestlöhne, auch ohne Zustimmung der Arbeitgeberverbände;</p> <p>Rechte von abhängig Beschäftigten mit Kindern stärken; Arbeitszeit für Vollzeitbeschäftigte verkürzen.</p>	<p>Schaffung von einer Million neuer Jobs in den nächsten vier Jahren, indem Zukunftsinvestitionen vorgezogen und die ökologischen und sozialen Schwächen der Wirtschaftsordnung beseitigt werden;</p> <p>400.000 neue Jobs durch ökologische Modernisierung;</p> <p>185.000 neue Jobs durch Bildungsinvestitionen (Erzieherinnen, Fach- und Lehrkräfte);</p> <p>150.000 neue Jobs durch Investitionen in ein sozial gerechtes Gesundheitssystem; 60.000 neue Jobs im sozialen Arbeitsmarkt (langzeitarbeitslose Menschen durch langfristig geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wieder integrieren); 200.000 neue Jobs durch den Abbau von Schwarzarbeit;</p> <p>Verbesserung der Bedingungen für Arbeitnehmer;</p> <p>Mehr Weiterbildung im Beruf, flexible Arbeitszeitmodelle (Lebensarbeitszeitkonten), Unterstützung bei Vereinbarkeit von Kindern und Beruf, Beteiligungen am Unternehmensgewinn;</p> <p>Verbandsklagerecht für Gewerkschaften;</p> <p>aktive Gestaltung der Arbeitsmigration.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Soziale Sicherung / Alterssicherung, Rente	<p>Altersvorsorge in Deutschland ist verlässlich, nicht zuletzt dank der maßvollen Anhebung des Renteneintrittsalters;</p> <p>Gesetzliche Rentenversicherung ist erfolgreichstes Instrument zur Vermeidung von Armut im Alter; Festhalten auch in Zukunft am bewährten gegliederten System der Alterssicherung;</p> <p>Eindämmung der Gefahr ansteigender Altersarmut; bedarfsabhängige Ausgestaltung und Finanzierung aus Steuermitteln einer Rente oberhalb des Existenzminimums für Bürgerinnen und Bürger, die ein Leben lang in Vollzeit beschäftigt waren;</p> <p>Einsatz für eine Rentenentwicklung, die eine verlässliche und gerechte Beteiligung an der allgemeinen Einkommensentwicklung gewährleistet, ohne der jüngeren Generation Chancen auf Entfaltung und Wohlstand zu nehmen;</p> <p>Schließung bestehender Gerechtigkeitslücken in der Rente;</p> <p>bessere Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten in der Rente.</p>	<p>Stabilisierung der bestehenden Alterssicherung;</p> <p>Schaffung eines Anspruchs auf geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für deutlich leistungsgeminderte Langzeitarbeitslose über 60;</p> <p>Schließung von Lücken in der Versicherungsbiografie; Instrument der Rente nach Mindesteinkommen bei langjährig Versicherten für Beitragszeiten bis Ende 2010 verlängern;</p> <p>Verbesserung der Absicherung durch die zweite und dritte Säule der Alterssicherung; zukünftige Absicherung auch des Risikos der Erwerbsunfähigkeit obligatorisch und zu gleichen Konditionen;</p> <p>Durchsetzung eines einheitlichen Rentensystems in Ost und West;</p> <p>Förderung des flexiblen Übergangs vom Erwerbsleben in die Altersrente; Verlängerung der Altersteilzeit bis 2015, wenn ein Unternehmen eine freierwerdende Stelle mit einem Auszubildenden oder Ausbildungsabsolventen neu besetzt; Möglichkeit der Teilrente ab 60;</p> <p>Weiterentwicklung der Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung; Ausweitung auf Solo-Selbständige.</p>	<p>Gesetzliche Rente muss besser auf die finanziellen Auswirkungen der Alterung der Gesellschaft vorbereitet werden;</p> <p>Umbau zu privater Kapitaldeckung; flexible und selbstständige Gestaltung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand auf Basis einer eigenen Entscheidung und vor dem Hintergrund erworbener Anwartschaften und Versorgungsleistungen;</p> <p>Versicherte sollen ab dem 60. Lebensjahr bei versicherungsmathematisch korrekten Zu- und Abschlägen den Zeitpunkt des Renteneintritts frei wählen können; Aufhebung der Zuverdienstgrenzen neben dem Rentenbezug; Vereinheitlichung des Rentenrechts in Ost und West; faire Nachversicherungslösungen für einzelne Versicherten Gruppen, die bei der Rentenüberleitung Rentenansprüche verloren haben.</p> <p>Stärkung der privaten und betrieblichen kapitalgedeckten Vorsorge; Verbesserung der Portabilität betrieblicher Altersvorsorge; stärkere Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten in der kapitalgedeckten Altersvorsorge; bei Grundsicherung im Alter nur teilweise Anrechnung der eigenen Altersvorsorge.</p>	<p>Lebensstandard im Alter sichern und langjährigen Beitragszahlern eine Rente deutlich oberhalb des Grundsicherungslevels bieten;</p> <p>Sämtliche Kürzungsfaktoren aus der Rentenformel streichen;</p> <p>Selbstständige, Beamte, Politiker in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen;</p> <p>Beitragsbemessungsgrenze aufheben, damit verbundene Rentenerhöhung abflachen; staatliche Unterstützung der privaten Vorsorge einstellen, erworbene Ansprüche und staatliche Fördermittel überführen;</p> <p>Rente ab 67 wieder abschaffen und flexible Ausstiegsmöglichkeiten ohne Abschläge vor dem 65. Lebensjahr schaffen; Förderung der Altersteilzeit durch Bundesagentur für Arbeit fortsetzen; erleichterten und abschlagsfreien Zugang zu Erwerbsminderungsrenten eröffnen;</p> <p>Berufsunfähigkeitsrente wieder einführen;</p> <p>Armut im Alter verhindern: kein Mensch darf im Rentenalter weniger als 800 Euro im Monat zum Leben haben;</p> <p>Rentenungerechtigkeit zwischen Ost und West beseitigen.</p>	<p>Einführung eines Alterssicherungssystems, das nachhaltig finanziert wird und allen eine eigenständige Rente gewährt, das wirksam vor Armut schützt und nicht zusätzliche Grundsicherungsleistungen erfordert;</p> <p>Einführung einer solidarisch finanzierten Garantierente, die aus Steuermitteln finanziert wird; langfristig Weiterentwicklung der Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung für alle, in die alle Erwachsenen unabhängig vom Erwerbsstatus mit Beiträgen auf alle Einkommen einzahlen;</p> <p>Anhebung der Renteneinzahlungen für Langzeitarbeitslose in einem ersten Schritt wieder auf das frühere Niveau, im nächsten Schritt an den Satz der ALG I Beziehenden angeglichen; erheblich höheres Schonvermögen für die Altersvorsorgeaufwendungen für Langzeitarbeitslose;</p> <p>Flexible Übergangsmöglichkeiten in den Ruhestand; Senkung der Altersgrenze für eine abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente auf 63 Jahre; Möglichkeit des Bezugs von Teilrente bereits ab dem 60. Lebensjahr.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Soziale Sicherung / Gesundheit	<p>Ständige Weiterentwicklung der Struktur, Organisation und Finanzierung sowohl der gesetzlichen als auch der privaten Krankenversicherung;</p> <p>Mehr Transparenz und Wettbewerb und weniger Bürokratie im Gesundheitswesen; Freie Berufe müssen auch weiterhin eine der tragenden Säulen erstklassiger Patientenversorgung sein; Reduktion von bürokratischen Vorgaben und Dokumentationspflichten auf ein unabdingbar notwendiges Maß;</p> <p>Ablehnung einer Staatsmedizin; partnerschaftliches Handeln der Beteiligten in einem selbstverwalteten Gesundheitswesen;</p> <p>Therapiefreiheit, freie Arzt- und Krankenhauswahl sowie freie Gesundheitsberufe als Kern eines freiheitlichen Gesundheitswesens;</p> <p>Zulassung von medizinischen Versorgungszentren nur unter bestimmten Voraussetzungen; eigentümergeführte Apotheken und strikte Grenzen für den Arzneimittelversandhandel;</p> <p>Stärkung von Motivation und Leistungsbereitschaft in den Gesundheitsberufen; Sicherung von attraktiven Bedingungen auch in ländlichen Regionen;</p>	<p>Heranziehung aller Einkommen zur Finanzierung der Gesundheitsaufgaben; Erhöhung des Steueranteils für die gesetzliche Krankenversicherung; im Rahmen der Gesundheitsreform Weiterentwicklung des neuen Risikoausgleichs, der die unterschiedlichen Krankheitsrisiken berücksichtigt, und Einbeziehung der privaten Krankenversicherung;</p> <p>Paritätische Finanzierung des Beitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern;</p> <p>Einführung eines Risikoausgleichs zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung;</p> <p>Gleicher Zugang aller Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen zu einer guten Gesundheitsversorgung; weitere Schritte zur Flexibilisierung des Vertragsgeschehens; Einführung einer einheitlichen Gebührenordnung für die ambulante medizinische Versorgung;</p> <p>Weitere Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Versorgung;</p> <p>Wohnortnahe ambulante Versorgung durch niedergelassene Haus- und Fachärzte, Sicherung →</p>	<p>Umsteuern in ein freiheitliches System, das Solidarität und Eigenverantwortung in Einklang bringt, Schluss macht mit einer zentral gesteuerten Staatsmedizin und der sozialen Bevormundung der Patienten und den Bürgern den notwendigen Gestaltungsspielraum für ihre Versicherungs- und Therapieentscheidungen gibt;</p> <p>Stärkung des Wettbewerbs im Gesundheitssektor;</p> <p>So viel Gestaltungsfreiheit und Eigenverantwortung für den Einzelnen wie möglich, aber gleichzeitig genügend garantierte Sicherheit, um bei einer Erkrankung nicht in eine finanzielle Notlage zu geraten;</p> <p>Krankenversicherung: leistungsgerechtes Prämiensystem statt Lohnbezogenheit der Beiträge und Umlageverfahren;</p> <p>Überführung des sozialen Ausgleichs zwischen einkommensstarken und einkommensschwachen in das Steuer- und Transfersystem;</p> <p>Leistungsgerechte und transparente Vergütung für Ärzte, Krankenhäuser und alle anderen medizinischen Fachkräfte und Einrichtungen; Freiberuflichkeit als Garant für Gesundheitsversorgung;</p>	<p>Einbeziehung aller Berufsgruppen und Einkommensarten in die Finanzierung; Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenze aufheben und den Sonderbeitrag für Arbeitnehmer und Rentner wieder abschaffen;</p> <p>Finanzielle Anreize im Gesundheitswesen so ändern, dass Gesunderhaltung und Heilung lohnender sind als Umsatzsteigerung durch möglichst hohe „Fallzahlen“;</p> <p>Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung wieder am medizinischen Bedarf ausrichten;</p> <p>Unbeschränkter Zugang für alle; Abschaffung aller Zuzahlungen, einschließlich der Praxisgebühr; Anspruch auf Brillen und Zahnersatz wieder einführen;</p> <p>Patienteninteressen in den Mittelpunkt stellen: Effektivität und Qualität nicht der Wirtschaftlichkeit unterordnen,</p> <p>Medikamente durch die Einführung einer Positivliste mit festen Preisen bezahlbar machen, die Mehrwertsteuer für Arzneimittel auf den ermäßigten Satz von sieben Prozent senken; die Rechte von Patienten und Pflegebedürftigen ausbauen und stärken; die Forschung am medizinischen Bedarf orientieren;</p>	<p>Richtungswechsel weg vom Gesundheitswesen als bloßem Reparaturbetrieb, hin zu einem Gesundheitswesen mit mehr Prävention und Gesundheitsförderung;</p> <p>Ziel, die gesundheitliche Versorgung weiter zu verbessern und den Zugang zur medizinisch notwendigen Versorgung hoher Qualität unabhängig von Einkommen, Geschlecht, Herkunft, sozialer Lage und Wohnort sicherzustellen;</p> <p>Einbeziehung aller Menschen in die solidarische Finanzierung und damit Abschaffung der Zweiklassenmedizin; zügige Wiederabwicklung des Gesundheitsfonds; Einführung einer Bürgerversicherung, in die alle gemäß ihrer tatsächlichen Leistungsfähigkeit einbezahlen und die allen unabhängig von ihrem Geldbeutel die notwendige und angemessene medizinische Versorgung garantiert;</p> <p>Einbeziehung auch anderer Einkommensarten wie Kapitaleinkommen und Einkommen aus gewerblicher Vermietung und Verpachtung in die Finanzierung; Einräumen von Freigrenzen und Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze;</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Soziale Sicherung / Gesundheit (Forts.)	<p>Bestehende Krankenhausfinanzierung hat sich bewährt; Ziel ist Sicherungen der Finanzierbarkeit der gesundheitlichen Versorgung und mittelfristige Weiterentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung auch im Hinblick auf mehr Generationengerechtigkeit;</p> <p>Zusätzliche Belastungen für die Versicherten in Grenzen halten und Entlastungsspielräume nutzen; Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen ist dabei ein wichtiges Element.</p>	<p>der freien Arztwahl und Stärkung der Zusammenarbeit der ambulant tätigen Haus- und Fachärzte mit Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen;</p> <p>Schwerpunktsetzung auf Geriatrie und Palliativversorgung für alle Gesundheitsberufe in Ausbildung, Forschung und Arbeit;</p> <p>Geschlechterspezifische Forschung und Versorgung als Ausdruck des Gendergedankens;</p> <p>Präventionsgesetz zur Stärkung der Primärprävention und zur Definierung von Gesundheitszielen als Handlungsrahmen;</p> <p>Bessere und transparentere Patientenrechte.</p>	<p>Public-Private-Partnership-Projekte zur Verbesserung des Gesundheitssystems und der Gesundheitsinfrastruktur nutzen;</p> <p>Hohe Datenschutzstandards, auch für die elektronische Gesundheitskarte;</p> <p>Kostenerstattungsprinzip, unbürokratisch ausgestaltete Selbstbeteiligung; Ablehnung der Praxisgebühr.</p> <p>Verbesserung der Versorgung mit Leid mindernder Palliativmedizin sowie Ausbildung von Ärzten und Pflegekräften in Palliativmedizin und -pflege.</p>	<p>Elektronische Gesundheitskarte nicht einführen, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung schützen; den kranken Menschen statt den gläsernen Patienten in den Mittelpunkt solidarischer Gesundheitspolitik stellen;</p> <p>Bedarfsgerechte, wohnortnahe Versorgung für alle sicherstellen; Privatisierung von Krankenhäusern und medizinischen Versorgungszentren stoppen bzw. rückgängig machen;</p> <p>Staatliche Krankenhausplanung und -finanzierung erhalten; dem Mangel an Ärztinnen und Ärzten und Pflegefachkräften in ambulanten und stationären Einrichtungen insbesondere in ländlichen Regionen durch planmäßige Nachwuchsförderung, gute Bezahlung sowie eine enge Vernetzung ambulanter und stationärer Einrichtungen (Polikliniken), durch Schaffung von Gemeindeschwesterstationen bzw. kommunalen Sozialstationen und durch gezielte Förderung unterversorgter Gebiete entgegensteuern;</p> <p>Präventionsgesetz einführen, kommunale Gesundheitsdienste ausbauen;</p>	<p>Abschaffung von Praxisgebühr und Medikamentenzuzahlung;</p> <p>Einführung eines wirksamen Präventionsgesetzes, Schaffung der finanziellen Voraussetzungen, dass die in den Kommunen bereits bestehenden Angebote der Gesundheitsförderung eine verlässliche Basis erhalten und sich bei einer guten Qualität weiter entwickeln können;</p> <p>Verbesserung der wohnortnahen Versorgung und Betreuung chronisch kranker Menschen; Förderung der Zusammenarbeit von Ärzten, Apothekern, anderen Gesundheitsberufen und Krankenhäusern;</p> <p>Naturheilmittel und komplementärmedizinische Angebote müssen einen gleichberechtigten Stellenwert in der gesundheitlichen Versorgung erhalten;</p> <p>Stärkung der hausarztzentrierten Versorgung; Ausbau der integrierten Versorgung</p> <p>Stärkung der Position von Patienten, Pflegebedürftigen und Pflegepersonen durch unabhängige Beratungsangebote, Evaluierung und Offenlegung guter und schlechter Qualität und ein Patientenrechtegesetz;</p> <p>Geschlechtergerechte Gesundheits- und Pharmaforschung.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Soziale Sicherung / Pflege	<p>Umfassende soziale Absicherung ist unverzichtbar; sie entbindet jedoch den einzelnen nicht davon, seine Eigenverantwortung und Eigeninitiative zur Absicherung des Pflegerisikos und zur Gestaltung der Pflege wahrzunehmen;</p> <p>Neue, differenzierte Definition der Pflegebedürftigkeit; mehr Leistungsgerechtigkeit in der Pflegeversicherung;</p> <p>Arbeit der Kranken- und Altenpflege muss attraktiver werden und zur Professionalisierung der Pflege beitragen;</p> <p>Stärkung der Pflege in der Familie, bessere Achtung der Leistungen pflegender Angehöriger;</p> <p>Verbesserung der Pflege- und Betreuungsqualität älterer Menschen und der Vereinbarkeit von beruflichen Tätigkeiten und privater Pflege;</p> <p>Qualifizierung von Pflegestützpunkten als Anlaufstellen für Angehörige;</p> <p>Motivierung von Unternehmen, sich an Programmen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu beteiligen; Nutzbarmachung bereits bestehender Netzwerke und Mehrgenerationenhäuser für die Unternehmen.</p>	<p>Zielgenauere Ausrichtung der Hilfen der Pflegeversicherung auf die individuellen Bedürfnisse der Pflegebedürftigen durch Weiterentwicklung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs;</p> <p>Weg von der "Minuten-Pflege", hin zu einer Pflege, die den Menschen in seiner Gesamtheit wahrnimmt und den Hilfebedarf an dem Grad der Einschränkung seiner Selbstständigkeit ausrichtet;</p> <p>Weiterentwicklung der Hilfen vor Ort, damit für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen überall wohnortnahe Unterstützungsangebote zur Verfügung stehen und die häusliche Pflege gestärkt werden kann;</p> <p>Einführung eines Anspruchs auf bezahlte Freistellung von der Arbeit von bis zu 10 Tagen für nahe Angehörige, damit sie bei akut auftretender Pflegebedürftigkeit die nötige Zeit zur Organisation der Pflege zur Verfügung haben.</p>	<p>Gleitender Übergang in ein kapitalgedecktes und prämiertenfinanziertes System;</p> <p>Befreiung der Pflegeversicherung aus der demographischen Falle;</p> <p>Verhinderung des im bisherigen Umlagesystems für die nächsten Jahrzehnte drohenden dauerhaften Anstiegs der Beitragsätze;</p> <p>dauerhafte Gewährleistung einer guten Qualität der Pflege;</p> <p>Erreichen einer fairen Lastenverteilung zwischen den Generationen;</p> <p>Pflegebedürftige und Angehörige brauchen mehr Transparenz über die existierenden Leistungsangebote, ihren Preis und vor allem ihre Qualität;</p> <p>Mehr Zeit für menschliche Zuwendung durch konsequente Entlastung der Leistungsanbieter von bürokratischen Hemmnissen.</p>	<p>Pflegenotstand beseitigen: die Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegesystem besser qualifizieren und tariflich bezahlen,</p> <p>Pflegesätze den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen anpassen,</p> <p>Stationäre Versorgung von Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern verbessern;</p> <p>Einheitliche Personalschlüssel entwickeln, die ganzheitliche Pflege ermöglichen,</p> <p>Angehörige und Pflegenden beraten und finanziell und sozialrechtlich besserstellen.</p>	<p>Verbesserung der Qualität in der Pflege durch mehr Transparenz und durch die Einbeziehung der Betroffenen;</p> <p>Mehr Anerkennung und bessere Möglichkeiten zur Fort- und Weiterbildung für Pflegekräfte;</p> <p>Einführung und Weiterentwicklung des Persönlichen Budgets in der Pflege;</p> <p>Wohnortnahe und interessennabhängige Angebote zur Beratung und Begleitung;</p> <p>Bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf; Einführung einer dreimonatigen Pflegezeit mit einer Lohnersatzleistung; Pflegezeit soll nicht nur engen Verwandten offen stehen, sondern allen, die die Pflege von Angehörigen oder Freundinnen und Freunden organisieren oder sie beim Sterben begleiten;</p> <p>Deutliche Erweiterung der Finanzierungsgrundlage für die Pflege,</p> <p>Weiterentwicklung der Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Land- und Forstwirtschaft	<p>Vielfalt der ländlichen Räume erhalten und deren Stärken und Wirtschaftskraft fördern; Aufstockung der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes und Fortentwicklung mit Blick auf den Schutz der Bergregionen; Unterstützung einer Profilschärfung der ländlichen Räume mit gezieltem Regionalmanagement und Regionalmarketing;</p> <p>Integrierte Entwicklung der ländlichen Räume, kontinuierlicher Ausbau der Infrastruktur;</p> <p>Anschließen der bislang noch nicht versorgten ländlichen Gebiete mit Breitbandtechniken;</p> <p>Politische Rahmenbedingungen setzen, damit sich die Land- und Forstwirtschaft, konventionell und ökologisch wirtschaftende, Familienbetriebe und Gemeinschaftsunternehmen, gut entwickeln können;</p> <p>Aufhebung der zeitlichen Befristung der Steuersenkung beim Agrardiesel; Abbau überflüssiger Bürokratie in der EU-Agrarpolitik; wettbewerbsneutrale (1:1) Umsetzung von EU-Richtlinien;</p> <p>Marktorientierung mit Augenmaß, faire Rahmenbedingungen für die →</p>	<p>Neuausrichtung der Landwirtschaftspolitik: Interessen einzelner Branchen der Land- und Ernährungswirtschaft sollten nicht mehr über die Ziele des Verbraucher- und Umweltschutzes dominieren;</p> <p>In der EU Abkehr von der Subventionspolitik landwirtschaftlicher Produktion mit der Gießkanne, Hinwendung zu einer Umwidmung dieser Mittel für die Unterstützung der Entwicklung ländlicher Regionen und die Erbringung gesellschaftlich gewünschter Leistungen wie Gewässerschutz, Offenhaltung der Kulturlandschaften und Sicherung der Erholungsräume;</p> <p>klare Leitplanken zur nachhaltigen natur- und umweltschonenden Produktion; Erhalt der biologischen Vielfalt; Schutz von Böden und Wasser;</p> <p>Landwirtschaft muss mehr zum Klimaschutz beitragen;</p> <p>Novellierung des Tierschutzgesetzes; Reduzierung der Tierversuche; tiergerechte Ausgestaltung der Bedingungen von Haltung und Transport landwirtschaftlicher Nutztiere; Einführung von Tierschutzsiegeln auf der Grundlage des "Tierschutz-TÜV".</p>	<p>Rahmenbedingungen für landwirtschaftliche Betriebe verbessern; Betriebe müssen den wesentlichen Teil ihres Einkommens an Markt erwirtschaften können; Planungssicherheit und Verlässlichkeit;</p> <p>Ausgleichszahlungen für die höheren EU-Standards im Umwelt- und Tierschutz müssen bis 2013 stabil sein;</p> <p>Marktwirtschaftliche und faire Wettbewerbsbedingungen: 1:1-Umsetzung der EU-Regelungen in nationales Recht, Vereinheitlichung ungleicher Steuerlasten (Agrardiesel) auf EU-Ebene; Minderung der Bürokratielasten; Vereinfachung der Regelungen für die Beschäftigung von Saisonarbeitern;</p> <p>Molkereien müssen die Möglichkeit erhalten, ihre Produkte gemeinsam zu vermarkten; Öffnung weiterer Exportmärkte für die Landwirtschaft durch politische Vereinbarungen mit anderen Ländern; Auslaufen der Milchquote zum 31.3.2015;</p> <p>Weiterentwicklung der Pflanzenzüchtungen und Züchtung transgener Sorten; Minderung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln; Züchtung schädlings-, salz- und trockenheits- →</p>	<p>Nachhaltige Landwirtschaft ausweiten: Anteil des ökologischen Landbaus erhöhen, Spekulation mit Agrarrohstoffen und Boden verhindern;</p> <p>Einsatz von Mineraldüngern und Pflanzenschutzmitteln verringern;</p> <p>Tierschutz bei der Haltung und beim Transport deutlich verbessern; Hormone und Antibiotika gehören nichts ins Futter;</p> <p>Keine Patente auf Lebewesen und deren Gene;</p> <p>Preisdumping der Handelsketten zu Lasten der Bäuerinnen und Bauern unterbinden;</p> <p>Agro-Gentechnik verbieten; Kennzeichnungspflicht von gentechnischen Bestandteilen in Nahrung und Futtermitteln bis zur Nachweisgrenze von 0,1 Prozent verschärfen; gentechnikfreie Regionen und auf sie hinführende Initiativen unterstützen;</p> <p>EU-Subventionen für soziale und ökologische Leistungen der Agrarbetriebe einsetzen und ihre Verteilung transparent machen;</p> <p>Naturnahe Waldbewirtschaftung fördern, gleichwertige Lebensbedingungen auch in Dörfern und kleinen Städten sichern;</p>	<p>Gegen chemische und gentechnische Industrialisierung der Landwirtschaft und gegen Neoliberalisierung der Agrarmärkte zu Gunsten multinationaler Großkonzerne;</p> <p>Zukünftig Agrarsubventionen nur, wenn Umwelt- und Klimaleistungen erbracht und Arbeitsplätze geschaffen werden;</p> <p>Ablehnung der Gentechnik; Verbot von Gentechnik-Pflanzen, die Menschen, Umwelt und gentechnikfreie Produktion gefährden;</p> <p>Einsatz für weltweite Ächtung der "Terminatortechnologie", die die Keimfähigkeit von Samen abtötet;</p> <p>Gentechnische Veränderungen sollen klarer und deutlicher gekennzeichnet werden;</p> <p>Unabhängige Bewertung der Agro-Gentechnik, dazu müssen auch die sozio-ökonomischen Risiken besser erforscht und einbezogen werden;</p> <p>Korrektur der EU- Biopatentrichtlinie und Novellierung des deutschen Patentgesetzes;</p> <p>Bessere und verlässlichere Rahmenbedingungen bei der Förderung des ökologischen Anbaus und deutliche →</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Land- und Forstwirtschaft (Forts.)	<p>landwirtschaftlichen Betriebe; Festhalten an Vorsteuerpauschale, am Ausgleich für den Strukturwandel zur Stabilisierung in der sozialen Sicherung und am Bundeszuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung; Instrument der Direktzahlungen ist unverzichtbar;</p> <p>Gezielte Unterstützung der Milchviehbetriebe, auch durch die Mittel des Milchfonds;</p> <p>Verbesserung der Strukturen und der Marktstellung der Molkereien;</p> <p>Zukunftsfähige Gestaltung der Milchmengensteuerung bis 2015;</p> <p>Schaffung der steuerrechtlichen Voraussetzungen, die künftig auf den Märkten zunehmende Preisschwankungen durch Risiko Rücklagen abfedern können;</p> <p>Stärkung der Forschung und Sicherung des hohen Niveaus der Ausbildung;</p> <p>Erhalt der produktionsabhängigen Direktzahlungen in angemessener Höhe;</p> <p>Ernstnehmen der Sorgen der Bürger bei grüner Gentechnik; keine unnötigen Risiken eingehen;</p> <p>Gegen Patente auf Tiere und Pflanzen.</p>		<p>resistenter Sorten; Anpassung des gesetzlichen Rahmens an diese Anforderungen;</p> <p>Nutzung des technischen Fortschritts zur Steigerung der Produktivität, moderne Landtechnik, wassersparende Bewässerungssysteme und Betriebsmittel wie Dünge- und Pflanzenschutzmittel; weltweite Stärkung der Agrarforschung;</p> <p>Effiziente und nachhaltige "HighTech- Landwirtschaft";</p> <p>Förderung der Jagd- und Waldwirtschaft; bessere Rahmenbedingungen insbesondere für die privaten Waldbesitzer; Verbesserung der Rahmenbedingungen für Forstbetriebsgemeinschaften; keine Unterordnung des Jagdrechts unter das Naturschutzrecht;</p> <p>Tierschutz: Verringerung der Anzahl von Tierversuchen durch verstärkten Einsatz von Alternativmethoden; artgerechte Tierhaltung und Tierernährung; erfolgreicher Tierschutz kann nur auf europäischer und internationaler Ebene und nicht durch nationale Sonderwege verwirklicht werden.</p>		<p>Anhebung der Umstellungs- und Beibehaltungsprämien;</p> <p>Konsequente Umsetzung des Staatsziels Tierschutz; Tierschutzkennzeichnung für alle Lebensmittel im Rahmen eines Nachhaltigkeitssiegels;</p> <p>Klagerecht für Tierschutzorganisationen; Einrichtung eines Bundesbeauftragten für Tierschutz;</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Tourismus	<p>Orientierung an einem in sozialer, kultureller und ökologischer Hinsicht verträglichen sowie wirtschaftlich erfolgreichen Tourismus;</p> <p>Förderung einer noch stärkeren Vernetzung von Kultur und Tourismus;</p> <p>Unterstützung der Anpassung des Tourismus an die demografischen und gesellschaftlichen Herausforderungen in unserem Land, beispielsweise durch die Förderung des barrierefreien Tourismus;</p> <p>Erhöhung der Erreichbarkeit von touristischen Zielen durch einen gezielten und umweltverträglichen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur;</p> <p>Vorantreiben des Bürokratieabbaus für die mittelständische Tourismuswirtschaft;</p> <p>Erhöhung der Mittel für die Auslandsvermarktung der Tourismusbranche.</p>	<p>Perspektiven für den ländlichen Raum in den Bereichen Industrie und Agrarwirtschaft sowie im Tourismus weiterentwickeln;</p> <p>Neben der umweltverträglichen Produktion gesunder, hochwertiger Lebensmittel sind Tourismus, Naturschutz und Landschaftspflege, Gesundheitsvorsorge, erneuerbare Energien sowie die Entwicklung von Regionalmarken entscheidende Bereiche einer dynamischen ländlichen Entwicklung.</p>	<p>Verbesserung der Rahmenbedingungen im Tourismussektor;</p> <p>Entlastung der kleinen Familienbetriebe und mittelständischen touristischen Unternehmen von der überbordenden Bürokratie;</p> <p>Einführung reduzierter Mehrwertsteuersätze für Hotellerie und Gastronomie;</p> <p>Entlastung der Hotellerie bei den Rundfunkgebühren und der Kabelweiterleitung;</p> <p>Verbesserung des touristischen Angebots für Menschen mit Behinderungen;</p> <p>Barrierefreiheit</p>	<p>- keine Erwähnung -</p>	<p>Förderung der öffentlichen Hand im Bereich Tourismus muss verpflichtend dem Nachhaltigkeitsgedanken unterliegen;</p> <p>Öffentliche Gelder für umweltzerstörende Investitionen – zum Beispiel für Schneekanonen – dürfen heute nicht mehr fließen;</p> <p>Betonung vor allem der »Regionalität« oder »Unverwechselbarkeit« einer Landschaft als touristische Chance;</p> <p>Einzigartigkeit der Landschaft, Entwicklung der Infrastruktur, Erreichbarkeit und Barrierefreiheit gerade in einer alternden Gesellschaft wichtige Kriterien für eine Stärkung des Tourismus;</p> <p>Nachhaltigere und transparentere Gestaltung der Tourismuspolitik; dazu gehören Verbraucherinformationen über die sozialen und ökologischen Auswirkungen einer Reise.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Freiheit, Sicherheit, Recht / Datenschutz	<p>Datenschutz mit Augenmaß; "Schwarzhandel" mit Adressen, Diebstahl von Daten bis hinzu illegalen Kontoabbuchungen als negative Begleiterscheinungen der illegalen Nutzung von Kundendaten;</p> <p>Bürger muss darauf vertrauen können, dass seine Daten vor Missbrauch geschützt sind;</p> <p>Datenschutzinteressen sind mit dem Interesse an einer wirksamen Kriminalitätsbekämpfung in Einklang zu bringen;</p> <p>Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden;</p> <p>Garantie eines umfassenden Datenschutzes; keine Speicherung unnötiger Datenmengen; Kampf gegen den "gläsernen Bürger";</p> <p>Gebot der Verhältnismäßigkeit muss stets gewahrt bleiben;</p> <p>Gewährleistung des Datenschutzes bei der Einführung von Funkerkennungssetiketten;</p> <p>Sensibilisierung der Bürger, insbesondere der Jugendlichen für einen verantwortlichen Umgang mit persönlichen Daten;</p> <p>Ahndung des kriminellen Datenhandels.</p>	<p>Klare gesetzliche Regelungen und strikte Begrenzung der Voraussetzungen für staatliche Datenerhebungen und die Nutzung der Daten;</p> <p>Ablehnung eines Präventionsstaates, der auf der Suche nach Gefahrenquellen auch die Daten Unbeteiligter vorbeugend sammelt und überwacht;</p> <p>Verbesserung des Verbraucherdatenschutzes;</p> <p>Gesetzliche Regelung des Arbeitnehmerdatenschutzes in einem Gesetz, das die Rechte der Beschäftigten sichert, bislang verstreute Vorschriften bündelt und da ergänzt, wo durch neue Technologien Bedarf besteht;</p> <p>Weiterentwicklung des Schutzes der eigenen Daten und des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung in der digitalen Welt;</p>	<p>Modernes, leicht verständliches, übersichtliches und effektives Datenschutzrecht; Verankerung allgemeiner Datenschutzgrundsätze in einem Bundesdatenschutzgesetzbuch; konsequente Umsetzung des Grundsatzes der Datensparsamkeit im öffentlichen, wie im nichtöffentlichen Bereich.</p> <p>Ausdrückliche Verankerung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung und des Grundrechts auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme im Grundgesetz;</p> <p>Nutzung der Potenziale des Marktes und der Technik für den Datenschutz; Errichtung einer "Stiftung Datenschutz" zur Bewertung von Produkten und Dienstleistungen unter Datenschutzgesichtspunkten;</p> <p>Konkretisierung des Bundesdatenschutzgesetzes;</p> <p>Beendigung der Zersplitterung der datenschutzrechtlichen Aufsichtslandschaft; Stärkung der Unabhängigkeit der Kontrollstellen; Status einer obersten Bundesbehörde für den Bundesbeauftragten für den Datenschutz;</p>	<p>Modernisierung von Datenschutz und Datenschutzrecht: Großprojekte, von Gesundheitskarte über biometrische Ausweise bis zu elektronischen Identitätskarten und einheitlicher Steuernummer überprüfen und nach strengen datenschutzrechtlichen Kriterien korrigieren;</p> <p>Schaffung eines wirksamen Arbeitnehmerdatenschutzgesetzes;</p> <p>Einführung eines umfassenden Akteneinsichtsrechts und der Verbandsklage;</p> <p>Verteidigung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung der informierten Bürgerinnen und Bürger: Beendigung der Vorratsdatenspeicherung; Verzicht auf Onlinedurchsuchungen und Zensurmaßnahmen im Internet; Abbau von verdeckten Ermittlungsmethoden wie Video-, Späh- und Lauschangriffen und Rasterfahndung.</p>	<p>Verbraucherfreundliche Grundsanierung des Datenschutzrechts;</p> <p>Deutlicher Ausbau der personellen Kapazitäten des Datenschutzbeauftragten;</p> <p>Stärkere Beschränkung des Datenhandels, mehr Kontrolle, umfassende Reform des Datenschutzrechts;</p> <p>Umfassendes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz, Stärkung der betrieblichen Datenschutzbeauftragten;</p> <p>Mehr Transparenz schaffen und das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes umfassend erweitern;</p> <p>Grundlegende Verbesserung der behördlichen Datenschutzbestrebungen;</p> <p>Bürgerinnen und Bürger sollen in die Lage versetzt werden, bei Datenmissbrauch als Datenschützer in eigener Sache ihre Rechte geltend zu machen; Möglichkeit, sich gemeinsam, unterstützt durch Verbände bei datenschutzrechtlichen Verstößen vor Gericht zu wehren;</p> <p>Schadensersatzanspruch für Datenmissbrauch;</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Freiheit, Sicherheit, Recht / Datenschutz (Forts.)			<p>Institutionelle Stärkung der Stellung der betrieblichen Datenschutzbeauftragten;</p> <p>Verbesserung des Arbeitnehmerdatenschutzes;</p> <p>Besserer Schutz für die Melde- daten der Bürger; Melderegis- terauskünfte zu Werbezwecken nur nach vorheriger Zustim- mung der Betroffenen;</p> <p>Wiederherstellung des Bankge- heimnisses durch Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung und Verzicht auf heimliche Onli- nedurchsuchungen privater Computer;</p> <p>Evaluierung der seit 1998 be- schlossenen Überwachungsge- setze unter den Gesichtspun- kten der Wirksamkeit, der Ver- fassungsmäßigkeit und der da- durch gebundenen Mittel;</p> <p>Ablehnung der Erhebung und Speicherung von Fluggastdaten.</p>		<p>Gesundheitskarte darf nur dann eingeführt werden, wenn eine umfangreiche Risikoanalyse durchgeführt wurde; Freiwillig- keit der Teilnahme und Hoheit über persönliche Daten müssen gewährleistet sein;</p> <p>Stärkung des Datenschutzes auf europäischer Ebene und des EU- Datenschutzbeauftrag- ten;</p> <p>Eintreten für starken Daten- schutz im digitalen Zeitalter und für die Stärkung der Medien- kompetenz;</p> <p>Verkürzungen der Speicherfris- ten von Daten auf ein Minimum; Festschreibung des Rechts auf umfangreiche Datenauskunft gerade auch im Internet;</p> <p>Förderung der Selbstbestim- mung der Bürgerinnen und Bür- ger im Netz durch gezielte kos- tenlose Bildungsangebote für Erwachsene und mit einer In- formationsoffensive in den Me- dien; besondere Verantwortung des Staates bei der Vermittlung von Medienkompetenz.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Freiheit, Sicherheit, Recht / Innere Sicherheit	<p>Einsatz der Bundeswehr im Inneren im Katastrophenschutz sowie bei der Bewältigung terroristischer Gefahren im Rahmen festgelegter Grenzen; Schaffung klarer Rechtsgrundlagen; Beibehaltung der strikten Trennung von Polizei und Militär;</p> <p>Präventive Stadtgestaltung, bessere Beleuchtung, verstärkten Einsatz von Videokameras an Brennpunkten und präventives sozialen Management zur Vorbeugung gegen Verwahrlosung, Graffiti-Schmierereien, Vandalismus, Diebstähle, Wohnungseinbrüche und Gewalt;</p> <p>Polizei muss personell, organisatorisch und technisch, insbesondere im Bereich der Informationstechnologie, handlungsfähig sein; noch mehr Interessenten mit Migrationshintergrund für Polizeiberuf und Justiz gewinnen;</p> <p>Keine Bagatellisierung von Kriminalität;</p> <p>Wirksamerer Schutz der Bürger vor rückfälligen Straftätern; Schließung bestehender Lücken bei der Sicherungsverwahrung; Opferschutz vor Täterschutz; Identifizierung von Kriminellen durch "genetischen Fingerabdruck" deutlich verbessern; →</p>	<p>Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Menschen mit einer präsenten Polizei und klugen städtebaulichen Maßnahmen; Ablehnung von Bürgerwehren; konsequente Bekämpfung von Vandalismus; Überwachung öffentlicher Kriminalitätsbrennpunkte per Video ist ein polizeitaktisches Argument, aber sie ersetzt die Polizeiarbeit nicht;</p> <p>Ablehnung einer Privatisierung von staatlichen Sicherheitsaufgaben; Aufgabe des Staates, für die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu sorgen;</p> <p>Gute Bildungs- und Integrationspolitik ist gleichzeitig Sicherheitspolitik;</p> <p>Ächtung jeder Form von Gewalt und Setzen auf präventive Maßnahmen gegen Jugendgewalt; hierzu verstärkter Einsatz von Streetworkern und Schulsozialarbeitern in. Fortentwicklung des nationalen Aktionsplans zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen;</p> <p>Zugang zu Waffen erschweren; Verschärfung der Kontrollen von Sportschützen und Jägern, die Waffen privat aufbewahren;</p> <p>Jugendkriminalität schnell bestrafen; rasche Eröffnung von Jugendstrafverfahren, →</p>	<p>Kein Umbau des Bundeskriminalamtes zu einem deutschen FBI; föderale Sicherheitsarchitektur: Gefahrenabwehr muss originäre Aufgabe der Länder bleiben.</p> <p>Terrorismusbekämpfung: Gefahrenabwehr muss im Einklang mit den Grundrechten der Bürger stehen; kein Sonderrecht für Terrorismusbekämpfung; Ablehnung der Einführung eines "Feindstrafrechts" mit Anwendung von Kategorien des Kriegsrechts im Innern;</p> <p>Herausforderungen des internationalen Terrorismus durch Koordination zwischen den Länderpolizeien, entsprechende Ausbildung, Beschäftigung von Spezialisten und technische Weiterentwicklung bewältigen;</p> <p>Schaffung einer zivilen nationalen Küstenwache; Überprüfung, inwieweit die Aufgaben des Zollfahndungsdienstes und des Zollkriminalamtes durch andere Sicherheitsbehörden übernommen werden können;</p> <p>Effektive parlamentarische Kontrolle aller Nachrichtendienste;</p> <p>Funktionierender, effektiver Zivil- und Katastrophenschutz; Ablehnung des Einsatzes der Bundeswehr im Innern über →</p>	<p>Keine Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten, Herstellung umfassender Transparenz und Kontrolle staatlichen Handelns; kostenfreien Zugang zu Informationen der öffentlichen Verwaltung sowie Transparenz bei allen Entscheidungen sichern;</p> <p>Polizei und Geheimdienste scharf trennen: Einschränkung wachsender Geheimbereiche der Polizei und unkontrollierbarer Kooperationsgremien; Ausbau des Bundeskriminalamtes zu einer zentralisierten Polizei stoppen; perspektivisch alle Geheimdienste abschaffen, bis dahin die demokratische Kontrolle stärken;</p> <p>Einführung einer individuellen Kennzeichnungspflicht für uniformierte Beamte der Bundespolizei;</p> <p>Verbot des Einsatzes der Bundeswehr als "Hilfspolizei" im Innern;</p> <p>Rechtsextreme Gewalt ächten, staatlich verfolgen und konsequent ahnden; bürgerschaftliches Engagement gegen rechtsextreme Gewalt anerkennen und fördern; Koordinierung der Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und →;</p>	<p>Bedrohung durch Terrornetzwerke kann nicht durch zentralisierte und ungezielte Massenüberwachung wirksam bekämpft werden;</p> <p>Ablehnung von Einsätzen der Bundeswehr im Inneren;</p> <p>Anti-Terrorkampf legitimiert keinen Menschenrechtsrabatt; keine Aufweichung des absoluten Folterverbots, keine Ausfüllung rechtsstaatlicher Standards im Strafrecht oder Strafverfahren;</p> <p>Ablehnung einer staatlichen Bespitzelung via Videospionage in der Wohnung; Ablehnung einer Speicherung der Telekommunikationsdaten aller Bürgerinnen und Bürger auf Vorrat; Nein zu Online-Durchsuchungen; Ablehnung einer immer umfangreicheren Kameraüberwachung in öffentlichen Bereichen des Lebens; überwachungsfreie Kommunikation mit Anwalt oder Arzt muss gewährleistet bleiben, ebenso das Recht von Journalisten, ihre Quelle straffrei zu schützen;</p> <p>Ablehnung einer übermächtigen Bundessicherheitsbehörde; BKA-Gesetz muss völlig neu geschrieben werden;</p> <p>→</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Freiheit, Sicherheit, Recht / Innere Sicherheit (Forts.)	<p>Stärkung von Angeboten, die bereits im Vorfeld Gewalt- und Kriminalitätskarrieren oder das Abgleiten in Extremismus verhindern; Politik des gesellschaftlichen Zusammenhalts;</p> <p>Zusammenwirken von Prävention, Strafverfolgung, Strafvollstreckung und Opferschutz frühzeitig und konzeptionell zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendkriminalität; Sanktionen müssen rasch spürbar sein;</p> <p>"Warnarrest" neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe;</p> <p>Stärkere Verpflichtung Jugendlicher zur Wiedergutmachung; für Täter ab 18 bis 21 Jahren Anwendung des Erwachsenenstrafrechts als Regelfall und des Jugendstrafrechts als Ausnahme; Fahrverbot oder Verhinderung des Erwerbs eines Führerscheins als eigenständige Sanktion im Jugendstrafrecht, Eröffnung des Anwendungsbereichs auf alle Arten von Straftaten;</p> <p>Bereinigung von Wertungswidersprüchen im Sexualstrafrecht, Bestrafung von Kindesmissbrauch grundsätzlich wieder als Verbrechen;</p>	<p>Umgehende Vollstreckung der verhängten Strafen; Ablehnung eines bloßen Wegsperrens auf Basis des Erwachsenenstrafrechts;</p> <p>Konsequente Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes gegen "häusliche Gewalt";</p> <p>Bekämpfung von sexueller Gewalt gegen Kinder und Kinderpornographie;</p> <p>Effektive Terrorismusbekämpfung: Voraussetzungen für eine effektive Terrorismusbekämpfung in allen staatlichen Bereichen wurden kontinuierlich verbessert;</p> <p>Regelmäßige Überprüfungen der Gesetze, die mit Grundrechtseingriffen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus verbunden sind, auf Verhältnismäßigkeit und Erforderlichkeit;</p> <p>Klare Trennung von Polizei und Geheimdiensten im Sinne des Trennungsgebotes;</p> <p>Ablehnung des Einsatzes der Bundeswehr zur Gefahrenabwehr im Innern.</p>	<p>bestehende Aufgaben hinaus.</p> <p>Bekämpfung von Extremismus: Verstärkung von Programmen zur Bekämpfung von Gewaltbereitschaft, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus; konsequente Bekämpfung von Antisemitismus;</p> <p>Keine unangemessene Überwachung der Bürger: Ablehnung der antragslosen Gefahrenabwehr (Vorratsdatenspeicherung, automatische Kfz-Kennzeichenerfassung); Ablehnung jeglicher Überlegungen hinsichtlich eines "Spähangriffs"; konsequente Abschaffung des "großen Lauschangriffs"; Auffüllen der Lücken im geltenden Recht zum Schutz der Pressefreiheit und der journalistischen Recherche;</p> <p>Einheitlicher Schutz für alle Berufsheimnisträger vor staatlichen Überwachungsmaßnahmen; umfassendes Beweiserhebungs- und -verwertungsverbot bei staatlichen Ermittlungsmaßnahmen für Anwälte, Geistliche, Abgeordnete, Journalisten, Ärzte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer;</p>	<p>Antisemitismus durch eine "Beauftragte des Deutschen Bundestages für Demokratie und Toleranz";</p> <p>Einrichtung einer unabhängigen Beobachtungsstelle Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus; Verbot der NPD und offensive Führung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus; Beendigung des Einsatzes von V-Leuten der Verfassungsschutzämter innerhalb der NPD;</p>	<p>Verkehrsüberwachung und Verbrechensbekämpfung dürfen nicht miteinander verquickt werden;</p> <p>Schaffung eines gesellschaftlichen Klimas, das Rechtsextremismus den Boden entzieht; Ächtung und Unterbindung von rechtsextremistischer Propaganda und allen Formen von Rassismus und Antisemitismus;</p> <p>Solide und dauerhafte finanzielle Unterstützung für zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus; Einrichtung von mobilen Opferberatungsteams in der Fläche;</p> <p>Prüfung eines neuen NPD- Verbotverfahrens;</p> <p>Keine Einschränkung der Versammlungsfreiheit; Kurswechsel der Strategie der Polizei und der Innenministerien;</p> <p>Höhere Anforderungen für den polizeilichen Einsatz von Filmkameras gegen Demonstrierende;</p> <p>Alle Polizistinnen und Polizisten müssen klar erkenntlich ihre Dienstnummern auf dem Rücken tragen;</p> <p>Einsetzung einer unabhängigen Institution, die Polizeieinsätze nachbereitet.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Freiheit, Sicherheit, Recht / Innere Sicherheit (Forts.)	<p>Konsequente Vereinfachung des Ausweisungsrechts; Ausweisung bereits bei einer Gefängnisstrafe von mindestens einem Jahr ohne Bewährung, auch bei ausländischen Jugendlichen Intensivtätern; Aufenthaltstitel soll bei rechtskräftiger Verurteilung wegen vorsätzlicher Straftaten zu mehr als drei Jahren Freiheitsstrafe kraft Gesetzes erlöschen;</p> <p>Schaffung eines neuen Ausweisungstatbestandes für massiv integrationsfeindliches Verhalten;</p> <p>Einrichtung einer nationalen Visa-Einlader- und Warndatei zur effektiven Bekämpfung von Visumsmissbrauch;</p> <p>Weiterentwicklung von EUROPOL als Kompetenzzentrum für Informationen und koordinierende Unterstützung;</p> <p>Konsequente Verfolgung und Ahndung extremistischer Straftaten; Festhalten an der Beobachtung der extremistischen Strukturen in der Partei "Die Linke" durch den Verfassungsschutz; konsequentere Überwachung und Sanktionierung antisemitischer und antiwestlicher Propaganda in islamistischen Zeitungen, Büchern und Webseiten.</p>		<p>Bekämpfung der Jugendkriminalität: Ausbau der pädagogischen Reaktionsmöglichkeiten auf Fehlverhalten Jugendlicher durch Warnschussarrests; bessere Vernetzung aller Beteiligten auf Seiten Polizei, Justiz, Jugendhilfe, Schulen und Eltern;</p> <p>Schutz und Rechte des Opfers: möglichst schonender Umgang mit Gewaltopfern im Strafverfahren; Schließung von Lücken im Opferentschädigungsgesetz;</p> <p>Erhöhung der Haftentschädigung für Menschen, die zu Unrecht einen Freiheitsentzug erlitten haben;</p> <p>Ablehnung einer uferlosen Ausweitung der DNA Datei; Speicherung von DNA-Mustern nur bei Straftaten erheblicher Bedeutung; Richteranordnung;</p> <p>Harmonisierung der gesetzlichen Anordnungsvoraussetzungen der Sicherungsverwahrung, rechtsstaatlich einwandfreie Grundlage; Ablehnung der Ausweitung der nachträglichen Sicherungsverwahrung auf Täter, die nach Jugendstrafrecht verurteilt wurden; keine finanziellen und personellen Einsparungen im Jugendstrafvollzug.</p>		<p>Bei Jugendlichen und Heranwachsenden Vorrang der Erziehung vor der Bestrafung; Ausbau der Möglichkeiten des Jugendstrafrechts; gegen alle Versuche, straffällig gewordene Jugendliche und junge Menschen wie Erwachsene zu behandeln.</p> <p>Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Opfer von Justizirrtümern und klare Regeln, wie diesen Menschen geholfen werden kann und unter welchen Voraussetzungen auch finanzielle Wiedergutmachung zu leisten ist; deutliche Anhebung der Haftentschädigung für zu Unrecht Inhaftierte;</p> <p>Grundsätzlich keine Schusswaffen in Privatwohnungen; Sportwaffen nur in Sportvereinen; keine Zulassung großkalibriger Waffen für den Schießsport.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Freiheit, Sicherheit, Recht / Rechtsstaat	<p>Fortentwicklung und weitere Stärkung des deutschen Rechtssystems und der Justiz im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, aber auch der Unternehmen, die im globalen Wettbewerb stehen;</p> <p>Offensives Vertreten von Wertvorstellungen und Lösungen des deutschen Rechts europaweit und weltweit;</p> <p>Behutsame Weiterentwicklung des bewährten deutschen Zivilrechtssystems in den europäischen Binnenmarkt hinein; Ablehnung einer Übernahme struktureller Veränderungen der Rechtsfiguren aus dem anglo-amerikanischen Recht;</p> <p>Rechtsfrieden mit den Menschen herstellen, denen Entschädigungsansprüche zugesprochen sind; unverzügliche Erfüllung dieser Ansprüche auf der Basis der Anfang der Neunziger Jahre getroffenen Regelungen; durch Zeitablauf eingetretenen Änderungen dürfen nicht zulasten der Betroffenen gehen; Fristen müssen angepasst werden;</p> <p>Übersichtlicheres und verständlicheres Recht; konsequente Umsetzung der Grundsätze der "besseren Gesetzgebung" in Deutschland und der EU.</p>	<p>Leistungsfähige Justiz: genug Personal, eine verantwortungsgerechte Besoldung und eine moderne Ausstattung zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der Justiz;</p> <p>Zugang zur Justiz darf nicht vom Geldbeutel abhängen; Einsatz für den Erhalt der Prozesskosten- und Beratungshilfe;</p> <p>Keine Privatisierung der Justiz: Ablehnung einer Privatisierung beispielsweise des Strafvollzugs, der Grundbuchämter, des Gerichtsvollzieherwesens und der Handelsregister.</p> <p>Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und organisierter Kriminalität: spezialisierte Staatsanwaltschaften und eine bessere personelle und sachliche Ausstattung der Justiz, um "Waffengleichheit" zu schaffen mit den Beschuldigten und ihren Verteidigern;</p> <p>Konsequente Durchsetzung und Verschärfung der zivilrechtlichen Haftung von Managern gegenüber ihren Unternehmen;</p> <p>Konsequente Verfolgung von organisierter Kriminalität, wie Schutzgelderpressung, Drogen- und Menschenhandel sowie Produkt- und Markenpiraterie.</p>	<p>Neuausrichtung der Rechtspolitik: Kluft zwischen geltendem Recht und gelebter Wirklichkeit schließen;</p> <p>Stärkung des verfassungsrechtlich garantierten Selbstbestimmungsrechts der Patienten; gesetzliche Regelung über die Bindungswirkung von Patientenverfügungen;</p> <p>Modernisierung der Justiz: personelle, technische und materielle Ausstattung so, dass die Gerichte bürgernah und leistungsfähig arbeiten können;</p> <p>Freiwillige Gerichtsbarkeit als wichtiger Garant eines funktionierenden Wirtschaftsstandorts;</p> <p>Konsequentes Vorantreiben der Auslagerung von nicht zwingend vom Staat zu übernehmenden Aufgaben;</p> <p>Reform des Gerichtsvollzieherwesens (Beleihungssystem);</p> <p>Keine Entkriminalisierung so genannter Bagatelldelikte;</p> <p>Eindeutige gerichtliche Zuweisung für die Verfolgung von Straftaten von und gegen Soldaten der Bundeswehr bei Auslandseinsätzen</p>	<p>Sozialstaatsgebot im Grundgesetz konkretisieren; soziale Grundrechte wie das Recht auf Arbeit, Wohnung, Erholung, Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit verfassungsrechtlich verankern;</p> <p>Kinderrechte auf Förderung, Schutz und Beteiligung im Grundgesetz verankern;</p> <p>Sicherung eines sozial gerechten Zugangs zu gerichtlichem und außergerichtlichem Rechtsschutz für alle; Gewährleistung einer effektiven Rechtsverfolgung durch ein sozial gerechtes Verfahrensrecht; kein Ausschluss Einkommensschwacher vom Rechtsweg durch Prozess- und Gerichtskosten; Ausbau der Prozesskosten- und Beratungshilfe; Wiederherstellung des Rechtsschutzes von Menschen mit Behinderungen durch Ausbau und Stärkung des Betreuungsrechts;</p> <p>Verhinderung des Abbaus von Rechtsmitteln im Verwaltungs- und Gerichtsverfahren;</p> <p>Prinzip der Resozialisierung im Strafrecht durchsetzen;</p> <p>Politisches Sonderstrafrecht (§§ 129a, 129b StGB) abschaffen.</p>	<p>Bürgernahe Justiz: Bürgerinnen und Bürger müssen die Gewissheit haben, in angemessener Zeit und unabhängig vom Geldbeutel Recht erhalten zu können;</p> <p>Ablehnung einer Justizpolitik nach Kassenlage; gegen das Ansinnen, Prozesskostenhilfe und Beratungshilfe zusammenzustreichen;</p> <p>Sozialgerichte müssen grundsätzlich kostenfrei bleiben;</p> <p>Möglichkeit zur außergerichtlichen Einigung durch Mediation stärken;</p> <p>Ablehnung einer Zusammenlegung von Sozial- und Verwaltungsgerichten ohne Nachweis des Nutzens;</p> <p>Reform der Wahl der Richterinnen und Richter zum Bundesverfassungsgericht; mehr Transparenz und aktive Förderung von Frauen bei der Wahl der Richterinnen und Richter an Bundesgerichten;</p> <p>Reform des Bestrafungssystems: Festhalten am Grundsatz der Resozialisierung; Ersetzung besonders kurzer Haftstrafen durch gemeinnützige Arbeit; keine Kronzeugenregelung; Einengung der Sicherungsverwahrung auf allerschwerste Fälle.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Freiheit, Sicherheit, Recht / Gesellschaft	<p>Familie: Respektierung der vielfältigen Formen des Zusammenlebens von Menschen; Ablehnung einer vollständigen rechtlichen Gleichstellung von Lebensgemeinschaften mit der Ehre;</p> <p>Anhebung des Kindergeldes gemeinsam mit der Anhebung des Grundfreibetrages; Verbesserung des Kindergeldes für das dritte und für jedes weitere Kind;</p> <p>Weiterentwicklung des Elterngeldes, Einführung eines Teilerntergeldes;</p> <p>Schaffung eines bedarfsgerechten Betreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren bis 2013; danach Rechtsanspruch auf Betreuung ab dem ersten Lebensjahr; ab 2013 Betreuungsgeld monatlich, wenn Eltern keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen;</p> <p>Förderung der Qualität in der wieder Aus-, Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Kräfte;</p> <p>Langfristig Beitragsfreiheit des Kindergartenbesuchs;</p> <p>Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern;</p> <p>Unterstützung für Alleinerziehende.</p>	<p>Familie: Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuung; Ausweitung des Rechtsanspruchs auf Betreuung zu einem Anspruch auf Ganztagsbetreuung;</p> <p>Ausbau der Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren;</p> <p>Einrichtung einer nationalen Kinderkonferenz;</p> <p>Weiterentwicklung des Elterngeldes und der Partnermonate; Ermöglichung einer gleichzeitigen Inanspruchnahme von Elterngeld und Elternzeit durch Mütter und Väter; Erhöhung der Zahl der Partnermonate von zwei auf vier, gleichzeitig Erweiterung des Anspruchs auf Teilzeitbeschäftigung und Elterngeld von sieben auf 16 Monate; gezielte Unterstützung für Alleinerziehende; spezialisierte Betreuung in den Arbeitsagenturen; Unterstützung für Familien mit niedrigem Einkommen, personen- und haushaltsnahe Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu können;</p> <p>Kinder- und Jugendpolitik: Kinderrechte ins Grundgesetz; eigenständige Jugendpolitik; Förderung freiwilligen Engagements.</p>	<p>Familie: zeitlich flexible und qualitativ gute Kinderbetreuungsangebote; Elterngeld nach Brutto-, nicht nach Nettoerwerbseinkommen; Einführung von Bildungs- und Betreuungsgutscheinen;</p> <p>Stärkung von Adoptionen, Reduzierung bürokratischer Hürden; Ermöglichung bei Stiefkindadoptionen, das Verwandtschaftsverhältnis zu beiden leiblichen Elternteilen zu erhalten;</p> <p>Keine Benachteiligung von Vätern in Sorgerechtsangelegenheiten;</p> <p>Gleichstellung von Lebenspartnerschaften mit der Ehe, insb. im Steuerrecht, bei Adoptionen und im Beamtenrecht;</p> <p>Angemessene personelle Ausstattung der Jugendämter für die Arbeit bei Kindeswohlgefährdung; frühzeitiger Erwerb von Medienkompetenz bei Kindern; regelmäßige Evaluierung der Qualität der Kinder- und Jugendhilfe; Schaffung einer Rechtsgrundlage zur anonymen Geburt; bedarfsgerechte Ausbau qualitativ hochwertiger Betreuungsangebote ab dem ersten Lebensjahr.</p>	<p>Garantie einer flächendeckenden gebührenfreien, qualitativ hochwertigen öffentlichen Kinderbetreuung; Einführung eines Rechtsanspruchs auf gebührenfreien Ganztagsbetreuungsplatz für jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr;</p> <p>Weiterentwicklung des Elterngeldes zu einem sozial ausgestalteten Elterngeldkonto; nicht übertragbaren gleichen Anspruch für Eltern auf jeweils 12, für Alleinerziehende 24 Monate schaffen;</p> <p>Deutliche Erhöhung des Regelsatzes für Kinder und Jugendliche, die Leistungen nach Harz IV beziehen;</p> <p>Dauerhafte Verhinderung von Kinderarmut; bedarfsorientierten Kinderzuschlag und Kindergeld sofort auf je 200 € erhöhen, beide Leistungen zu einer bedarfsorientierten Kindergrundsicherung zusammenführen und ausbauen;</p> <p>Erleichterung der finanziellen Situation von Alleinerziehenden;</p> <p>Unterstützung von Menschen mit Pflege- und Assistenzbedarf; Gleichstellung aller Familienformen; Adoptionsrecht für lesbische und schwule Paare einführen;</p>	<p>Anerkennung und angemessene Förderung der Vielfalt der Familienformen; jedes Kind muss die gleichen Rechte und die gleiche Absicherung haben;</p> <p>Zentrale Forderung einer Arbeitskultur und flexibler Arbeitszeitmodelle, die es Frauen wie Männern möglich macht, ein Leben mit Kindern und eine erfolgreiche Berufstätigkeit zu vereinbaren;</p> <p>Weiterentwicklung des Elterngeldes; Einführung eines bedarfsgerechten Sockelbetrags für Geringverdienende und Studierende; Alleinerziehende und gleichgeschlechtliche Partnerschaften dürfen nicht benachteiligt werden; Ziel ist die paritätische Aufteilung der Elternzeit;</p> <p>Steuer- und sozialpolitische Gleichbehandlung aller Lebensformen mit Kindern;</p> <p>Kinderwunsch anerkennen: steuerfinanzierte Übernahme einer begrenzten Anzahl von Behandlungen zur ärztlich assistierten Reproduktion; Adoptionsrecht auch für gemeinschaftliche Adoptionen durch Eingetragene Lebenspartnerschaften und für auf Dauer angelegte nicht-eheliche Lebensgemeinschaften öffnen.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Freiheit, Sicherheit, Recht / Gesellschaft (Forts.)	<p>Integration: bis 2010 sollen alle Kinder, die eingeschult werden, deutsch sprechen können,</p> <p>Verstärkung der Integrationskraft von Kindergärten und Schulen; bedarfsgerechter Ausbau von Ganztagsschulangeboten;</p> <p>Konsequentes Einsetzen des neu entwickelten Instruments der Fortschrittsberichte zur Integration;</p> <p>EU-Mitgliedstaaten müssen auch künftig die Zuständigkeit behalten, über Zuwanderung in nationaler Verantwortung entscheiden zu können;</p> <p>Ablehnung eines generellen kommunalen Wahlrechts für Ausländer; Ablehnung einer generellen Hinnahme doppelter Staatsbürgerschaften;</p> <p>Steigerung der Attraktivität Deutschlands für Hochqualifizierte;</p> <p>Ausbildungsoffensive für Migrantinnen; Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen mit Migrationshintergrund;</p>	<p>Integration: Spracherwerb als erste und wichtigste Voraussetzung; dazu aber auch öffentliche Förderung der Migrantenkulturen und besonders interkultureller Bildung;</p> <p>Interkulturelle Öffnung der öffentlichen Institutionen und der Verwaltung, Erhöhung des Migrantenanteils an den Angestellten im öffentlichen Dienst;</p> <p>Erleichterung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit; Akzeptierung der doppelten Staatsbürgerschaft;</p> <p>Förderung der qualifizierten Einwanderung von Fachkräften; Anerkennung von Abschlüssen aus den Herkunftsländern; Erleichterung des Ehegattennachzugs;</p> <p>Seniorenpolitik: Förderung generationenübergreifender Freiwilligendienste, Einrichtung von Seniorenbeiräten; Einbindung älterer Menschen als aktive und kompetente Bürgerinnen und Bürger; Zugang zu Bildung und Weiterbildung für Alt und Jung; Förderung altersgerechten Wohnens und Lebens; Barrierefreiheit.</p>	<p>Integration: Kultur der Vielfalt in der Gesellschaft; Einrichtung einer Stiftung, die die homosexuelle Bürger- und Menschenrecharbeit sowie die interdisziplinäre Forschung über Homosexualität und Geschlechterfragen fördert;</p> <p>Rationale Integrationspolitik, die Integrationsprobleme nicht verschweigt; Steuerung der Zuwanderung durch die Einführung eines Punktesystem; humanitäre Zuwanderungspolitik auf Grundlage des internationalen Flüchtlingsrechts; jeder Mensch, er rechtmäßig oder geduldet in Deutschland lebt, soll das Recht haben, seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen;</p> <p>Seniorenpolitik: Wegfall aller Altersgrenzen für Arbeit; Aufbau eines Alters Management in den Unternehmen; Ausbau des lebenslangen Lernens; stärkere Förderung des bürgerschaftlichen Engagements; mehr Angebote zur gesellschaftlichen und politischen Mitwirkung für die ältere Generation; Aufstockung der Forschungsmittel für Gerontologie, Geriatrie und Alterspsychologie;</p>	<p>Repressionspolitik mit der Abschaffung der Hartz IV - Gesetze beenden;</p> <p>Ganzheitlichen Beratungsansatz durch mehr Angebote stärken; Menschen in schwierigen Lebenslagen wie Überschuldung, Sucht, Wohnungslosigkeit und anderes durch ein enges Netz unabhängiger örtlicher Beratung stärken;</p> <p>Soziale Gleichstellung in unterschiedlichen öffentlichen Räumen und Formen sicherstellen (Nachbarschaftstreffs, Selbsthilfegruppen usw.);</p> <p>Soziale Ausgrenzung von Migrantinnen und Migranten beenden; Migrationspolitik nach arbeitsmarktlichen Nützlichkeitskriterien beenden; Familiennachzug für Kinder und gleichgeschlechtliche Lebenspartnerinnen und -Partner ermöglichen; keine Abschiebung von Menschen aus Kriegsgebieten und politisch Verfolgten; aktives und passives Wahlrecht gewähren; Einbürgerung erleichtern; doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen;</p>	<p>Integration voranbringen und multikulturelle Realität demokratisch gestalten</p> <p>Förderung des sozialen Aufstiegs für Einwanderinnen und Einwanderer und Ermöglichung von Chancengleichheit in allen Lebensbereichen, vor allem in der Arbeitswelt und Bildung;</p> <p>Frühere sprachliche Integration aller Kinder;</p> <p>Verstärkte politische Teilhabe von Migranten; kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger, entsprechend den für EU-Bürger geltenden Fristen;</p> <p>Mehr rechtliche, politische und finanzielle Instrumente für die Kommunen, um Integration zu fördern;</p> <p>Kein kultureller Rabatt bei der Akzeptanz der Grundrechte, der Demokratie und der Freiheit anderer;</p> <p>Erleichterung der Einbürgerung in Deutschland, auch durch generelle Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit; Abschaffung des Optionszwangs für junge Deutsche, die auch noch den Pass eines anderen Staates haben;</p> <p>Erleichterung des Familiennachzugs</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Freiheit, Sicherheit, Recht / Gesellschaft (Forts.)	<p>Angehörige von Behinderten von Bürokratie entlasten und den Behindertenpauschbetrag erhöhen;</p> <p>Schaffung von Barrierefreiheit in allen Bereichen von Schule über Ausbildung bis zum Beruf sowie von Verkehr über Medien und Kommunikationstechnik bis hin zum Städtebau;</p> <p>Stärkung der „gemeinsamen Servicestelle“, Unterstützung von Menschen mit Behinderungen mit Eingliederungszuschüssen und durch Berufsbildungswerke und Berufsförderwerke.</p> <p>Bürgerschaftliches Engagement: neue Partnerschaft von Bürgern und staatlichen Institutionen nach dem Konzept der "aktiven Bürgergesellschaft"; Stärkung der Eigeninitiative und Selbstorganisation der gesellschaftlichen Gruppen; Erleichterung des ehrenamtlichen Engagements;</p> <p>Betonung der großen Bedeutung der christlichen Kirchen für das geistige Klima und das menschliche Miteinander in Deutschland; Festhalten am besonderen Verhältnis von Staat und Kirchen im Grundgesetz, wozu die Kirchensteuer gehört; →</p>	<p>Menschen mit Behinderung: Fortsetzung der Reformen von Rehabilitation, Teilhabe und Gleichstellung, Weiterentwicklung des Antidiskriminierungsrechts auf europäischer und nationaler Ebene;</p> <p>Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe mit Unterstützung eines Teilhaberates;</p> <p>Einrichtung eines nationalen Aktionsplanes, der zunächst für den Zeitraum 2010 bis 2020 Maßnahmen zur Umsetzung der UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung bündelt;</p> <p>Weitere Verbesserung der Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderungen; Durchsetzung der Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter und mehrfach behinderter Menschen; Verwirklichung von Barrierefreiheit;</p> <p>Weiterführung der mit dem SGB IX begonnenen Vereinheitlichung des Rechts für Menschen mit Behinderung; Prüfung einer Vereinfachung der Zuständigkeiten, damit behinderte Menschen Leistungen aus einer Hand erhalten.</p>	<p>Menschen mit Behinderung: prinzipiell und flächendeckend trägerübergreifendes persönliches Budget zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben; höchstmögliches Maß an Selbständigkeit und Eigenverantwortung; rechtzeitige und zukunfts-trächtige Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe; Barrierefreiheit als Grundvoraussetzung für eine tatsächliche Teilhabe;</p> <p>Bürgerschaftliches Engagement: Stärkung der demokratischen Entscheidungsprozesse durch mehr Transparenz und mehr Bürgerbeteiligung;</p> <p>mehr direkte Beteiligungsmöglichkeiten;</p> <p>Verwirklichung einer verbesserten Bürgerbeteiligung künftig auch auf der europäischen Ebene;</p> <p>Kommunales Wahlrecht aller Migrantinnen, die sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig im Land aufhalten;</p> <p>Bereicherung der repräsentativen Demokratie um Elemente der direkten Demokratie,</p> <p>Bürgerentscheide, Bürgergehören und Bürgerbefragungen auf Landes- und Bundesebene;</p>	<p>Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen sichern; Barrierebeseitigung und diskriminierungsfreien Ausgleich umfassend herstellen; Selbstvertretungsanspruch von Menschen mit Behinderungen anerkennen und fördern; Teilhabe am Arbeitsleben und berufliche Rehabilitation sichern;</p> <p>Bürgerschaftliches Engagement: Verbesserung der rechtlichen, finanziellen, versicherungstechnischen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen für die ehrenamtliche Arbeit;</p> <p>Erstattungen der Aufwendungen für bürgerschaftliches Engagement beziehungsweise pauschale Aufwandsentschädigung als direkte Zuwendungen, und nicht als Anrechnung auf staatliche Leistungen;</p> <p>Förderung von Möglichkeiten zum Erproben und zur kostenlosen Fortbildung der Freiwilligen in unterschiedlichen Engagementfeldern.</p>	<p>Senioren: generationenübergreifendes Zusammenleben sowie neue Wohn- und Pflegeformen fördern; Bürgergesellschaft, die auf die Kompetenz Älterer nicht verzichtet und ihr Engagement unterstützt; altenfreundliche Kommunen mit gut ausgebautem und barrierefreiem öffentlichem Nahverkehr, kulturellen Angeboten und einer erreichbaren Gesundheitsinfrastruktur;</p> <p>Einführung einer Garantierente, die über der Grundsicherung liegt;</p> <p>Dreimonatige Pflegezeit ähnlich der Elternzeit für alle, die die Pflege von Angehörigen oder Freunden organisieren oder diese beim Sterben begleiten;</p> <p>Menschen mit Behinderungen: alle Lebensbereiche der Gesellschaft müssen schrittweise barrierefrei werden; Menschen mit Behinderungen gehören als vollwertige und gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger in die Mitte der Gesellschaft;</p> <p>Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für ein Teilhabeleistungsgesetz, das Nachteilsausgleiche für Menschen mit Behinderungen bundeseinheitlich und ohne Anrechnung von Einkommen und Vermögen sicherstellt.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Freiheit, Sicherheit, Recht / Gesellschaft (Forts.)	<p>Feuerwehr, Rettungsdienste, Hilfsorganisationen und technisches Hilfswerk attraktiv gestalten und die Angehörigen dieser Dienste dauerhaft unterstützen; Investitionen in Ausstattung, Aus- und Fortbildung der Angehörigen der Feuerwehren, Hilfsorganisationen und Rettungsdienste deutlich ausbauen;</p> <p>Möglichst schnelle Beseitigung der Nachteile für Feuerwehren, Rettungsdienste und Katastrophenschutz;</p> <p>Mehr Anerkennung für das Ehrenamt, Entlastungen ehrenamtlich Engagierter von Bürokratie;</p> <p>Anerkennung von ehrenamtlicher Arbeit und geleisteten Freiwilligen-Jahren in den Berufsbiografien; Anstoß für die Einrichtung von ehrenamtlichen Börsen und Freiwilligen-Agenturen.</p>	<p>Ehrenamtliches Engagement: Ehrenamt darf nicht Lückenbüßer für fehlende staatliche Ressourcen sein und werden;</p> <p>Weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen und der finanziellen Unterstützung für Ehrenamtliche;</p> <p>Kirchen und Religionsgemeinschaften als wichtige Partner auf dem Weg zu einer humanen Gesellschaft und im ethischen Diskurs;</p> <p>Festigung und Systematisierung sozialer Netzwerke vor Ort für Ältere, Alte, Behinderte; Stärkung von Jugendfreiwilligendiensten; Ablehnung eines allgemeinen Pflichtdienstes für junge Frauen und Männer.</p>	<p>Bündelung der regulär stattfindenden Wahlen, ausgenommen Kommunalwahlen; Schaffung von Freiräumen für bürgerschaftliche Organisationen.</p>		<p>Bürgerschaftliches Engagement: integraler Bestandteil unserer Gesellschaft, kein Ersatz für staatliche Aufgaben;</p> <p>Förderung der Menschen, die sich freiwillig und unentgeltlich engagieren, Erleichterung des Zugangs für diejenigen, die es bislang nicht tun;</p> <p>Schaffung von verlässlichen Rahmenbedingungen, wenig Bürokratie, sich öffnender Institutionen, Anerkennung und kompetenten Anlaufstellen vor Ort; Sicherung von Infrastruktureinrichtungen;</p> <p>Geschlechterdemokratie verwirklichen und der multikulturellen Vielfalt Rechnung tragen;</p> <p>Erneuerung der Demokratie auf den verschiedenen Ebenen, von der Kommune bis nach Europa;</p> <p>Erneuerung der Demokratie an den verschiedenen gesellschaftlichen Orten, in der Schule, in der Hochschule, im Arbeitsleben oder im Gesundheitswesen.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Freiheit, Sicherheit, Recht / Kultur und Medien	<p>Abbau bürokratischer Hürden für private Kulturförderung durch Stiftungen, Mäzenatentum und Sponsoring;</p> <p>Fortführung der Kulturförderung auch in der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise als unverzichtbare Investitionen in die Zukunft unserer Gesellschaft;</p> <p>Fortführung und weiterer Ausbau der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft;</p> <p>Fortführung der Künstlersozialversicherung als wichtige kulturpolitische Errungenschaft; Prüfung bürokratischer Erleichterungen im Bereich der Abgabenerhebungen;</p> <p>Fortführung des deutschen Filmförderfonds über das Jahr 2012 hinaus; verlässliche Anpassung an die neuen Herausforderungen auf dem internationalen Filmmarkt; Kino als Kulturgut attraktiv erhalten;</p> <p>Aufforderung an die Rundfunkanstalten, Qualitätskriterien für ihre Programme unter Einbeziehung der Gremien transparent zu entwickeln und Einhaltung der Kriterien in der Umsetzung zu überprüfen;</p>	<p>Verankerung der Kultur als Staatsziel im Grundgesetz;</p> <p>Breit angelegte Initiative für die kulturelle Bildung von der frühkindlichen Erziehung an; stärkere Förderung von öffentlichen Bibliotheken, Musik- und Jugendkunstschulen, Museen, Theatern und Kinos;</p> <p>Aktivierende Kulturpolitik des Staates, die kulturelle Infrastruktur gezielt fördert und die Förderung von Kultur als eine Pflichtaufgabe des Staates versteht, in gemeinsamer Verantwortung mit Zivilgesellschaft und Markt;</p> <p>Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft; Kreativpakt zwischen Politik, Wirtschaft, Künstlern und Kreativen;</p> <p>Weitere Stärkung der Künstlersozialversicherung; Tarifverträge und soziale Mindeststandards auch im Kultur- und Medienbereich; Knüpfen der Förderung des Bundes an die Einhaltung der sozialen Mindeststandards;</p> <p>Schutz und angemessene Vergütung des geistigen Eigentums; vernünftiger Ausgleich zwischen Benutzerfreundlichkeit und den Rechten der Kreativen; Prüfung einer Kultur-Flatrate;</p>	<p>Schaffung von Anreizen zu stärkerem privatem Engagement in der Kulturpolitik; Bekenntnis zur öffentlichen Kulturförderung;</p> <p>Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz; Verstärkung der Förderung der kulturellen Bildung mit einem niedrigschwelligen Zugang als Verpflichtung des Staates;</p> <p>Umgestaltung des Gemeinnützigkeitsrechts; Einsatz für Kredit- und Wagniskapitalinstrumente, die die spezifische Situation der Kultur- und Kreativwirtschaft bei den Förderbedingungen berücksichtigen;</p> <p>Stärkung der Filmwirtschaft am Standort Deutschland; Überprüfung der Instrumente der Filmförderung auf ihre Eignung;</p> <p>Klare gesetzliche Grundlage für die Hauptstadtkulturförderung; Vorantreiben der Rückgabe kriegsbedingt verschleppter Kulturgüter;</p> <p>Urheberrecht: konsequente Weiterentwicklung zur weiteren Verbesserung des urheberrechtlichen Schutzes; Ablehnung der Einführung einer "Kultur-Flatrate"; effektive und konsequente Rechtsdurchsetzung des Urheberrechts betreffend Internet.</p>	<p>Staatsziel Kultur und Kultur als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern; Kulturförderung des Bundes dauerhaft sichern;</p> <p>Privatisierung der Kultur stoppen; Sicherung und Stärkung von Theatern, Orchestern, Musikschulen, Bibliotheken, Museen und Archiven in öffentlicher Trägerschaft;</p> <p>Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von freien Künstlerinnen und Künstlern: Erhalt der Künstlersozialkasse; gesetzliche Regelungen einer Ausstellungsvergütung; Einführung eines Künstlergemeinschaftsrechts; Schaffung eines modernen Urheberrechts;</p> <p>Entwicklung einer Gedenkstättenpolitik auf den Säulen der demokratischen europäischen und ost- und westdeutschen Kulturtraditionen;</p> <p>Partizipationsrechte der Minderheiten auf Bundesebene grundlegend stärken;</p> <p>Gute Arbeitsbedingungen für Medien- und Filmschaffende; Einführung eines „Fair work“-Siegel auf Spielen, Programmen, Plattformen und Online-Angeboten;</p>	<p>Erhaltung und Schaffung der kulturellen Infrastruktur wichtiges Ziel einer Strategie der öffentlichen Institutionen und des öffentlichen Raums- ob in staatlicher Trägerschaft, durch die Förderung privater, selbstorganisierter Initiativen oder soziokultureller Zentren;</p> <p>Kultur ist weit mehr als ein Wirtschaftsgut;</p> <p>Finanzielle Stärkung der Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer Kulturaufgaben, Förderung künstlerischer Initiativen;</p> <p>Verankerungen des Staatsziels Kultur im Grundgesetz;</p> <p>Barrierefreier Zugang für alle zu Kultur und Kunst;</p> <p>Förderung kreativer Kleinbetriebe;</p> <p>Angemessene steuerliche und rechtliche Rahmenbedingungen für Kulturschaffende; Verbesserung der sozialen Lage, vielfältige Förderung des künstlerischen Nachwuchses;</p> <p>Mehr soziale Sicherheit für die unterschiedlichsten Beschäftigungen und Arbeitsverhältnisse in der Kultur; im Rahmen der Bürgerversicherung Erhalt der Prinzipien der Künstlersozialversicherung;</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Freiheit, Sicherheit, Recht / Kultur und Medien (Forts.)	<p>Falls erforderlich, Schaffung eines eigenen Leistungsschutzrechts für Verlage zum Schutz der Presseprodukte im Internet;</p> <p>Noch engere Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der europäischen Medienpolitik, um deutsche Positionen erfolgreich vertreten zu können;</p> <p>Sicherung der Rechtsstellung der Urheber im digitalen Zeitalter durch das Urheberrecht; Einsatz für fairen Ausgleich der Interessen von Künstlern, der Kultur- und Kreativwirtschaft, des Verbraucher- und Datenschutzes sowie der Technologieanbieter;</p> <p>Einsatz dafür, wertvolles Kulturerbe besser zu sichern und leichter zugänglich zu machen;</p> <p>Bewahrung des Filmerbes;</p> <p>Verlässliche Fortführung der Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik.</p>	<p>Weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Film, Stärkung der Filmförderung; Unterstützung für die Digitalisierung der Kinolandschaft; Weiterentwicklung des Filmförderungsgesetzes zu einem Medienförderungsgesetz;</p> <p>Erhalt der besonderen Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks; neue Medien müssen dabei immer Teil des Angebots des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sein; Weiterentwicklung der Bürgermedien als Teil demokratischer Beteiligung und als dritte Säule einer zukünftigen Medienordnung;</p> <p>Überwindung der digitalen Spaltung in Deutschland; Zugang für alle Menschen zu allen Übertragungswegen, Kommunikationsformen, zu Wissen und Information;</p> <p>Entwicklung einer Medienordnung, die den Erfordernissen der digitalen Welt gerecht wird; Erhalt der Vielfalt der Medien, Verhinderung von Monopolen und Konzentrationsentwicklungen; Einrichtung einer Medienanstalt der Länder;</p> <p>Einrichtung einer Stiftung Medienkompetenz; Angebot eines Medienführerscheins für alle Kinder und Jugendlichen.</p>	<p>Modernisierung des Telemediensrechts; Schutz des Internet vor zu starker staatlicher Regulierung und übermäßiger Überwachung; Schutz von Kindern und Jugendlichen vor für sie ungeeigneten Inhalten in den Medien; keine Zensur im Internet; modernes Jugendmedienschutzrecht;</p> <p>Ablehnung der so genannten Online-Durchsuchung;</p> <p>Mehr Wettbewerb bei den Infrastrukturen der Telekommunikation; flächendeckender Zugang zu Breitband-Internet; offene und transparente Gestaltung des Zugangs zu regulierten Netzen für alle Marktteilnehmer; gegen gesetzliche Universalienpflichtungen bei der Breitband-Versorgung; flexibler Umgang mit freiwerdenden Kapazitäten im Bereich der Rundfunkfrequenzen;</p> <p>Grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks; Ersetzung der Rundfunkgebühr durch Medienabgabe; Abschaffung der GEZ; Verzicht auf Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk; Schaffung einer einheitlichen unabhängigen Bund-Länder-Institution zur Aufsicht oder Regulierung von Rundfunk, Medien und Telekommunikation.</p>	<p>Verankerung der Rechte von Kreativen und Nutzern im Internet in einem modernen Urheberrecht; langfristige Sicherstellung des Rechts auf private Kopien und Kopien für Bildungs- und Forschungszwecke;</p> <p>Gestaltung einer digitalen demokratischen Medienordnung; Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks; Gewährleistung der uneingeschränkten Publizierungsrechte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Internet; Quotierung der Rundfunkräte und Zusammensetzung entsprechend aktueller gesellschaftlicher Verhältnisse; Verankerung von presserechtlichen Redaktionsstatuten, die einen hohen Grad der Mitbestimmung der Beschäftigten sichern;</p> <p>Umgehende Schließung von Versorgungslücken bei Breitband-Internet-Anschlüssen in den ländlichen Regionen; Beendigung des Ausschlusses sozial Benachteiligter aus der digitalen Kommunikation;</p> <p>Freiheit im Netz erhalten und ausbauen: Internetsperren verhindern; Netzneutralität technologisch zeitgemäß bewahren;</p> <p>Barrierefreie Gestaltung aller Informations- und Medienangebote.</p>	<p>Stärkung der ästhetischen Fächer und kulturellen Angebote in der Schule; kulturelle Einrichtungen im außerschulischen Bereich sollen allen offen stehen;</p> <p>Erinnerungskultur lebendig halten: stärkere Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen, innovativere Gestaltung des Schulunterrichts; Weitere Aufarbeitung der Geschichte der DDR als Unrechtsstaat; Stasi-Unterlagen-Behörde als unverzichtbare Institution;</p> <p>Stärkung der auswärtigen Kulturpolitik, insb. der staatsfernen Mittlerorganisationen wie Goethe-Institut und DAAD;</p> <p>Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien; Stärkung von Bürgermedien, Offenen Kanälen und Blogs; Internet- Breitband- Zugang für alle;</p> <p>Gewährleistung der medialen Grundversorgung für alle durch qualitativ hochwertigen, politisch unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, auch über das Internet;</p> <p>Öffentlich-rechtlicher Rundfunk muss auch in Zukunft an technischen Neuerungen angemessen teilhaben;</p> <p>Transparente Eigentumsverhältnisse an den Medien.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Freiheit, Sicherheit, Recht / Sport	<p>Bekenntnis zum Leistungsprinzip im Sport und zu einem humanen Spitzensport, der eine wichtige Vorbildfunktion hat;</p> <p>Fortführung der bewährten Sportförderung bei der Bundeswehr, der Bundespolizei und beim Zoll;</p> <p>Tatkräftige Unterstützung der konsequenten Bekämpfung von Doping durch die Sportverbände;</p> <p>Einsatz für neue Konzepte der gezielten und systematischen Förderung des sportlichen Nachwuchses; Fortsetzung der Sportstättenförderung des Bundes; Erreichen weiterer Verbesserungen bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund über den Sport; Fortsetzung der Förderung des Behindertensports; Erweiterung der Möglichkeiten und Anreize für Menschen mit Behinderung, Sport treiben zu können; Gewährleistung des barrierefreien Zugangs zu Sportstätten.</p>	<p>Förderung des Breiten- und Leistungssports und seiner Vereine;</p> <p>Besonderes Augenmerk gilt dem Sport für Kinder und Jugendliche, aber auch für Menschen mit Behinderungen;</p> <p>Konsequenter Einsatz für einen sauberen Sport, Kampf gegen jede Art von Doping;</p> <p>Aufnahme des Sports in das Grundgesetz.</p>	<p>Stärkung der gesellschaftlichen Bedeutung des Sports;</p> <p>Aufwertung des Seniorensports in seiner Bedeutung für die aktive Gestaltung des demographischen Wandels;</p> <p>Stärkung des sportlichen Ehrenamtes;</p> <p>Stärkeres Engagement von Frauen auf allen Ebenen des Sports;</p> <p>Verankerung des Sports als Staatsziel im Grundgesetz;</p> <p>Stärkere Förderung des Sports sowohl körperlich als auch geistig behinderter Menschen;</p> <p>Sponsoren müssen angemessene Rahmenbedingungen in Deutschland vorfinden; Teil-Liberalisierung des Sportwettmarktes;</p> <p>Einsatz für Modernisierung beziehungsweise Ausbau von Sportstätten in ganz Deutschland.</p>	<p>Sicherung der gleichberechtigten Teilhabe aller an sportlicher Betätigung;</p> <p>Förderung des Breiten- und manipulationsfreien Spitzensports.</p>	<p>Zugang zu Schwimmbädern und anderen sportlichen Einrichtungen darf sich nicht am Geldbeutel entscheiden;</p> <p>Neue Offensive beim Bau und Umbau von Sportstätten;</p> <p>Schaffung von mehr Sportgelegenheiten in einer spiel- und bewegungsfreundlichen Umwelt;</p> <p>Förderung ehrenamtlichen Engagements im Sport;</p> <p>Sauberer, dopingfreier und fairer Spitzensport;</p> <p>Bekämpfung von Rassismus, Homophobie und Hass im Sport.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Bildung, Forschung, Innovation / Grundsatz	<p>Deutschland soll Bildungsrepublik werden. Bildung darf keine Frage des Einkommens der Eltern sein. Bildungsangebot weiter ausbauen.</p> <p>Umsetzung der Ziele des Bildungsgipfels;</p> <p>Der Hochschulpakt, die Exzellenzinitiative und der Pakt für Forschung und Innovation sollen bis 2019 fortgesetzt werden</p>	<p>Bildung ist ein Menschenrecht; Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf eine gute Bildung – als Grundlage für ein erfülltes Leben und als Eintrittskarte für gute, qualifizierte Arbeit, unabhängig von der Herkunft, unabhängig vom Einkommen der Eltern;</p> <p>Drastische Reduzierung der Zahl der Schulabbrecher; über klare Zielvereinbarungen erreichen, dass die Zahl jährlich um mindestens 10% gesenkt wird;</p> <p>Ziel, bis 2015 mindestens 7% des BIP für Bildung und 3% für Forschung und Entwicklung einzusetzen;</p> <p>Solidarbeitrag für Bildung: Einführung eines Bildungszuschlags auf sehr hohe Einkommen;</p> <p>Benachteiligung von Einwanderkindern beenden.</p>	<p>Bildung ist Bürgerrecht: Gerechtes Bildungssystem, das jedem den bestmöglichen Abschluss nach Begabung und Leistung ermöglicht, unabhängig von der sozialen Herkunft;</p> <p>Intelligent organisiertes Bildungssystem, das sich flexibel den schnellen Veränderungen in unserer Arbeitswelt anpasst;</p> <p>Leistungsfähiges Bildungssystem, das auf den Prinzipien von Chancengleichheit, Wettbewerb, Freiheit und Eigenverantwortung basiert;</p> <p>Flexibles Bildungssystem, das von den Fesseln der staatlichen Überregulierung und der Bürokratisierung befreit ist;</p> <p>Engagiertes Bildungssystem, das Initiative und individuelles Engagement fördert;</p> <p>Besser finanziertes Bildungssystem;</p> <p>Initiative "Vorfahrt für Bildung": möglichst schon bis 2010 Erreichung des Zieles, verbindlich über 10% des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung zu investieren;</p> <p>Bildungsföderalismus: Bildung ist Ländersache; Abschaffung der Kultusministerkonferenz, Ersetzung durch eine effektive, schlanke Bildungskonferenz.</p>	<p>Bildung muss allen Menschen frei und in gleichem Maße zugänglich gemacht werden.</p> <p>Für eine chancengleiche Bildung von Anfang an. Dazu gehören vielseitiges, praxisorientiertes Wissen und Können, interkultureller Austausch, systematische und den Bildungsweg kontinuierlich begleitende Förderung beider Sprachen von zweisprachig aufwachsenden Kindern, Umweltbewusstsein und Sozialkompetenz, ästhetische Erfahrung, ein humanistisches Gesellschafts- und Geschichtsverständnis, Kritik- und Urteilsfähigkeit;</p> <p>Recht auf Bildung im Grundgesetz verankern: berufliche Ausbildung und Gemeinschaftsaufgabe Bildung in dieses Recht einbeziehen;</p> <p>Nationalen Bildungspakt auflegen: öffentliche Bildungsausgaben auf mindestens 7% des Bruttoinlandsprodukts erhöhen, darin bundesweite Förderprogramme für den Ausbau von Gemeinschafts- und Ganztagschulen, sozialpädagogische Unterstützung an jeder Schule; Bund-Länder-Programme für die Ausbildung von mehr Lehrerinnen und Lehrern sowie von Erzieherinnen und Erziehern einrichten;</p>	<p>Blockaden auflösen und eine durchlässige Gesellschaft schaffen, in der Kindern und Jugendlichen, mit und ohne Behinderung, die Welt offen steht, in der sie ihre Interessen verfolgen und Berufswege frei wählen können;</p> <p>Grüner Neuer Gesellschaftsvertrag, der mit guter Bildung Chancen und Perspektiven schafft, anstatt Bildungsarmut immer weiter zu verfestigen;</p> <p>Schaffung von Bildungseinrichtungen, in denen alle ungeachtet ihrer Herkunft und ihres Geschlechtes gefördert werden und in denen alle bessere Leistungen erbringen können;</p> <p>Bildung made in Germany muss ein Qualitätssiegel für optimale Lernbedingungen werden;</p> <p>Bildungsoffensive für mehr Chancengleichheit in unserem Land;</p> <p>Aufhebung des widersinnigen Kooperationsverbot im Bildungsbereich: Bessere Bildung muss wieder gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen werden; Kooperativer Föderalismus statt bildungspolitischer Kleinstaaterei.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Bildung, Forschung, Innovation / Frühkindliche Bildung	<p>Gezielte Sprachförderung vor der Schule;</p> <p>Verbindliche Sprachstands-Tests für alle Kinder ab vier Jahren;</p> <p>Intensive Förderung bei erkannten Defiziten sowie unterrichtsbegleitende Sprachprogramme;</p>	<p>Betreuung ab eins: Einführung eines Rechts auf Ganztagsbetreuung;</p> <p>Bessere Qualität und Gebührenfreiheit: Erreichen eines besseren Personalschlüssels in Krippen, Kindertagesstätten und in der Tagespflege, der bundeseinheitlich im SGB VIII geregelt wird;</p> <p>In weiteren Schritten Erreichen einer vollständigen Gebührenfreiheit; Beteiligung des Bundes (und der Länder) an den dafür erforderlichen Mitteln;</p> <p>Erziehungsarbeit aufwerten: für bessere Aus- und Weiterbildung für Erzieherinnen und Erzieher sorgen und damit die Voraussetzungen für eine angemessene Bezahlung verbessern;</p> <p>Schulvorbereitung in der Kita stärken; verbindliche Sprachförderung als Schwerpunkt der vorschulischen Bildung;</p>	<p>Erziehung von Kindern ist in allererster Linie Aufgabe der Eltern;</p> <p>Jedes Kind erhält als familienpolitische Leistung des Bundes einen Bildungs- und Betreuungsgutschein ab dem ersten vollendeten Lebensjahr; im vierten Lebensjahr müssen Kinder verpflichtend auf ihren sprachlichen Entwicklungsstand geprüft werden; Kinder mit Schwächen sollen dann intensiv und verbindlich gefördert werden; ab dem fünften Lebensjahr verbindliche Schulvorbereitung;</p> <p>Bundesweit vergleichbare Qualitätsstandards im Bereich der vorschulischen Bildung; Einsatz von entwicklungsdiagnostischen Instrumenten wie Tests und systematisierten Beobachtungen;</p> <p>Bessere Kooperation von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen; Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu "Familienzentren";</p> <p>Fortbildungsoffensive für Erzieherinnen und Erzieher; Hochschulausbildung oder entsprechend gleichwertige Qualifikation als Voraussetzung zumindest für die Leitung der Bildungseinrichtung.</p>	<p>Bildung von Anfang an fördern: den Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung in Kitas mit hoher Betreuungsqualität verbinden;</p> <p>Kita-Ausbau vorantreiben, um den Rechtsanspruch ab dem ersten Lebensjahr auch für Kinder mit Behinderungen zu sichern;</p>	<p>Rechtsanspruch auf eine qualitativ hochwertige und vor allem ganztägige frühkindliche Betreuung und Bildung für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr und ein flächendeckendes, hochwertiges Angebot an Kitas, Kindergärten und echten Ganztagschulen;</p> <p>Verbesserung und fließende Gestaltung des Übergangs von der Kindertagesstätte in die Schule, enge Kooperation beider Institutionen;</p> <p>Weiterentwicklung von Krippen und Kitas zu Eltern-Kind-Zentren;</p> <p>Bessere Personalausstattung, kleinere Gruppen und höheres Ausbildungsniveau des Personals; bundesweit gültige Betreuungsstandards;</p> <p>Gesundes Mittagessen und eine gute Ausstattung der Einrichtungen;</p> <p>Perspektivisch sollen alle Erzieherinnen und Erzieher auf Hochschulniveau ausgebildet werden.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Bildung, Forschung, Innovation / Bildungseinrichtungen	<p>Entwicklung und Durchsetzung von bundesweiten Leistungsmaßstäben für Bildungseinrichtungen und Bildungsabschlüsse;</p> <p>Transparenter und ehrlicher Leistungsvergleich zwischen den Schulen in Deutschland;</p> <p>Auftrag von Schule und Lehrern geht über die Vermittlung von Wissen weit hinaus; bei der Vermittlung von Werten und sozialen Tugenden ist vorrangig das Elternhaus in der Pflicht, doch auch den Schulen kommt hohe Bedeutung zu;</p> <p>Konfessioneller Religionsunterricht soll in allen Ländern zum Kanon der Pflichtfächer zählen; neben dem evangelischen und katholischen Religionsunterricht soll bei Bedarf auch Unterricht in anderen Religionen in deutscher Sprache mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern und unter staatlicher Schulaufsicht angeboten werden;</p> <p>Lernerfolge in Deutschland und international besser vergleichbar machen; dadurch Stärkung der Bildungsabschlüsse, Erhöhung der Durchlässigkeit und Erleichterung der Mobilität;</p> <p>Im Rahmen des föderalen Bildungssystems Schwerpunkt →</p>	<p>Ziel: Sozial gerechtes, leistungsstarkes und durchlässiges Schulsystem, das kein Kind und keinen Jugendlichen zurücklässt;</p> <p>Schülerinnen und Schüler sollen länger gemeinsam lernen können;</p> <p>Bessere individuelle Förderung;</p> <p>Ausbau von integrativen Schulformen;</p> <p>Langfristig Überwindung des gegliederten Schulwesens;</p> <p>Angebot an Ganztagschulen flächendeckend ausbauen; alle Kinder sollen sowohl in Ganztagschulen als auch in Kindertagesstätten an einem gesunden Mittagessen teilnehmen können;</p> <p>Jede Schule mit besonderem Bedarf soll mindestens eine/n Sozialarbeiter/in erhalten;</p> <p>Möglichst alle Kinder mit Behinderung sollen gemeinsam mit Kindern ohne Behinderungen zur Schule gehen;</p> <p>Arbeits- und Berufsorientierung in der Schule fest verankern; Schule und Betrieb müssen dafür besser verzahnt werden.</p>	<p>Möglichkeit für Kita und Schule, über die Zusammensetzung des Personals und ihr Profil zur Erreichung der vorgegebenen Bildungsziele selbst zu entscheiden; eigenverantwortliches Budget;</p> <p>Schulen in freier Trägerschaft dürfen nicht diskriminiert und müssen gleichberechtigt werden; fairer Wettbewerb zwischen Schulen in staatlich-kommunaler und freier Trägerschaft; faire Chancen bei der Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft;</p> <p>Neue Definition der Lehrerarbeitszeit, damit sie sich zukünftig nicht nur an Unterrichtszeit orientiert; Lehrer dürfen nicht mit überflüssigen Verwaltungsaufgaben belastet werden; Schulleiter müssen mehr in Richtung Schulverwaltungsmanagement hin qualifiziert werden; keine Regel-Verbeamtung bei Neueinstellungen von Lehrern; Aufwertung des Lehrberufs durch bundesweit gleichwertig hohe Aus- und Fortbildungsstandards; deutliche Verbesserung der Qualität der Lehrerfortbildung; regelmäßige Lehrerfortbildungen;</p>	<p>Bildungsberufe aufwerten: Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher auf Hochschulniveau und den Master-Abschluss für alle Lehrerinnen und Lehrer einführen; gute Arbeitsbedingungen und eine gerechte Entlohnung herstellen;</p> <p>Bildung von Anfang an fördern: den Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung in Kitas mit hoher Betreuungsqualität verbinden;</p> <p>Kita-Ausbau vorantreiben, um den Rechtsanspruch ab dem ersten Lebensjahr auch für Kinder mit Behinderungen zu sichern;</p> <p>Länger gemeinsam lernen: Gemeinschaftsschule bis zur Klasse 10 bundesweit mehrheitsfähig machen und als Regelschule etablieren;</p> <p>Individuelle Förderung verankern, statt auf private Nachhilfe zu setzen;</p> <p>Inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen;</p> <p>Migrantinnen und Migranten Chancengleichheit sichern und Ausgrenzung beenden;</p>	<p>Freude am Lernen zu fördern und Menschen ein Leben lang die Lust auf neue Herausforderungen zu erhalten, als der eigentliche Auftrag aller Bildungseinrichtungen;</p> <p>Bildungseinrichtungen, in denen alle ungeachtet ihrer Herkunft und ihres Geschlechtes gefördert werden und in denen alle bessere Leistungen erbringen können;</p> <p>Nutzung freiwerdender Mittel des Solidaritätszuschlags zur weiteren Finanzierung des Ausbaus der Bildungsinfrastruktur im Sinne eines Bildungssolis;</p> <p>Demokratisch verfasste Hochschulen, deren paritätisch besetzte Gremien über die Hochschulbelange entscheiden;</p> <p>Perspektivisch sollen alle Erzieherinnen und Erzieher auf Hochschulniveau ausgebildet werden; Regelmäßige Weiterbildung muss Pflicht werden, Genderkompetenz, interkulturelle Kompetenz und das Respektieren gesellschaftlicher Vielfalt als Teil der Ausbildung;</p> <p>Qualitativ hochwertige Arbeit im Elementarbereich muss sich auch im Arbeitsentgelt von Erzieherinnen und Erziehern widerspiegeln;</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Bildung, Forschung, Innovation / Bildungseinrichtungen (Forts:)	<p>in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften; Technik);</p> <p>Gezielt dem unterdurchschnittlichen Anteil von Frauen in wissenschaftlichen Berufen entgegenwirken;</p>	<p>Schaffung der Voraussetzungen für gemeinsames Handeln von Bund, Ländern und Kommunen im Bildungswesen und Ineinandergreifen aller Glieder der Bildungskette; Schaffung der grundgesetzlichen Voraussetzungen für eine solche Kooperation.</p>	<p>durchlässiges Bildungssystem: Schulempfehlungen dürfen keinen unumkehrbaren Bildungsweg mehr zementieren; Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bildungsstationen muss erhöht werden; Kooperation von Schulen und Kitas und den einzelnen Schulen in einem Netzwerk;</p> <p>Sonderpädagogik: Integration vor Sonderbeschulung; Förderschulen sollten in einem Netzwerk enge Kontakte mit ihrem Umfeld und den Regelschulen pflegen; Ausbau von Regel- und Förderschulen unter einem Dach, Einrichtung von Förderschulklassen an Regelschule;</p> <p>Bessere Rahmenbedingungen für die Hochbegabtenförderung; Entwicklung und Umsetzung von Standards im Bereich der Begabtenförderung;</p> <p>Verstärkung der Fortbildung von beruflich Qualifizierten ohne Abitur an Hochschulen; Schaffung von Anreizen für Hochschulen, den Anteil beruflich Qualifizierter zu erhöhen;</p> <p>Spezifische Unterstützung von Wissenschaftlerinnen und Forscherinnen in ihrer beruflichen Entwicklung.</p>	<p>Kita- und Studiengebühren abschaffen; Lehr- und Lernmittelfreiheit sichern, Schul- bzw; Prüfungsgebühren in der beruflichen Bildung abschaffen;</p> <p>Mitbestimmungsrechte in Bildungseinrichtungen stärken: bundesweite Vertretungen von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Studierenden mit allgemeinerpolitischem Mandat durchsetzen;</p> <p>Kompetenzen von Migrantinnen und Migranten wertschätzen: die im Herkunftsland erworbenen Hochschul- und Berufsabschlüsse, Qualifikationen, Kompetenzen und beruflichen Erfahrungen anerkennen;</p>	<p>Schaffung von Anreizen für Männer, sich in diesem Berufsfeld zu betätigen, da der prozentuale Anteil von Männern hier noch sehr gering ist;</p> <p>Reform des vielerorts konzeptionslos und schlecht vorbereitet eingeführten achtjährigen Gymnasiums;</p> <p>Schulen die Freiheit geben, selbst zu entscheiden, wie sie die vorgegebenen Bildungsziele erreichen.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Bildung, Forschung, Innovation / Berufliche Bildung	<p>Ausbildung und Weiterbildung in Deutschland genießen weltweit einen hervorragenden Ruf;</p> <p>Deutschland zum Weltmeister im Export beruflicher Bildungsangebote machen und Vermarktung gezielt fördern;</p> <p>Erfolgreichen Ausbildungspakt mit der Wirtschaft über 2010 hinaus fortführen;</p> <p>Anpassung des bewährten dualen Systems an veränderte wirtschaftliche und technologische Anforderungen durch kontinuierliche Fortentwicklung der Ausbildungsberufe;</p>	<p>Duales System stärken und mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern den regelmäßigen Zugang zu beruflicher Weiterbildung ermöglichen; Ausbildungsberufe modernisieren; mehr Ausbildungsangebote, die eine betriebliche Ausbildung mit einem akademischen Studium verbinden;</p> <p>Recht für alle durchsetzen, den Schulabschluss jederzeit gefördert nachholen zu können;</p> <p>Dafür sorgen, dass Schülerinnen und Schüler mit rechtzeitiger Berufsorientierung und Berufseinstiegsbegleitung schon in der Schule auf die Ausbildung vorbereitet werden;</p> <p>Ausbildungspakt weiterentwickeln; Ausbildungsplatzverpflichtungen der Wirtschaft weiter erhöhen; Ausbildungsplätze auch für die geringer qualifizierten Bewerberinnen und Bewerber;</p> <p>Berufsausbildungsgarantie für alle, die älter als 20 Jahre sind und weder Berufsabschluss noch Abitur haben.</p>	<p>Berufliche Bildung als zentrales Element der Innovationsfähigkeit eines Staates; berufliche Weiterbildung als lebensbegleitendes Lernen ist starke Säule des Bildungssystems;</p> <p>Enges Zusammenwirken von Schule und Betrieben bei der Verankerung der beruflichen Ausbildung in den Betrieben;</p> <p>Ausbildungsgänge müssen flexibler und modular aufgebaut werden;</p> <p>Ausbildung soll in der Regel im Betrieb erfolgen; überbetriebliche Ausbildungszentren als Möglichkeit, um Ausbildungsinhalte zu vermitteln; anerkannte Abschlussprüfung am Ende jeder Ausbildung;</p> <p>Möglichkeit für Jugendliche mit mangelnder Ausbildungsreife, sich durch den Abschluss von zertifizierten Ausbildungsmodulen nachträglich zu qualifizieren;</p> <p>weiterhin staatliche Förderung der betrieblichen Weiterbildung; Beibehaltung des Prinzips des vollen Berufs; Ergänzung durch Modulausbildungsgänge für Qualifikationen unterhalb des vollen Berufs;</p>	<p>Gute und umfassende Berufsausbildung sichern: Schmalspurausbildungen und Warteschleifen abschaffen,</p> <p>Betriebe in die Verantwortung nehmen, Berufsausbildung reformieren und Qualität in den Mittelpunkt stellen;</p> <p>Mitbestimmungsrechte für außerbetriebliche Auszubildende stärken;</p> <p>Ausbildungsplatzumlage einführen: die Unternehmen an der Finanzierung der Berufsausbildung solidarisch beteiligen;</p> <p>Auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot sicherstellen.</p>	<p>Ausbildungssystem so umbauen und ausbauen, dass alle Jugendlichen eine echte Chance auf einen guten Berufsstart bekommen und damit das Recht auf Ausbildung umgesetzt wird; bereits in der Schule größerer Stellenwert und geschlechtersensible Ausgestaltung für die Berufsorientierung;</p> <p>Produktionsklassen sollen Schulabschlüsse und Übergänge in eine betriebliche Ausbildung fördern;</p> <p>Veränderung des Übergangssystems, so dass jeder Ausbildungsschritt anerkannt und auf die Ausbildung angerechnet werden kann;</p> <p>System »Dual Plus«: Erweiterung des bestehenden »Dualen Systems« um die überbetrieblichen Zentren als dritte Säule;</p> <p>Flexiblere Gestaltung der Berufsausbildung durch Modularisierung und Anerkennung von Teilqualifikationen;</p> <p>Gestaltung des deutschen Qualifikationsrahmens, dass er eine echte Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung vorsieht und die Durchlässigkeit von Schule, Beruf, Hochschule und Weiterbildung – auch europaweit – gewährleistet;</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Bildung, Forschung, Innovation / Lebenslanges Lernen	<p>Aufstieg durch Bildung und lebenslanges Lernen - unabhängig von finanzieller Lage und sozialer Herkunft;</p> <p>Arbeitnehmer müssen ihre berufliche Weiterqualifizierung verlässlich planen können;</p> <p>Lernzeitkonten vor betrieblichen Insolvenzen schützen;</p>	<p>Lebenslanges Lernen ist für die Persönlichkeitsentwicklung unersetzlich; allgemeine, berufliche, politische und kulturelle Bildung vermitteln in einer immer komplexer werdenden Welt Grundorientierungen und Kompetenzen;</p> <p>Bildung muss immer möglich sein – ein Leben lang, auch nach der Erwerbsphase;</p> <p>Bekenntnis zu Bildung als öffentlichem Gut; Staat und Politik sind in der Verantwortung, mehr Bildung für alle von Anfang an und ein Leben lang zu organisieren;</p> <p>Möglichkeit für Berufsschülerinnen und –schüler schaffen, auch eine Fachhochschulreife zu erwerben;</p> <p>Möglichkeiten des Zugangs zu einem integrierten Fachhochschulstudium und einer beruflichen Ausbildung vergrößern;</p> <p>Technikerinnen und Technikern, Meisterinnen und Meistern sowie anderen Berufstätigen mit Ausbildung gezielt den Zugang zu den Hochschulen und Universitäten öffnen; Zu diesem Zweck soll der Bezug von BAföG auch nach dem 30. Lebensjahr möglich sein.</p>	<p>Lebenslanges Lernen als Leitgedanke liberaler Bildungspolitik: Bildungssystem, das sich an den Lebensphasen eines Menschen ausrichtet und dafür spezifische Angebote entwickelt;</p> <p>Verbesserung der Durchlässigkeit der Bildungssysteme durch neue Kooperationsformen zwischen Hochschulen, Erwachsenen- und Weiterbildungseinrichtungen sowie der Wirtschaft;</p> <p>Verbesserung der Studien- und Weiterbildungsmöglichkeiten von Berufstätigen an den Hochschulen;</p> <p>Bildungspakt der Generationen, in dem sich Bürger mit Berufserfahrung, vor allem auch junge Menschen, freiwillig engagieren und Kindern und Jugendlichen helfen.</p>	<p>Weiterbildung als öffentliche Aufgabe verankern: mit einem Weiterbildungsgesetz den Rechtsanspruch, die Finanzierung und Qualität von Weiterbildung sichern;</p> <p>Unternehmen in die Verantwortung nehmen und Branchenfonds bilden;</p> <p>Gesetze von Bund und Ländern zu einer Erwachsenenbildungsförderung ausbauen und allen Menschen – unabhängig vom Geldbeutel – lebenslanges Lernen ermöglichen.</p>	<p>Ziel: Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen für alle Menschen möglich und attraktiv machen;</p> <p>Zentrale Voraussetzung dafür ist die Einführung eines Erwachsenen-BAföG, das keine Altersgrenzen und Berufsbeschränkungen kennt;</p> <p>Durch einen Mix von Zuschüssen und Darlehen können Berufsabschlüsse nachgeholt und Weiterbildungen finanziert werden;</p> <p>Außerdem sollen Arbeitszeitkonten für Weiterbildung genutzt werden; sie müssen beim Arbeitsplatzwechsel mitgenommen werden können und gegen Insolvenz geschützt sein;</p> <p>Individuelles Bildungssparen soll für alle Menschen ähnlich wie das Bausparen möglich sein und vor allem für Geringverdiener besonders staatlich gefördert werden;</p> <p>Nötig sind außerdem eine gute Bildungsberatung für alle, die über passende Angebote und Finanzierungsmöglichkeiten informiert, und besondere Beratungsangebote für kleine und mittlere Betriebe, damit die betriebliche Weiterbildung ausgebaut wird.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Bildung, Forschung, Innovation / Hochschulen	<p>Hochschulpakt konsequent umsetzen; dadurch Beitrag zur Schaffung notwendiger neuer Studienplätze;</p> <p>Erhöhung der Attraktivität für Forschung und Lehre in Deutschland durch mehr Autonomie für die Hochschulen;</p> <p>Förderung des Wettbewerbs zwischen den Hochschulen;</p> <p>Hinwirken auf geringere Studienabbrecherquoten;</p> <p>Ausbau der internationalen Attraktivität deutscher Hochschulen;</p> <p>Reform der Studienstrukturen nach dem „Bologna-Prozess“ muss unvoreingenommen überprüft und darf nicht schematisch auf alle Studiengänge erstreckt werden;</p> <p>Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes.</p>	<p>Keine Studiengebühren: Studium darf nicht am Geld scheitern; Gebührenfreies Erststudium bis einschließlich zum Master;</p> <p>Verantwortlich für Hochschulen bleibt der Staat; Herstellung einer gerechten Verteilung der Lasten, Hochschulfinanzierung auf wettbewerbliches Anreizsystem („Geld folgt Studierenden“) umstellen;</p> <p>Erhöhung der Zahl der Studienplätze; konsequente und überprüfbare Umsetzung des Hochschulpakts;</p> <p>Verbesserung der Lehre an den Hochschulen; Absicherung des durch die Studienstrukturreform erhöhten Beratungsbedarfs der Studierenden; ausreichende Ausstattung der Hochschulen, um Studenten beim Erreichen der Studienziele zu helfen;</p> <p>Zugang erleichtern: mehr Fachkräfte ohne Abitur sollen studieren können; qualifizierte Berufsausbildung ist gleichrangig mit allgemeinbildendem Abschluss;</p> <p>Bundeseinheitliche Regelung der Hochschulzulassung; Beteiligung aller Hochschulen →</p>	<p>Weiterer Ausbau und dauerhafte Absicherung einer wissenschaftlich exzellenten, wirtschaftlich leistungsfähigen und qualitativ hochwertigen Hochschullandschaft;</p> <p>Gewinnung von mehr privatem Kapital für die Stärkung von Lehre und Forschung;</p> <p>Eliteförderung an den Hochschulen ist wesentlich für die Zukunftschancen des Landes;</p> <p>Innovationsoffensive: Hochschulen müssen in die Lage versetzt werden, hohe, wettbewerbsfähige Standards in der Ausbildung des wissenschaftlichen nach Abdeckung des Fachkräftemangel in allen Bereichen zu realisieren und den Wissens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen zu verstärken;</p> <p>Hochschulpakt 2020: ausreichende Finanzierung des zusätzlichen Kapazitätsaufbaus, Anhebung der Grundpauschale um 25%; Weiterführung der Exzellenzinitiative; vergleichbarer Wettbewerb für angewandte Forschung und Lehre an Fachhochschulen wird angestrebt;</p>	<p>Offenen Studienzugang mit einem Hochschulzulassungsgesetz bundesweit ermöglichen: individuelle Auswahlverfahren abschaffen, die lernfeindlichen Restriktionen des Bachelor/Master-Systems überwinden und als ersten Schritt dorthin Zugangsbeschränkungen beim Übergang vom Bachelor zum Master ausschließen;</p> <p>BAföG zur elternunabhängigen, bedarfsdeckenden und repräsentationsfreien Grundsicherung ausbauen;</p> <p>Schritt für Schritt Elternunabhängigkeit ausbauen, die Höchstdauer der Zahlung an die durchschnittliche Studienzeit anpassen;</p> <p>Mit einem „Studienpakt II“ gute Studienbedingungen sichern: die Mittel pro Studienplatz erhöhen und sich dabei an den realen Kosten orientieren;</p> <p>Bessere Betreuung im Studium; mehr Qualität und Offenheit sowie mehr Frauenförderung durch Regelungen zwischen Bund und Ländern garantieren;</p>	<p>In den kommenden fünf Jahren Schaffung von mindestens 500.000 zusätzlichen Studienplätzen; Finanzierung zum Teil aus einem Bund-Länder-Fonds nach dem Prinzip »Geld folgt Studierenden«;</p> <p>Schaffung tragfähiger bundeseinheitlicher Regeln für Zulassungen und Abschlüsse an Hochschulen und eine starke Servicestelle für Hochschulzulassungen;</p> <p>Erleichterung des Zugangs für Nicht-Abiturientinnen und -Abiturienten sowie Berufstätige durch bundesweit einheitliche Zulassungskriterien;</p> <p>Ziel, sämtliche Studiengebühren abzuschaffen beziehungsweise deren Einführung zu verhindern;</p> <p>Einrichtung bundesweiter Fachzentren für die Hochschullehre zur systematischen Erhöhung von Stellenwert und Qualität der Lehre;</p> <p>Umbau der Studienfinanzierung zu einem Zwei-Säulen-Modell: Kombination eines einheitlichen Sockelbetrags, der allen Studierenden elternunabhängig zugute kommt, mit einem Zuschuss für Studierende aus einkommensarmen Elternhäusern als starke soziale Komponente;</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

CDU/CSU

SPD

FDP

Die Linke

Grüne

Bildung, Forschung, Innovation / Hochschulen (Forts.)		<p>am zentralen Serviceverfahren;</p> <p>Starke, offene, demokratische Hochschulen: Hochschulautonomie und universitäre Selbstverwaltung; Stärkung der inner-universitären Demokratie, alle Statusgruppen müssen fair in Entscheidungen und Gremien eingebunden werden;</p> <p>Konkrete Zielvereinbarungen zur verstärkten Übernahme von Leitungsfunktionen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen durch Frauen; finanzielle Sanktionsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung;</p> <p>Erhöhung des Frauenanteils des wissenschaftlichen Personals bis 2020 auf 40%; Professorinnen-Programm und Investitionsprogramm für Kindertagesstätten und Krippen an den Hochschulen.</p>	<p>Höchstmaß an Autonomie, Gestaltungs- und Entfaltungsfreiheit; Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes, Verankerung der Autonomie der Hochschulen im Grundgesetz; leistungsorientierte Mittelvergabe, verbunden mit Globalhaushalten und Budgetautonomie;</p> <p>Weitgehende Personalhoheit: Abschaffung der Regelverbeamtung und des Vergaberahmens; eigener Wissenschaftstarifvertrag, keine Altersgrenzen in der Wissenschaft;</p> <p>Abschaffung der ZVS; Studierende sollen sich ihre Hochschulen und Hochschulen ihre Studenten selbst aussuchen können; Sicherung der Qualität des Studienangebots durch anerkannte Akkreditierungsagenturen;</p> <p>Verstärkte Internationalisierung der Lehre;</p> <p>Finanzielle Planungssicherheit: Drei-Säulen-Modell aus staatlicher Grundfinanzierung, Studienbeiträgen und Eigenvermögensaufbau; Entscheidung jeder Hochschule selbst, ob, in welcher Höhe und für welche Studiengänge sie Studienbeiträge erhebt;</p>		<p>Bachelor-/ Master- Studiengänge: Studienbedingungen müssen verbessert, Verschulung und Arbeitsüberlastung zurückgenommen, die Gesamtdauer von Bachelorstudiengängen flexibler gehandhabt und der Wechsel zwischen Hochschulen auch innerhalb Deutschlands erleichtert werden;</p> <p>Auslandaufenthalte, Praktika und zivilgesellschaftliches Engagement müssen auch im Bachelorstudium möglich sein. Ablehnung der Verknappung des Angebots durch starre Übergangsquoten oder hohe Extragebühren vom Bachelor zum Master; Jede Absolventin und jeder Absolvent eines Bachelorstudiengangs soll die Möglichkeit haben, einen Masterstudiengang zu studieren;</p> <p>Einsatz für die demokratisch verfasste Hochschule, deren paritätisch besetzte Gremien über die Hochschulbelange entscheiden;</p> <p>Hochschulen sollen das Prinzip der Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen anwenden; Dies gilt für den Zugang und für die Nutzung der Lehrangebote.</p>
---	--	---	---	--	--

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Bildung, Forschung, Innovation / Hochschulen (Forts.)			<p>Hochschulen sollen zur Erfüllung ihrer Aufgaben in Forschung und Lehre langfristig eigenes Vermögen bilden; Veränderung des Stiftungsrechts, Erbrechts und Steuerrechts so, dass es Privatpersonen und Unternehmen attraktiver wird als bisher, Hochschulen finanziell zu unterstützen; Sponsoring soll nicht durch bürokratische Hemmnisse behindert werden; Unternehmen sollen ermutigt werden, Stiftungsprofessuren zu vergeben;</p> <p>Möglichkeit einer elternunabhängigen Finanzierung der Lebenshaltungskosten durch Darlehen für jeden Studierenden; Zusammenführung der BAföG-Förderung mit den weiteren Kreditprogrammen;</p> <p>Aufbau eines Stipendiensystems auf international üblichem Niveau; Erhöhung des Anteils der Geförderten auf 10%;</p> <p>Stärkung des Aufbaus von privatem Bildungskapital; Förderung von Bildungssparkonten;</p> <p>Ermöglichung eines erleichterten Markteintritts für Hochschulen in freier Trägerschaft durch faire Wettbewerbsbedingungen; Möglichkeit zur Überführung staatlicher Hochschulen in private Formen.</p>		

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Bildung, Forschung, Innovation / Forschung und Entwicklung	<p>Staat und Wirtschaft sollen gemeinsam mindestens 3% des BIP in Forschung und Entwicklung investieren;</p> <p>Fortführung der Hochtechnologie-Strategie; Bündelung der Forschungspotenziale unter einem Dach;</p> <p>Ausbau vorhandener Stärken wie in der Verkehrs-, Automobil- und Mobilitätsforschung, in der Entwicklung und Anwendung neuer Werkstoffe und im Anlagen- und Maschinenbau;</p> <p>Stärkung der Forschung insb. in den Bereichen Gesundheit, Altern, Medizintechnik, Ernährung, Nachhaltigkeit und Umwelt und Anpassung an den Klimawandel;</p> <p>Forschungseinrichtungen stärken;</p> <p>„Pakt für Forschung und Innovation“ verwirklichen, zweite Runde der Exzellenzinitiative für die Hochschulen und den Hochschulpakt konsequent umsetzen;</p> <p>Auseinandersetzung über ethische Grenzen der Forschung sachlich und in der Überzeugung, dass Deutschland im internationalen Wettbewerb forschungsfreundliche Rahmenbedingungen braucht, führen;</p>	<p>Exzellenzinitiative über das Jahr 2011 hinaus fortsetzen;</p> <p>Weiterentwicklung der Internationalisierung von Lehre und Forschung, damit mehr Spitzenkräfte aus dem Ausland zu uns kommen und Forscherinnen und Forscher in unserem Land bleiben; Einwanderungsrecht und Verdienstmöglichkeiten so gestalten, dass die besten Köpfe zu uns kommen;</p> <p>Studiengänge und Abschlüsse müssen international vergleichbar sein;</p> <p>Wissenschaftlichen Nachwuchs fördern: Nachhaltiger Ausbau der Juniorprofessur; Auflegen eines Förderprogramms für den akademischen Mittelbau sowie für attraktive Anwerbe- und Rückholprogramme;</p> <p>Zur Erleichterung der Bildung und Förderung von Clustern und Forschungsnetzen Vereinfachung der Integration von Hochschulen und Forschungseinrichtungen und Flexibilisierung der Wissenschaftsstrukturen;</p> <p>Forschungseinrichtungen besser fördern: Fortsetzung und Weiterentwicklung des Pakts für Forschung;</p>	<p>Forschungsfreiheitsinitiative: Modernes Zuwanderungs- und Aufenthaltsrecht für ausländische Fachkräfte und Spitzenforscher, Lockerung der Altersgrenzen für Wissenschaftler;</p> <p>Bessere Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, insbesondere von Frauen, um die Forscherflucht zu stoppen;</p> <p>Weitergeltung des Paktes für Forschung und Innovation über 2010 hinaus;</p> <p>Bündelung der Klein- und Nischenprogramme zur Forschungsförderung; regelmäßige interne und externe Evaluation der Forschungsförderung;</p> <p>Forschungsfreundlichere Ausgestaltung von Patentrecht und Urheberrecht;</p> <p>Steuer- und Haushaltsrecht, Ordnungs- und Gewerberecht, Baurecht, öffentliches Vergaberecht und Beantragung von Fördermitteln müssen transparenter, einfacher und anwendungsfreundlicher werden;</p> <p>Wissenschaftsfreiheitsgesetz, das den staatlichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen die Verantwortung für ihre Sach-, Personal- und Finanzangelegenheiten überträgt;</p>	<p>Öffentliche Forschungsförderung auf gemeinwohlorientierte Ziele ausrichten: teure Prestigeprojekte, Rüstungsforschung und industriegeführte Forschung aus öffentlichen Mitteln beenden;</p> <p>Einseitige Orientierung auf milliardenschwere Förderung von Exportbranchen aufgeben;</p> <p>Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung in Unternehmen als teure Subvention ohne jegliche Steuerungswirkung ablehnen;</p> <p>Neue Instrumente der Forschungsförderung entwickeln: öffentliche und zivilgesellschaftliche Akteure wie Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge, kommunale Verwaltungen oder gemeinnützige Projektträger zu Auftraggebern für Forschungsleistungen machen;</p> <p>Erneuerung des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs, der Energieversorgung und –speicherung, der Gesundheits- und Pflegeversorgung, der öffentlichen Verwaltung sowie des Bildungssystems Vorrang einräumen;</p> <p>Globale Verantwortung für die Bekämpfung vernachlässigter Krankheiten übernehmen; in einem ersten Schritt zehn Prozent der in der „Pharmainitiative“ →</p>	<p>Leistungsstarkes Wissenschaftssystem mit attraktiven und verlässlichen Zukunftsperspektiven für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Forschung und Lehre;</p> <p>Open Access: Forschungsergebnisse, die mit öffentlichen Geldern erzielt wurden, sollen der Öffentlichkeit auch frei zugänglich sein;</p> <p>Anteil der Mittel für Forschung und Entwicklung muss endlich die seit Jahren zugesagten 3% des Bruttoinlandsprodukts erreichen;</p> <p>Pakt für Forschung und Innovation fortschreiben, begonnenen Einstieg in die Vollkostenfinanzierung bei Forschungsprojekten verstetigen; Kooperationen zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen von Bund und Ländern stärken und ausbauen und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Forschungseinrichtungen in die Lehre an den Hochschulen stärker einbeziehen;</p> <p>Ausweitung der Juniorprofessur;</p> <p>Forschungs- und Institutionsförderung müssen an verbindliche Gleichstellungsziele geknüpft und →</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Bildung, Forschung, Innovation / Forschung und Entwicklung (Forts.)	<p>Forschungsförderung für den Mittelstand zur Intensivierung des Technologietransfers weiter steigern. Förderprogramme so effizient wie möglich gestalten, damit kleine und mittlere Technologieunternehmen im globalen Wettbewerb noch erfolgreicher sind; Dafür müssen Forschungsergebnisse schneller in Produkte und Dienstleistungen umgesetzt werden;</p> <p>Gesundheitsforschung: durch gezielte Schwerpunktförderung die Forschungsanstrengungen verstärken und die Arbeiten der verschiedenen Forschungseinrichtungen durch die Schaffung eines Forschungsnetzwerkes koordinieren; Ausbau der Spitzenstellung Deutschlands auf dem Gebiet der Medizinforschung;</p>	<p>Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf 3% des Bruttoinlandsproduktes bis 2015;</p> <p>Verstärkte Investitionen in nachhaltige Bereiche mit einem Vorrang für Innovationen in Bildung, Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft sowie für eine gute Infrastruktur;</p> <p>Steuergutschriften für Forschung: neue finanzpolitische Spielräume nutzen und die bestehenden Formen der Projektförderung durch eine steuerliche Förderung von Forschungsanstrengungen von Unternehmen in Form einer Steuergutschrift („tax credit“) für kleine und mittlere Unternehmen ergänzen;</p> <p>Energieforschung ausweiten:</p>	<p>Bessere Forschungsfinanzierung: Erreichen und Übertreffen des Ziels, mindestens 3% des BIP für Forschung und Entwicklung auszugeben; Erleichterungen für Wagniskapitalgeber (Private-Equity-Gesetz); Stiftungsrecht vereinfachen;</p> <p>Einstieg in die Vollkostenfinanzierung fortsetzen; Overhead-Finanzierung soll von 20 auf 40% steigen;</p> <p>Wegfall der forschungsfeindlichen Hemmnisse der jetzigen Unternehmensteuerreform; keine Beschränkung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Investitionen in Forschung und Entwicklung; wirksame steuerliche Forschungs- und Entwicklungsförderung, besonders auch für kleine und mittlere Unternehmen;</p> <p>Freiheit für die Forschung: Ablehnung von Denkblockaden und ideologischer Fixierung auf bestimmte Technologien; Förderung von Fusionsforschung, kerntechnischer Sicherheitsforschung, Stammzellforschung, grüner Gentechnik, Biotechnologie und Nanotechnologie und Raumfahrtprojekten im wettbewerblichen Verfahren unter transparenten und verantwortungsvollen Rahmenbedingungen;</p>	<p>eingepflanzten Mittel dafür einsetzen;</p> <p>Forschung zur Lösung globaler Herausforderungen finanzieren: Mittel für die Schwerpunktforschung zur Umwelt und Klimaentwicklung, Wasser- und Energieversorgung, Nord-Süd-Gerechtigkeit und zivilen Konfliktlösung aufstocken;</p> <p>Ostdeutsche Forschungslandschaft stärken;</p> <p>Arbeitsbedingungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verbessern: Mitbestimmung und demokratische Selbstverwaltung in den Wissenschaftseinrichtungen der Forschungsorganisationen und in den Hochschulen stärken und wissenschaftsspezifische Regelungen in den Tarifverträgen zur sozialen Absicherung des wissenschaftlichen Mittelbaus ermöglichen;</p> <p>Frauen in der Wissenschaft stärker fördern: die Geschlechterperspektive in alle öffentlich geförderten Forschungsprojekte integrieren; Geschlechterdiskriminierende Auswahlverfahren sowie unsichere und ausgrenzende Karrierewege überwinden;</p>	<p>Gender-Perspektiven selbstverständlicher Bestandteil von Forschungsfragen werden;</p> <p>Konsequente Frauenförderung – auch und gerade an der Spitze der Hochschulen;</p> <p>Schwerpunkt öffentlicher Forschungsförderung auf der Grundfinanzierung von Forschungseinrichtungen und in der wettbewerblichen Programmförderung; Wagniskapital soll stärker als bisher unterstützt werden, um die Ausgründung innovativer Unternehmen zu erleichtern;</p> <p>Forschungsfreiheit: Menschenwürde und Menschenrechte haben stets Vorrang vor Forschungs- und Verwertungsinteressen in der Medizin, den Lebenswissenschaften, der Biotechnologie und beim Schutz von Umwelt und Tieren; Alternativen zu Tierversuchen müssen konsequent angewandt werden, die Erforschung von Ersatzmethoden verstärken;</p> <p>Friedens- und Konfliktforschung stärken und Forschung zu militärischen Zwecken so weit wie möglich reduzieren;</p> <p>Risikoforschung und Technikfolgenabschätzung sollen zum integralen Bestandteil von Forschung werden;</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Nachhaltigkeit / Energie und Klimaschutz	<p>Breiter und klimafreundlicher Energiemix; Verteilung deutscher Energie-Importe auf möglichst viele Länder;</p> <p>Ausbau des deutschen Stromverbundnetzes zum Baustein eines europaweiten Stromtransportnetzes; Beseitigung nationaler Engpässe, Schaffung der nötigen grenzüberschreitenden Kuppelstellen;</p> <p>Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine möglichst schnelle Modernisierung des konventionellen Kraftwerkparcs; Stärkung der dezentralen Energieversorgung; Technologie zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ kann einen wichtigen Beitrag zur Klima freundlichen Nutzung fossiler Energieträger leisten;</p> <p>Verstärkung der Aufklärungsarbeit über energiepolitische Zusammenhänge;</p> <p>Erarbeitung und ständige Fortschreibung eines "Energie-Atlas Deutschland", Aufzeigen regionaler und lokaler Potenziale erneuerbarer Energien;</p> <p>Weiterentwicklung des quantitativen zu einem qualitativen Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere durch eine zukunftsfähige →</p>	<p>Leitprojekt „Weg vom Öl“: Deutschland soll im Bereich der Energie mittelfristig unabhängig von Ölimporten werden;</p> <p>Ausbau Erneuerbarer Energien: Stromerzeugung bis 2020 zu mindestens 35% auf Erneuerbare Energien, bis 2030 zu 50%;</p> <p>Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 40% gegenüber 1990;</p> <p>Einrichtung eines speziellen Klimaschutz-Innovationsfonds, der umfassend Risikokapital für innovative Klimaschutztechnologien zur Verfügung stellt;</p> <p>Einführung eines Hocheffizienz-Gesetzes mit dem Ziel, bis 2020 11% des jetzigen Stromverbrauchs einzusparen;</p> <p>Anhebung der Anforderungen der Energieeinsparverordnung für Neubauten um 30%;</p> <p>Verpflichtende Einführung des bedarfsorientierten Energiebedarfsausweises für alle Gebäude</p> <p>Erhöhung der Sanierungsrate von Gebäuden auf 2-3% pro Jahr, dazu Erhöhung der Zuschüsse aus dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm →</p>	<p>Konsistentes Energiekonzept, das Energieversorgung umweltfreundlich, sicher und bezahlbar macht; Mobilität und Heizen darf kein Luxusgut sein;</p> <p>Spürbare Entlastung aller Bürger von hohen Energiepreisen; Absenkung des Umsatzsteuersatzes auf Energie von 19 auf 7%, alternativ Senkung der Ökosteuern; Senkung der Stromsteuer;</p> <p>Stärkere Anbindung der deutschen an die europäischen Energiemärkte; Erhöhung der Kapazitäten für Stromexporte aus der EU;</p> <p>Wettbewerb auf den Energiemärkten; Aufbrechen der auf nur vier Unternehmen konzentrierten Herrschaft über die Energieerzeugung; Stärkung des Bundeskartellamtes durch Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen;</p> <p>Förderung eines echten europäischen Binnenmarktes für Energie; Möglichkeit für private Unternehmen, langfristige Gaslieferverträge mit Exportländern außerhalb Russlands abzuschließen;</p> <p>Niedrigere Netzentgelte durch strikte Kontrolle der Netzbetreiber;</p>	<p>Vollständiger Umbau der Energiewirtschaft: erneuerbare Energien bis zur regenerativen Vollversorgung konsequent und schnell vorantreiben;</p> <p>Erneuerbare-Energien-Gesetz noch wirksamer ausgestalten; Wärme aus erneuerbarer Energie und Kraft-Wärme-Kopplung vorantreiben;</p> <p>Einführung eines Energiesparfonds mit dem Fokus auf Förderprogramme für einkommensschwache Haushalte;</p> <p>Strengere ordnungsrechtliche Standards für den Energieverbrauch von Büro- und Haushaltsgeräten, u;a; ein Verbot sogenannter Stand by-Schaltungen mit einem Verbrauch von über 1 Watt;</p> <p>„Top-Runner“-Programme für Elektrogeräte, in denen alle drei Jahren das energie- und ressourcensparendste Gerät als gesetzlicher Mindeststandard festgeschrieben wird;</p> <p>Energetische Sanierung des Gebäudebestandes und Klimaneutralität von Neubauten;</p> <p>Bundesrechtliche Vorgaben für eine ökologische Bauleitplanung;</p> <p>Endlagerstandorte Gorleben und Schacht Konrad aufgeben;</p>	<p>Klimaschutz als Staatsziel ins Grundgesetz;</p> <p>Energieeffizienz als ein Schwerpunkt der Regierungsarbeit;</p> <p>Globale Erwärmung in diesem Jahrhundert auf ein Minimum begrenzen; Reduzierung des Treibhausgasausstoßes in allen Industriestaaten um deutlich mehr als 80% bis 2050; bis 2020 um 40% im Verhältnis zu 1990; verbindliche Festschreibung dieses Ziels in einem Klimaschutzgesetz;</p> <p>Bis 2040 Bereitstellung von 100% der Energie in Deutschland aus erneuerbaren Quellen; in der Stromerzeugung schon bis 2030;</p> <p>Bis 2020 mindestens 40% erneuerbare Energien bei der Stromproduktion, 30% bei der Wärmeproduktion;</p> <p>Weiterer starker Ausbau der Erneuerbaren Energien; Ausräumung bestehender bauplanerischer Hindernisse unter Wahrung der Naturschutzbelange;</p> <p>Wärmegesetz, das auch im Gebäudebestand die Nutzung erneuerbarer Energien vorgibt;</p> <p>Nachrüstung aller Gebäude auf mindestens 20% erneuerbare Wärme bis 2020;</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Nachhaltigkeit / Energie und Klimaschutz (Fortsetz.)	<p>Strominfrastruktur unter Ein- schluss "Intelligenter Stromnet- ze" und Speichertechnologien; Weiterentwicklung des Erneuer- bare-Energien-Gesetzes und Ausrichtung am Ziel einer wirt- schaftlichen und bedarfsgerech- ten Energieversorgung;</p> <p>Kernenergie als Brückentechno- logie und vorerst unverzichtbar- er Teil in einem ausgewogenen Energemix; Laufzeitverlänge- rung der sicheren deutschen Anlagen; Ablehnung eines Neu- baus von Kernkraftwerken; Nut- zung der Gewinne aus der Laufzeitverlängerung zur For- schung im Bereich der Energie- effizienz und der erneuerbaren Energien sowie zur Senkung der Strompreise;</p> <p>Sichere Endlagerung radioakti- ver Abfälle; sofortige Aufhebung des Moratoriums zur Erkundung des Standortes Gorleben, Auf- lösung der Zwischenlager an den Kraftwerken so schnell wie möglich;</p> <p>Stärkere Förderung der For- schung an effizienten Technolo- gien; gemeinsam mit der Wirt- schaft für ein "Aktionsbündnis Energieeffizienz";</p>	<p>auf jährlich 2 Mrd. €;</p> <p>Knüpfung der Energiesteuerpri- vilgien für das produzierende Gewerbe an die Einführung von Energiemanagementsystemen;</p> <p>Investitionen in die Modernisie- rung der Kohle- und Gaskraft- werke, um weniger CO2 zu e- mittieren;</p> <p>Weitere Absenkung der Emissi- onsbudgets im Rahmen der EU und der internationalen Verein- barungen;</p> <p>Vorantreiben der Energiebera- tung für Verbraucher;</p> <p>Einführung eines Klimaschutz- Investitionsgesetzes, das im Steuerrecht klare und verlässli- che Anreize für Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerba- re Energien schafft;</p> <p>Nutzung der Einnahmen aus Emissionszertifikaten für Klima- schutz- und Umweltmaßnah- men;</p> <p>Vorlage eines „Nationalen Akti- onsplans Erneuerbare Ener- gien“ zur Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien in Stromversorgung, Wärmebe- reich und Transportsektor;</p>	<p>Ausbau der Energieinfrastruktur; Auflösung des Genehmigungs- staus bei Kraftwerken und Lei- tungsausbau; Ermöglichung der Modernisierung und Ertüchti- gung der Stromnetze durch ver- kürzte Planfeststellungsverfah- ren;</p> <p>Versorgungssicherheit durch i- deologiefreien Mix aus Energie- trägern und Erzeugungstechno- logien sichern;</p> <p>Strategisch angelegte Energie- außenpolitik; Abstimmung einer Energierstrategie, die neben So- lidarität in Krisenfällen insbe- sondere auch einheitliches Auf- treten sicherstellt;</p> <p>Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen in der EU um 30% bis 2020; Entwicklungspfad für 2050 mit Reduzierung um 60-80% in den Industrieländern;</p> <p>Verbindliche, ambitionierte und weltweite Klimaschutzziele im Rahmen eines Post-Kyoto- Abkommens unter Einschluss der USA, Chinas und Indiens; globaler Kohlenstoffmarkt als vorrangiges Ziel;</p> <p>Ausweitung des Emissionshan- dels auf den gesamten →</p>	<p>neue Standorte, transparent und gerichtlich nachprüfbar, auf Kos- ten der Atomindustrie suchen;</p> <p>Unverzögerlicher und unumkehr- barer Ausstieg aus der Atom- wirtschaft;</p> <p>Vergesellschaftung der Strom- und Gasnetze; Rekommunali- sierung zentraler Teile der E- nergieversorgung;</p> <p>Sozialtarife verbindlich einfüh- ren, Versorgung mit Strom und Heizenergie für alle garantieren;</p> <p>Besteuerung der Extraprofiten der Energiekonzerne aus dem Emissionshandel;</p> <p>Wiedereinführung der Strom- und Gaspreisaufsicht durch die Länder und Schaffung von Verbraucherbeiräten in der Preisaufsicht;</p> <p>Versteigerung statt kostenloser Vergabe von Emissionszertifika- ten; Versteigerungserlöse für den Klimaschutz und zur sozia- len Abfederung der Energie- wende einsetzen;</p> <p>Schrittweise schärfere CO2- Vorgaben für Industrie und In- dividualverkehr machen;</p> <p>Keine Agroenergie-Importe aus dem Nicht-EU-Ausland und Fo- kus bei der Biomassennutzung auf der gekoppelten Erzeugung von Strom und Wärme;</p>	<p>„Masterplan Netzintegration“: Schaffung eines intelligenten Stromnetzes mit optimaler In- tegration erneuerbarer Ener- gien, Voranbringen des Baus eines europaweiten Hochspan- nungsgleichstromnetzes zum Transport von Strom aus erneu- erbaren Energien;</p> <p>Energienetze gehören in die Hand einer konzernunabhängi- gen Deutschen Netzgesellschaft mit staatlicher Mehrheitsbeteili- gung und Regulierung</p> <p>Fortsetzung des Atomausstiegs ohne Wenn und Aber; keine Laufzeitverlängerung; alte, be- sonders riskante Meiler vorzeitig vom Netz nehmen; Einsatz für weltweiten Ausstieg aus der zi- vilen Nutzung der Atomenergie;</p> <p>Überführung der betrieblichen Rückstellungen der Betreiber für Entsorgung und Rückbau der Reaktoren in einen öffentlich- rechtlichen Fonds, dessen Mittel nach ambitionierten Nachhaltig- keitsstandards angelegt werden;</p> <p>Einführung einer Brennelemen- tsteuer, um ungerechtfertigte Profite abzuschöpfen und der Atomwirtschaft Kosten der A- tomenergie aufzuladen;</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Nachhaltigkeit / Energie und Klimaschutz (Forts.)	<p>Weiterführung und flexiblere Gestaltung der erfolgreichen KfW-Programme zur energetischen Gebäudesanierung;</p> <p>Stärkung der Energiekompetenz der Verbraucher; Förderung der Verbreitung Energie sparender Geräte mit marktkonformen Mitteln; anspruchsvolle Höchstverbrauchsstandards, Anreize für die Anschaffung besonders Energie sparender Geräte, Stromeffizienz als Kriterium der öffentlichen Beschaffung;</p> <p>"Effizienzstrategie Mittelstand", mit verbesserter Aufklärung sowie zinsverbilligten Darlehen und Zuschüsse für Energieeffizienzmaßnahmen;</p> <p>Breit angelegte, technologieoffene Energieforschung; Deutschland soll Weltmarktführer bei Klima schonenden Energieträgern und Klimaschutztechnologien in allen Bereichen werden;</p> <p>Forschung an Speichertechnologien als Schwerpunkt im Bereich der Förderung regenerativer Energieformen;</p> <p>Beschleunigung des Zukunftsjahresprojekts Elektromobilität mit der dazu →</p>	<p>Nutzung der Technologieführerschaft bei Nutzung der Windenergie auch auf dem Meer;</p> <p>Erreichen der Netzparität bei der Photovoltaik bis Ende 2013;</p> <p>Schaffung lückenloser und umfassender Zertifizierungssysteme, die den nachhaltigen Anbau von Pflanzen zur Erzeugung von Bioenergie sicherstellen, bis 2010;</p> <p>Durchsetzung des im Atomgesetz geregelten Ausstiegs aus der Atomenergie; bis 2021 kompletter Ausstieg; Verlängerung der Laufzeiten würde dringend nötige Investitionen in neue Technologien verzögern;</p> <p>Ergebnisoffenes und an internationalen Standards ausgerichtetes Auswahl- und Vergleichsverfahren zur Lösung der Endlagerung; keine politische Vorentscheidung für den Standort Gorleben;</p> <p>Schaffung der Voraussetzungen für eine zusätzliche und angemessene Beteiligung der Energiekonzerne der Atomwirtschaft an den Kosten der notwendigen Sanierung der atomaren Endlagerstätten Asse II und Morsleben;</p>	<p>Verkehrs- und Wärmesektor; Zügige Verhandlungen zur Vernetzung des EU- Emissionshandels mit bestehenden und geplanten Handelssystemen z.B. in Nordamerika und Australien;</p> <p>Volle Ausschöpfung der rechtlichen Spielräume zur Verwendung der Versteigerungserlöse aus dem Emissionshandel; Nutzung zur Senkung der Stromsteuer und anderer Energiesteuern;</p> <p>Erhöhung des Anteils der Erneuerbaren Energien auf 20% bis 2020; systematisches Vortreiben der Nutzung der Elektromobilität in Europa;</p> <p>Nachdrückliche Verfolgung der Strategie eines Stromverbundes mit Nordafrika innerhalb der Mittelmeerunion; Gestaltung der Eigentumsrechte an transkontinentalen Leitungen, dass ein diskriminierungsfreier Zugang für die Anlagenbetreiber gesichert ist;</p> <p>Klimaschutzpolitik als Wettbewerbsmotor; mehr Energieeffizienz und Energiesparen als zentrale Klimaschutzstrategien; keine überzogenen Regelungen, sondern ökologische →</p>		<p>Abschaffung der Sonderrechte und Subventionen für die Atomindustrie;</p> <p>Ablehnung des Baus neuer klimaschädlicher Kohlekraftwerke;</p> <p>Ablehnung des CCS-Gesetzes; keine CO2- Endlagerexperimente zu Lasten nachfolgender Generationen und zukünftiger Nutzungen;</p> <p>Reform des Genehmigungsrechts für Kohlekraftwerke mit gesetzlicher Vorschrift eines hohen elektrischen Mindestwirkungsgrades für neue Kraftwerke;</p> <p>Starten einer Energiesparoffensive, um Energiekosten zu senken;</p> <p>Anspruch auf energetische Sanierung und einen fairen Ausgleich zwischen Mietern und Vermietern; umfassendes Finanzprogramm für Vermieter für die energetische Gebäudesanierung, das auch direkte Zuschüsse bietet;</p> <p>Stärkere Förderung erneuerbarer Wärme, um die Abhängigkeit von Öl und Erdgas zu verringern;</p> <p>Einrichtung eines Energiesparfonds (mindestens 2 Mrd. € jährlich), der finanziell →</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Nachhaltigkeit / Energie und Klimaschutz (Forts.)	<p>notwendigen Infrastruktur; Industrie, Wissenschaft und Politik müssen eine Strategie für Zukunftstechnologien des Automobils entwerfen;</p> <p>Bündelung der Kompetenzen in der Energiepolitik innerhalb der Bundesregierung;</p> <p>Energiepreise dürfen die Substanz des Wirtschaftsstandortes Deutschland nicht gefährden oder Energie zu einer sozialen Frage machen; Vermeidung einer weiteren Verteuerung von Energie, Setzung von Voraussetzungen für einen funktionierenden Wettbewerb im Energiesektor;</p> <p>Einsatz für ein verbindliches Kyoto-Plus-Abkommen; Vereinbarung verbindlicher Klimaschutzziele gemeinsam mit den EU SH, mit Zielen von Entwicklungs- und Schwellenländern beim Klimaschutz;</p> <p>Einsatz für den Schutz besonders sensibler Naturräume, wie das Wattenmeeres und der Alpen, sowie den Waldumbau hin zu klimaresistenten Wäldern und für die Stärkung des Hochwasserschutzes; verstärkte Investitionen in ausreichende Wasserrückhalteräume, →</p>	<p>Auf absehbare Zeit kann auf Nutzung von Kohle und Gas nicht verzichtet werden;</p> <p>Emissionshandel als zentrales Instrument, um neue Investitionen in hochmoderne, effiziente fossile Kraftwerke zu ermöglichen;</p> <p>Anpassung des Genehmigungsrechts, um alte ineffiziente Kohle- und Gaskraftwerke durch neue, effizientere zu ersetzen;</p> <p>Weiterentwicklung der Technologie zur Abscheidung von Kohlendioxid; dabei Vorrang der Wiederverwendung vor Endlagerung; Unternehmen müssen Langzeitsicherheit der Speicher gewährleisten;</p> <p>Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung bis 2020 auf Anteil von mindestens 25% an der gesamten Stromversorgung;</p> <p>Revisionsklausel für den deutschen Steinkohlebergbau schon rechtzeitig vor 2012 wirksam machen;</p> <p>Ausweitung der Energieforschung; Schwerpunkte auf Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Speichertechnologien.</p>	<p>Konsumentenverantwortung (Bewusste Entscheidung des Einzelnen aufgrund transparenter Verbraucherinformation);</p> <p>Schaffung von Alternativen zu Kohle, Öl und Gas; Langfristig CO²-neutrale Energieversorgung, mittelfristig Energiemix, der Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit vereint;</p> <p>Förderinstrument für erneuerbare Energien im Emissionshandel, Überprüfung alle zwei Jahre, Fortsetzung nur bei nachweisbarem Entwicklungsfortschritt;</p> <p>Nachdrückliche Intensivierung der Forschung für die Speicherung fluktuierender erneuerbarer Energien; Privilegierung der erneuerbaren Energien im Baugesetzbuch;</p> <p>Aufhebung aller Beschränkungen für die Direkteinspeisung von Biogas; Einfrieren der Beimischungsquote für Biokraftstoffe auf jetzigem Niveau, mittelfristige Abschaffung;</p> <p>Kohleverstromung klimaverträglicher machen; aus Gründen der Versorgungssicherheit und der preisgünstigen →</p>		<p>Schwächeren helfen soll, Strom und Wärme einzusparen und Energiekosten zu senken;</p> <p>Finanzierung von Programmen zur energetischen Sanierung von Wohngebäuden in Stadtteilen mit einem hohen Anteil einkommensschwacher Haushalte und zum Austausch teurer und umweltschädlicher Stromheizungen;</p> <p>Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kraft-Wärme-Kopplung, Erhöhung des Anteils an der Stromerzeugung auf 30% bis 2020;</p> <p>Globales Klimaabkommen; beschleunigter Ausbau erneuerbarer Energien weltweit und effektiver Emissionshandel;</p> <p>Emissionszertifikate grundsätzlich versteigern, statt sie zu verschenken;</p> <p>Klimaschutzpolitik muss zum ökologischen Umbau der Industriegesellschaft führen;</p> <p>Neues Klimaabkommen muss auf einem gerechten Ausgleich zwischen Nord und Süd beruhen;</p> <p>Industrieländer müssen nicht nur ihren Ausstoß an Treibhausgasen konsequent →</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Nachhaltigkeit / Energie und Klimaschutz (Forts.)	<p>in die Sicherung der Wasserressourcen und die stärkere Vernetzung der Wasserversorgung;</p> <p>Fortentwicklung des Emissionshandels unter Beachtung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Industrie; stärkere Vernetzung mit Staaten und Handelssystemen außerhalb der EU; Ausgleich für wachsende einseitige Belastungen aus dem Emissionshandel an anderer Stelle; Weiterentwicklung des Emissionshandels zu einem globalen System und Einbeziehung weiterer Branchen; finanzielle Unterstützung für Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Vorbeugung gegen die Folgen des Klimawandels mit Einnahmen aus dem Emissionshandel;</p> <p>Absenkung des CO₂- Ausstoßes bis 2020 um 40%; Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung bis 2020 bei 30%; Verdoppelung der Energieeffizienz i.V. zu 1990;</p> <p>Klimaschutz und Mobilität in Einklang bringen; sparsamere, von fossilen Brennstoffen unabhängige Antriebstechnologien ; Überarbeitung der Biokraftstoffstrategie.</p>		<p>Grundlastversorgung auf absehbare Zeit erforderlich; Bau neuer hocheffizienter Kohlekraftwerke;</p> <p>Kernenergie als Übergangstechnologie, bis erneuerbare Energien in ausreichendem Umfang grundlastfähigen Strom erzeugen können oder die CO₂-Abscheidung und –Einlagerung für Kohlekraftwerke in großtechnischem Maßstab zur Verfügung steht; Laufzeiten sicherer Kernkraftwerke müssen in diesem Sinne verlängert werden; Kernkraftwerksbetreiber müssen „Deutsche Stiftung Energieforschung“ finanziell mittragen; Sicherstellung und Fortentwicklung der Sicherheit deutscher Kernkraftwerke auf höchstem Niveau;</p> <p>Sichere Lösung für den Verbleib hochradioaktiver Abfälle; Aufhebung des Moratoriums zur Erkundung des Salzstocks Gorleben, zügige und ergebnisoffene Fortsetzung der Erkundungsarbeiten;</p> <p>Anstreben einer endgültigen Klärung des Themas Endlagerung hochradioaktiver Abfälle bis Ende der anstehenden Wahlperiode.</p>		<p>verringern, sondern auch ihr geistiges (Wissenstransfer) und materielles Know-How für umweltfreundliche Technik umfassend zur Verfügung stellen; Einsatz dafür, dass die erforderlichen Milliardenbeträge zur Verfügung gestellt werden.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Nachhaltigkeit / Verbraucherpolitik	<p>Einrichtung eines unabhängigen Sachverständigenrates für Verbraucherfragen;</p> <p>Weiterhin verlässliche Unterstützung der Arbeit der Stiftung Warentest und des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen; Weiterentwicklung des Verbraucherinformationsgesetzes; Anreize für Medien zur Vermittlung von Verbraucherthemen mit einem Preis für guten Verbraucherjournalismus;</p> <p>Erhalt und Stärkung des hohen Schutzniveaus der deutschen Verbraucher im Europäischen Binnenmarkt; Zusammenarbeit der EU-Staaten bei Verstößen gegen Produktsicherheit und Verbraucherrechte; Einführung eines freiwilligen europäischen Sicherheitszeichens;</p> <p>Verbesserung der Lebensmittelsicherheit, ohne den bürokratischen Aufwand zu steigern;</p> <p>Ausbau privatwirtschaftlich organisierter Qualitätssicherungssysteme und Verzahnung mit der staatlichen Lebensmittelkontrolle;</p> <p>Klare Lebensmittelkennzeichnung; Verbesserung der Transparenz bei der Herkunftskennzeichnung;</p>	<p>Stärkung und Schutz für Verbraucher;</p> <p>Menschen sollen darauf vertrauen können, dass Lebensmittel gesund, Geräte sicher und Telefone keine Kostenfallen sind und dass Finanzanlagen halten, was sie versprechen;</p> <p>Information, Transparenz und Sicherheit als Ziel der Verbraucherpolitik;</p> <p>Mehr Rechte zur Verbraucherinformation; Einführung einer Ampelkennzeichnung für Nährwerte bei Lebensmitteln und klare Aussagen über Inhalte, Eigenschaften und Herkunft von Produkten;</p> <p>Starke Verbraucherorganisationen; zusätzliche Beauftragung als „Marktwächter“, die Verbraucher zu informieren, zu warnen und bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu stärken;</p> <p>Ausweitung der Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Futter- und Lebensmitteln auf Erzeugnisse, die von mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefütterten Tieren stammen;</p> <p>Hinarbeiten auf Änderung des europäischen Rechts zur Ermöglichung der verbindlichen Einrichtung →</p>	<p>Ausbau und langfristige finanzielle Absicherung der unentbehrlichen Beratungs- und Informationsaktivitäten von Verbraucherzentralen und unabhängigen Organisationen;</p> <p>Reform des Verbraucherinformationsgesetzes und Ausdehnung auf alle Produkte und Dienstleistungen;</p> <p>Im Ernährungsbereich transparentere Nährwertkennzeichnung der Lebensmittel; Ablehnung von Werbeverböten und eines Ampelsystems zur Lebensmittelkennzeichnung;</p> <p>Rechtliche Absicherung der Konsumentensouveränität; Veräußerung von Krediten nur mit Einwilligung des Schuldners; Stärkung der Abwehrrechte des Schuldners gegen missbräuchliche Zwangsvollstreckungen in sein Vermögen;</p> <p>Einführung einer Identifizierungspflicht des Anrufers bei Telefon-Werbung; einheitliche Vorwahl für alle Telefonwerber;</p> <p>Stärkung von Fahrgast- und Fluggastrechten;</p> <p>Verbesserung des Verbraucherschutzes bei Finanzdienstleistungen</p> <p>Vereinheitlichung der Verbraucherschutzrechte in Europa:</p>	<p>Verbraucherrechte stärken und vorsorgenden Verbraucherschutz verankern;</p> <p>Verbraucherinnen und Verbrauchern umfassende Rechte auf Information und Transparenz einräumen;</p> <p>Rechte der Verbraucherverbände sowie der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken;</p> <p>Ampelkennzeichnung bei Lebensmitteln einführen;</p> <p>Verbraucherpolitik sozial gerecht gestalten; vor allem einkommensschwache, bildungsferne oder unerfahrene Verbraucherinnen und Verbraucher unterstützen;</p> <p>Nachweispflichten umkehren; Produzentenhaftung ausweiten, Geschädigtenschutz verbessern;</p> <p>Telefon-Verkäufe neu regeln; Rechtswirksamkeit telefonisch vereinbarter Verträge an schriftliche Bestätigung binden.</p>	<p>Umfassendes Informationsrecht für Verbraucher; Verbraucherrelevante Informationen auf den Produkten müssen verpflichtend werden;</p> <p>Nachhaltigkeitssiegel, das die ökologischen und sozialen Auswirkungen einer Ware wie Klimaschäden deutlich erkennbar macht;</p> <p>Aktive und wirksame Politik der Verbraucheraufklärung mit einem erweiterten Bildungs- und Beratungsangebot der Verbraucherverbände;</p> <p>Gemeinsames Finanzkonzept von Bund und Ländern für die Verbraucherarbeit;</p> <p>Lücken im Verbraucherrecht schließen; Möglichkeit zur Sammelklage eröffnen; angemessene Rechte für Fahrgäste bei Verspätungen ab 30 Minuten; schriftliche Bestätigung bei telefonisch abgeschlossenen Verträgen; verbraucherfreundliche Grundsanierung des Datenschutzrechts; Patientenrechtgesetz;</p> <p>Mehr Verbraucherschutz bei Geldgeschäften; Faire und gerechte Gestaltung der Finanzmärkte durch klare, grenzüberschreitende Regeln;</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Nachhaltigkeit / Verbraucherpolitik (Forts.)	<p>Besserer Schutz der Verbraucher vor vermeidbaren Verlusten und falscher Finanzberatung; Schaffung einheitlicher Regelungen für alle Vermittler; Finanzaufsicht soll in Zukunft auch im Interesse der Verbraucher tätig sein; Erhöhung der Transparenz von Finanzprodukten; eindeutige Kennzeichnung und knappe aussagekräftige Produktinformationen;</p> <p>Steigerung der Transparenz über die Qualität von Anbietern im Grenzbereich Gesundheit-Schönheit- Wohlfühlen; Einrichtung von notwendigen Schutzregelungen und Mindestqualitätsstandards.</p>	<p>genteknikfreier Regionen;</p> <p>Einrichtung eines TÜV für Finanzprodukte; verstärkte Verantwortung und Haftung der Berater und Vermittler von Finanzprodukten; Dokumentierung von Risiken und Auswirkungen von Finanzprodukten;</p>			<p>Verpflichtendes Verbraucherlabel für alle Finanzprodukte, das Sicherheit, Rendite, Laufzeiten sowie ethische und ökologische Kriterien auf einen Blick erkennbar macht;</p> <p>Risikobewertung neuartiger Finanzprodukte durch staatliche Aufsicht mit „Beipackzettel“;</p> <p>Kontrolle des Marktes, Aufklärung der Verbraucher und Schlichtung von Streitfällen durch einen sog. Finanzmarktwächter unter dem Dach der Verbraucherzentralen;</p> <p>Schutz vor Schuldenfallen durch Programm zur Finanzaufklärung, anbieterunabhängige Beratung und finanziellen Vorsorge-Check;</p> <p>Recht auf Girokonto für jeden;</p> <p>Ausbau des Angebots an Schuldnerberatungen; Verkürzung des Entschuldungsverfahrens (Privatinsolvenz) auf drei Jahre;</p> <p>Faire Energiepreise: Überführung der Energienetze in eine öffentlich kontrollierte Netzgesellschaft; Schaffung eines Marktwächters zur Durchsetzung von Verbraucherinteressen; klimafreundliche und soziale Tarifmodelle und erleichterter Wechsel zu Ökostrom.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Nachhaltigkeit / Umwelt- und Naturschutz	<p>Harmonisierung der Umweltstandards in Europa nach Maßgabe des Verursacherprinzips;</p> <p>Innovative und flexiblere Naturschutzpolitik; Anpassung der Instrumente und Maßnahmen an die jeweiligen lokalen und regionalen natürlichen Gegebenheiten sowie den ökonomischen, ökologischen und sozialen Bedingungen;</p> <p>Intensivierung des Schutzes der Wälder regional, national und international stärker als jemals zuvor; Einrichtung eines mit Ländern und Kommunen, mit Waldbesitzern und Landnutzern eng abgestimmten Bundesprogramms zum Schutz der biologischen Vielfalt; Vernetzung ökologisch besonders wertvoller Gebiete in einem Verbundsystem; Anstreben eines europä- und weltweiten Systems von Schutzgebieten unter stärkerer Einbindung der regional unterschiedlichen Kulturlandschaften;</p> <p>Konsequente Umsetzung der bestehenden nationalen Strategie für die nachhaltige Nutzung und den Schutz der Meere; umfassendes Walfangverbot;</p> <p>Voranbringen des Tierschutzes in der landwirtschaftlichen →</p>	<p>Effizienter Umgang mit Ressourcen: Maßnahmen zur Verstärkung der effizienten Nutzung von Materialien einerseits und Wiederverwertung und Recycling andererseits;</p> <p>Ausrichtung der Förderung neuer Produkte auch an ihrer Recyclingfähigkeit und der Recyclingbereitschaft der Produzenten;</p> <p>Verdoppelung der Ressourceneffizienz im Vergleich zu 1990 bis 2020;</p> <p>Einbringung eines Umweltgesetzbuches und eines Waldgesetzes unmittelbar nach der Wahl;</p> <p>Konsequente Fortsetzung des Programms „Nationales Naturerbe“ und der nationalen Biodiversitätsstrategie;</p> <p>Start einer Investitionsoffensive Naturschutz mit einem Nationalen Programm für Auen, Moore und andere Feuchtgebiete sowie für Naturwälder;</p> <p>Realisierung eines Internationalen Waldschuttfonds; Start eines Bundesalleenprogramms und eines Grünbrückenprogramms; wirksame Eindämmung des Imports illegal eingeschlagene Holz und daraus hergestellter Produkte;</p>	<p>Stopp des Rückgangs der biologischen Vielfalt, Minderung des Einwanderns von gebietsfremden, invasiven Arten;</p> <p>Einführung einer Saatgut-Datenbank zum Ex-Situ-Schutz vom Aussterben bedrohter Arten;</p> <p>Bessere Förderung der Forschungsanstrengungen zur Biodiversität als eigenes Forschungsfeld; bessere Vernetzung der Biodiversitätsforschung auf europäischer und internationaler Ebene;</p> <p>Naturschutz mit den Menschen gestalten: freiwillige Maßnahmen und Vertragsnaturschutz, erst nachrangig hoheitliche Schutzgebietsverordnungen und Verbote;</p> <p>Kritische Prüfung von Verkehrs- und Siedlungsprojekten vor ihrer Realisierung; in der Regel ist Verdichtung bestehender Siedlungen und Flächenrecycling von Industriebrachen einer Neuausweisung von Baugebieten vorzuziehen;</p> <p>Unbürokratisches, einfaches und einheitliches Umweltgesetzbuch; Entrümpelung des Naturschutzrechts, ohne dass dabei der Schutz der Natur zu kurz kommt; Reform der deutschen Regelungen →</p>	<p>Natur bewahren und nachhaltig nutzen: Ausweisung und Vernetzung von Schutzgebieten vortreiben;</p> <p>Auf den völkerrechtlich bindenden Schutz der großen verbliebenen Naturräume des Planeten (Arktis, Antarktis, Weltmeere, Regen- und boreale Wälder u.a.) vor weiterer Ausbeutung hinwirken;</p> <p>Stopp der Privatisierung von Naturschutzflächen (Ausnahme: Umwelt- und Naturschutzverbände);</p> <p>Flächenverbrauch drastisch reduzieren – Böden entsiegeln;</p> <p>unzerschnittene verkehrsarme Landschaftsräume erhöhen;</p> <p>Ausweitung der Hochwasser-Rückhalteflächen;</p> <p>Moorschutz ausbauen,</p> <p>Umfassende Informations-, Beteiligungs- und Klagerechte für Bürgerinnen und Bürger sowie Umwelt- und Naturschutzverbände;</p> <p>Generelles Verbot von Tierversuchen, die nur in besonderen Ausnahmefällen durchgeführt werden dürfen – alternative Testmethoden müssen energischer erforscht werden;</p>	<p>Stärkung der nationalen Biodiversitätsstrategie durch verbindliche Zeit- und Maßnahmenpläne sowie Sanktionsmöglichkeiten und zusätzliche finanzielle Mittel;</p> <p>Zielorientierte Vernetzung von Forschung, Wissenschaft und Politik auf allen Handlungsebenen;</p> <p>Stärkere Förderung der interdisziplinären Biodiversitätsforschung, Schaffung eines einheitlichen Biodiversitätsmonitorings;</p> <p>Umsetzung des Biotopverbundsystems, Sicherung des nationalen Naturerbes;</p> <p>Einrichtung eines Bundeswildwegeplans;</p> <p>Stopp der weltweiten Entwaldung; Urwaldschutzgesetz;</p> <p>Vernetzte Meeresschutzgebiete mit hohen Schutzstandards; konsequente Minimierung der hohen Schad- und Nährstoffeinträge von Festland;</p> <p>Einsatz für Ende der Überfischung und des Rückwurfs von Beifängen; Beendigung der Ausbeutung der Fischbestände vor der Küste Westafrikas durch die EU;</p> <p>Begrenzung des Flächen- →</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Nachhaltigkeit / Umwelt- und Naturschutz (Forts.)	<p>Nutztierhaltung im Einklang mit der Wirtschaftlichkeit; EU-weite Durchsetzung unserer hohen Tierschutzstandards; weitere Begrenzung von Tiertransportzeiten in der EU; weitere Förderung der Entwicklung von Ersatzmethoden zur Reduzierung von Tierversuchen;</p> <p>Einsatz für vernünftigen Bodenschutz; Vorrang der Wiederverwendung bereits genutzter Flächen vor Flächenneuverbrauch; Ablehnung einer EU-Richtlinie zum Bodenschutz;</p> <p>Weitere Verbesserung der Qualität der deutschen Gewässer; Umsetzung anspruchsvoller Anforderungen an die Gewässergüte in Europa, weitere Verminderung von Schadstoffen;</p> <p>Erhalt der kommunalen Verantwortung bei Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung;</p> <p>Absenkung der geltenden Lärmsanierungswerte; Fortführung der Bundesmittel für Lärmsanierung über das Konjunkturprogramm hinaus;</p> <p>Voranbringen der Lärmbekämpfung durch verstärkte Verbauung von lärmarmem Asphalt, Verkehrsvermeidung und –verlagerung und Lärmschutzwände bzw. –wälle;</p>	<p>Vorantreiben der Schaffung eines weltweiten, repräsentativen Netzwerkes von Meeresschutzgebieten bis 2012;</p> <p>Beschränkungen des Flächenverbrauchs, Erprobung des Konzepts von Flächenzertifikaten in einem großen Pilotprojekt;</p> <p>Verschärfung von Grenzwerten zur Vermeidung von Gesundheitsschäden durch bedenkliche, umweltschädliche Produkte;</p> <p>Absenkung der Emissionsgrenzwerte für Stickoxide und Staub in Industrie und Gewerbe zur Verminderung der Feinstaubbelastung; Verschärfung der Grenzwerte für Staub für alle Kleinfeuerungsanlagen, die feste Brennstoffe einsetzen;</p> <p>Reduzierung von Emissionen und Lärm durch Verkehr: Ausweitung der Anreize für schadstoffarme Fahrzeuge; weiterer Ausbau des Lärmschutzprogramms des Bundes für Straßen und Schienenstrecken; deutliche Verschärfung der Lärmvorschriften für Geräte, Maschinen, Motorräder, Autos, Schiffe und Flugzeuge.</p>	<p>zur Kompensation von Eingriffen in die Natur; Vereinfachung der Bewertungsverfahren zur Ermittlung des Ausgleichsbedarfs;</p> <p>Weitere Verbesserung der biologischen und chemischen Qualität der Gewässer; europäische Wasserrahmenrichtlinie ist wichtiges Instrument;</p> <p>Tierschutz: nach erreichter Verankerung im Grundgesetz Verringerung der Anzahl von Tierversuchen durch verstärkten Einsatz von Alternativmethoden im Mittelpunkt; artgerechte Tierhaltung und –ernährung; Tierschutz kann nur auf europäischer und internationaler Ebene und nicht durch nationale Sonderwege verwirklicht werden;</p> <p>Verbesserung des Zusammenspiels zwischen international bestehenden Verpflichtungen; mehr Mittel für einen international koordinierten Prozess zur wissenschaftlich fundierten Bestandsaufnahme der biologischen Vielfalt;</p> <p>Schaffung eines globalen Systems von Meeresschutzgebieten; Erhaltung, geeignete Entwicklung und nachhaltige Nutzung der Meeresumwelt, der Küsten und der →</p>	<p>Umweltbildung stärken durch kurzfristige Umsetzung der Ziele der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in allen Bildungsbereichen, u.a. durch Finanzierung von Programmen und Projekten;</p> <p>Verlängerung der Ende 2009 auslaufenden steuerlichen Förderung des Einbaus von Rußfiltern in PKW;</p> <p>Kerosinsteuer und Flugticketabgabe einführen;</p> <p>Nachtflugverbote durchsetzen; Lärmschutz erhöhen und Belastung mit Feinstaub minimieren.</p>	<p>verbrauchs bis 2020 auf 30ha pro Tag; langfristig Stopp;</p> <p>Flächenrecycling und Umnutzungen im Bestand attraktiver machen, Einführung eines Flächenmonitorings;</p> <p>Minimierung der Strahlenbelastung so weit wie möglich; Senkung der Grenzwerte, gemeinsame Netznutzung, kabelgebundene Grundversorgung, besserer Schutz von Kindern, Jugendlichen und Elektrosensiblen; Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger bei der Standortwahl von Mobilfunksendeanlagen;</p> <p>Flächendeckende Durchsetzung des Schutzes vor Feinstaub, Ausweitung des Immissionschutzrechtes auch auf bestehende Strassen; Berücksichtigung der bereits bestehenden Belastung in der Luft bei Neugenehmigung von Großfeuerungsanlagen; Belastungen aus Kleinfeuerungsanlagen müssen sich am Stand der Technik orientieren;</p> <p>Umfassende Programme sowie Einführung und Festlegung verbindlicher Lärmgrenzwerte zur Lärminderung; Einrichtung und Ausweitung von Nachtflugverboten, besserer aktiver →</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Nachhaltigkeit / Umwelt- und Naturschutz (Forts.)	<p>Einsatz für eine Senkung der Feinstaub- und Stickoxidemissionen mit Augenmaß;</p> <p>Besonderes Augenmerk auf Ausbau des ÖPNV.</p>		<p>Feuchtgebiete; Verringerung der Überdüngung der Meere, bessere Vorbeugung gegen Schiffsunfälle;</p> <p>Zeitgemäße Ausstattung des Küstenschutzes;</p> <p>Nachhaltige Fischerei, die die Bestände erhält, artgerecht ist und Tierschutz sichert; Verbot der Grundscheppnetzfisherei und der industriellen Fischerei, die auf Gewinnung von Fischmehl zur Verfütterung gerichtet ist; Eindämmung der Industriefischerei durch Ausweisung von Vorrang- und Ausschlussgebieten;</p> <p>Urwaldschutz: Unterstützung für Modelle zur Honorierung vermiedener Abholzung; Maßnahmen gegen Handel mit illegal geschlagenem Tropenholz;</p> <p>Gestaltung der Voraussetzungen für energetische Nutzung von Biomasse so, dass sie den Anforderungen an eine nachhaltige Ressourcenwirtschaft entsprechen.</p>		<p>und passiver Lärmschutz an Bahnstrecken und auf Straßen sowie Flüsterasphalt auf Straßen;</p> <p>Stärkung der fachlichen Kompetenz der nationalen Behörden und der Forschung in der Chemikaliensicherheit.</p> <p>(Ökologische Landwirtschaft s.o. „Land- und Forstwirtschaft“)</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Nachhaltigkeit / Mobilität	<p>Bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Bundesverkehrswegeplans, zügige Realisierung der fertig geplanten Verkehrsprojekte;</p> <p>Ausstattung des Verkehrshaushalts dauerhaft so, dass die Lkw-Mauteinnahmen für Verbesserungen der Infrastruktur verwendet werden;</p> <p>Verlässliche Erfüllung der Verpflichtungen des Bundes bei den Bahn- Regionalisierungsmitteln;</p> <p>Mittelstandsfreundliche Weiterentwicklung von PPP-Projekten bei der Infrastrukturfinanzierung; Einrichtung einer starken Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft;</p> <p>Verstärkte Anstrengungen zur Verlagerung von der Strasse auf Schiene und Wasserstrassen zur Ermöglichung einer umweltfreundlichen Mobilität; Umweltfreundlichere Gestaltung des Straßenverkehrs; Ablehnung eines generellen Tempolimits auf Autobahnen;</p> <p>Modernste Sicherheitstechnik für alle Verkehrsträger, ohne Bevormundung der Bürger;</p> <p>Logistikstandort: marktorientierte Verknüpfung und Optimierung der Schnittstellen der Verkehrsträger durch gezielte →</p>	<p>Mobilität darf nicht zum Luxusgut werden; Ziel moderner Verkehrspolitik, die gesellschaftlich und wirtschaftliche notwendige Mobilität umweltfreundlich und bezahlbar zu gestalten;</p> <p>Fortsetzung der Investitionen in Infrastruktur auf hohem Niveau;</p> <p>Besonderer Fokus auf Ausbau umweltfreundlicher Verkehrsträger, insbesondere der Schiene;</p> <p>Beseitigung der Engpässe im Straßenverkehr durch gezielte Investitionen;</p> <p>Vorantreiben des Lärmschutzes;</p> <p>Ausrüstung aller hoch belasteten Autobahnstrecken komplett mit modernen Verkehrssteuerungs- und Verkehrsmanagementsystemen bis 2015;</p> <p>Beschleunigung der Einführung des europaeinheitlichen Verkehrsleitsystems ETCS, um die Bahn im grenzüberschreitenden Verkehr konkurrenzfähiger zu machen;</p> <p>Technologischer Innovationsprung, um Mobilität dauerhaft zu sichern; Auto wird auch in Zukunft eine zentrale Rolle spielen; weitere Erhöhung der Effizienz bei der Nutzung fossiler Energieträger, z.B. durch →</p>	<p>Gute Verkehrsinfrastruktur als zentraler Standortfaktor für wettbewerbsfähige Volkswirtschaft;</p> <p>Ablehnung ideologisch geprägter Behinderungen beim Ausbau von Verkehrsinfrastruktur und Gängelei der Bürger bei der Wahl des Verkehrsmittels;</p> <p>Jeder soll die von ihm verursachten Kosten für Infrastruktur und Umwelt tragen und selbst entscheiden, welches Verkehrsmittel er wählt;</p> <p>Beendigung der bisherigen Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur; Finanzierungssystem, das von den Unwägbarkeiten des Bundeshaushalts unabhängig ist; jegliche Umstellung muss aufkommensneutral erfolgen, wegbezogen berechnet und streng zweckgebunden ausgerichtet werden;</p> <p>Berücksichtigung bei der Verteilung der Investitionsmittel, dass Strasse Hauptverkehrsträger ist und bleibt und Schienennetz in vielen Regionen an die Kapazitätsgrenze stößt;</p> <p>Sicherung und Stärkung der Bedeutung und Vernetzung der Seehäfen durch Investitionen des Bundes;</p>	<p>Umweltgerechte und barrierefreie Mobilität für alle: massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrs;</p> <p>dauerhafte Aufstockung der Investitionsmittel für die Schiene auf mindestens 2,5 Mrd. Euro pro Jahr;</p> <p>Regionalisierungsmittel erhöhen; Personenfernverkehr auf der Schiene durch ein Fernverkehrs-Gesetz sichern und ausweiten;</p> <p>Mehrwertsteuer für den Schienenpersonenfernverkehr auf den ermäßigten Satz von sieben Prozent senken;</p> <p>Flächendeckende Einführung von Sozialtickets und einer Sozial- Bahncard für einkommensschwache Haushalte;</p> <p>Fahrradmitnahme in ICE-Zügen;</p> <p>Tempolimit von 120 Stundenkilometern auf Autobahnen;</p> <p>Rücknahme der bürgerfeindlichen Beschleunigungsgesetze für die Verkehrswegeplanung;</p> <p>Reform der Bundesverkehrswegeplanung;</p> <p>Keine neuen Autobahnprojekte, keine Privatisierung des Straßennetzes und seiner Pflege;</p> <p>Ausbau der Verkehrssicherheitsstruktur;</p>	<p>Vermeidung unnötiger Transporte, Verkehrsverlagerung auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel, konsequent umwelt- und klimaschonende Verkehrstechnik;</p> <p>Straßenverkehr wieder sicherer machen mit dem Ziel, die Zahl der Verkehrstoten auf Null zu reduzieren;</p> <p>Ablösung des straßenbaufixierten Bundesverkehrswegeplans durch einen ganzheitlichen Bundesmobilitätsplan;</p> <p>Übergang regionaler Straßen- und Schienennetze des Bundes auf die Länder;</p> <p>Eindämmung der wachsenden Lkw-Lawine durch wirksame Lenkungsabgaben und Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene; Weiterentwicklung der Lkw-Maut, die zukünftig auch die externen Umweltkosten berücksichtigen sowie auf kleinere Lkw und das gesamte Straßennetz ausgedehnt werden soll;</p> <p>Ablehnung von „Monstertrucks“;</p> <p>Schaffung von zusätzlichen Kapazitäten bei der Bahn vor allem im Hafenhinterlandverkehr sowie im kombinierten Verkehr;</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Nachhaltigkeit / Mobilität (Forts.)	<p>Investitionen in Infrastruktur und Umschlagstechnik;</p> <p>Weiterentwicklung des „Masterplan Güterverkehr und Logistik“; dadurch auch Verbesserung der Einbindung in die transeuropäischen Netze;</p> <p>Anpassung der Kapazitäten der Flughäfen an das zukünftige Wachstum;</p> <p>Stärkung des ÖPNV als Bestandteil der Daseinsvorsorge; Nützung der enormen Optimierungs- und Einsparpotenziale durch Wettbewerb;</p> <p>Weiterführung der Bahnreform auf ihrem erfolgreich eingeschlagenen Weg; bedarfsgerechte und flächendeckende Erhaltung und Ausbau der Schienenwege; Stärkung des Wettbewerbs auf der Schiene; Stärkung der Kompetenzen der Bundesnetzagentur;</p> <p>Stärkung der Leistungsfähigkeit des deutschen Wasserstraßennetzes und der Binnenschifffahrt; Stärkung des Standorts Deutschland in der maritimen Verbundwirtschaft; Förderung der Seeschifffahrt unter deutscher Flagge; Verbesserung der Hinterlandanbindung der deutschen Seehäfen;</p>	<p>Hybridtechnologien;</p> <p>Vorantreiben der Markteinführung batterieelektrischer Antriebstechnologien mit einem „Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität“;</p> <p>Verlagerung von mehr Verkehr von der Strasse auf die Bahn; Erhöhung der Attraktivität der Bahn durch ein leistungsfähiges Schienennetz, attraktive, barrierefreie Bahnhöfe, gute Vertaktung der unterschiedlichen Angebote und kundengerechtes, leicht verständliches Tarifsystem;</p> <p>Ablehnung einer Zerschlagung der Bahn AG;</p> <p>Gewährleistung der ausreichenden finanziellen Ausstattung der Bahn in der kommenden Legislaturperiode; keine Kapitalprivatisierung;</p> <p>Erhöhung der Sicherheit der Mobilität durch gleichberechtigte Behandlung von ÖPNV, Radverkehr und Fußgängern;</p>	<p>Verlässliche und faire Rahmen- und Wettbewerbsbedingungen für das deutsche Transportgewerbe; Ablehnung der „Eurovignette III“; Ausbau von intelligenten Verkehrsleitsystemen;</p> <p>Vereinfachung des Genehmigungsrechts für Infrastruktureinrichtungen;</p> <p>Erreichung eines kundengerechten und kostengünstigen ÖPNV durch mehr Transparenz bei der Finanzierung, fairen Wettbewerb unter den Anbietern und Freiraum für unternehmerische Initiative;</p> <p>Schaffung des notwendigen staatlichen Ordnungsrahmens für Wettbewerb zwischen den Verkehrsanbietern; Privatisierung öffentlicher Verkehrsunternehmen;</p> <p>Fortsetzung der Privatisierung der DB-Transportsparten mit Zielrichtung einer Vollprivatisierung; Überarbeitung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes zur Stärkung der Wettbewerbsaufsicht durch die Bundesnetzagentur;</p> <p>Abschied von fossilen Kraftstoffen hin zu Biokraftstoffen der zweiten und dritten Generation; Schaffung der Voraussetzungen durch Forschungs- und Entwicklungsausgaben →</p>	<p>Verbesserung der Lenk- und Ruhezeiten für LKW-Fahrer;</p> <p>Einführung von Monster-LKW (Gigaliner) verbieten;</p> <p>Subventionierung von Flughäfen beenden.</p>	<p>Förderung der Binnenschifffahrt auf Flüssen und Kanälen, wenn sich die Schiffe den Flüssen anpassen;</p> <p>Arbeitsteilige Kooperation unter den Seehäfen; Senkung der Schadstoffbelastung aus der Seeschifffahrt; Einbeziehung der Seeschifffahrt in den CO₂-Emissionshandel;</p> <p>Verdoppelung des Verkehrsan-teils der Schiene innerhalb von zehn Jahren;</p> <p>Verbleib der Eisenbahninfrastruktur dauerhaft in öffentlicher Hand, Überführung in eine unabhängige Gesellschaft und stärkere Regulierung durch die Bundesnetzagentur; Fernverkehr zukünftig in öffentlicher Verantwortung;</p> <p>Schaffung der Voraussetzungen für die Einführung von Sozialtickets;</p> <p>Einführung von Tempo 30 als innerörtliche Regelgeschwindigkeit mit Ausnahmen für Hauptverkehrsstraßen; Einführung eines flächendeckenden Tempolimits von 120 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf Landstraßen;</p> <p>Verknüpfung von Hilfen für die Automobilindustrie mit ökologischen Kriterien;</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Nachhaltigkeit / Mobilität (Forts.)	<p>Stärkung der Stellung Deutschlands in den europäischen Verkehrsnetzen.</p>		<p>für Speichertechnologien und Antriebe und Aufbau von Infrastruktur;</p> <p>Einbeziehung des gesamten Verkehrs in den Emissionshandel;</p> <p>Reduzierung verkehrsbedingter Schadstoffe in der Luft, insbesondere bei der Feinstaubbelastung; aber Skepsis gegenüber der Einrichtung von Umweltzonen; Einbeziehung aller maßgeblichen Verursacher in ein Konzept zur Feinstaubbekämpfung; Novellierung der Verordnung über Kleinf Feuerungsanlagen;</p> <p>Mobilität erhalten und Lärm an der Quelle bekämpfen.</p>		<p>Absenkung des durchschnittlichen CO₂-Grenzwerts bis 2020 auf 80 Gramm pro Kilometer;</p> <p>Marktanreiz- und Forschungsprogramm in Höhe von 500 Mio. € jährlich zur Ermöglichung, dass bis 2020 mindestens zwei Millionen Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen fahren;</p> <p>Fortschreiben des nationalen Radverkehrsplans;</p> <p>Beendigung der Steuerprivilegien bei der Energiebesteuerung (Kerosinsteuer), und bei Auslandsflügen (Mehrwertsteuer); Einführung einer Flugticketabgabe;</p> <p>Ablehnung staatlicher Subventionen für Flughafenaus- oder -neubauten</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Nachhaltigkeit / Wohnungspolitik	<p>Hoher Stellenwert für Wohnungsbau und Stadtentwicklung in Deutschland;</p> <p>Ausreichender Neubau von Wohnungen auch in Zukunft dringend erforderlich;</p> <p>Mehr Menschen sollen sich den Wunsch nach Wohneigentum erfüllen können;</p> <p>Gestaltung des Stadtumbaus als wichtige Herausforderung mit milieu- und zielgruppenorientierten Angeboten;</p> <p>Schaffung eines kinder- und familienfreundlichen Wohnumfelds und Angeboten für barrierefreies Wohnen;</p> <p>Schaffung neuer Wohnformen für die ältere Generation;</p> <p>Gemeinsame Entwicklung und Organisation von Stadtplanung und Infrastrukturausbau.</p>	<p>Anpassen von Städtebauförderung, Stadtentwicklung, Wohnungsbau und sozialer Infrastruktur an Bedürfnisse einer älter werdenden Gesellschaft;</p> <p>Unterstützung für das Zusammenleben mehrerer Generationen unter einem Dach;</p> <p>Förderung des Umbaus von Wohnungen für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen;</p> <p>Bezahlbares Wohnen sichern: Gezielte Unterstützung für einkommensschwache Haushalte, wenn die Wohnkosten steigen;</p> <p>Modernisierung von Wohnungen darf nicht zur Explosion der Mieten führen; Änderung der Möglichkeit, aufgrund von Modernisierungsmaßnahmen die Miete dauerhaft zu erhöhen;</p> <p>Fortentwicklung des Programms „Soziale Stadt“ für eine bessere soziale, wirtschaftliche und kulturelle Integration;</p> <p>Fortsetzung der Programme für den Stadtumbau Ost und West; Unterstützung der Aufwertung von Stadt- und Ortsteilzentren mit einem eigenen Programm;</p> <p>Wohnen, Arbeitsplätze, Einkauffen und Freizeitgestaltung in räumlicher Nähe zueinander gestalten.</p>	<p>Fortführung der Programme zur energetischen Sanierung im Bestand;</p> <p>Ordnungsrechtliche Absicherung des energiesparenden Bauens; Senkung der Hürden im Mietrecht für eine energetische Sanierung; Änderung des Sozialgesetzbuchs zugunsten von Hartz IV-Empfängern, dass sich Kommunen und Leistungsempfänger Ersparnisse bei Heizkosten teilen können;</p> <p>Förderung innerstädtischen oder innenstadtnahen Wohnens für alle Generationen und Lebensphasen;</p> <p>Priorität für die Innenentwicklung der Städte; verstärkte Förderung und gesetzliche Erleichterung des Bauens im Bestand und der Umnutzung leer stehender Gebäude;</p> <p>Vereinfachung von Baugenehmigungen durch Antragsverfahren mit Genehmigung bei Nichtäußerung in bestimmter Frist;</p> <p>Bessere Ausstattung der Programme für den „Stadtumbau West“ und zum städtebaulichen Denkmalschutz;</p> <p>Schaffung flexibler Angebote zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge in sehr dünn besiedelten Gebieten.</p>	<p>Grundrecht auf eine menschenwürdige Wohnung muss ins Grundgesetz; Wohngeld bedarfsgerecht erhöhen;</p> <p>Ausverkauf öffentlicher Wohnungsunternehmen beenden; Rekommunalisierung fördern; kommunale Unternehmen von Altschulden entlasten;</p> <p>Genossenschaftliches Eigentum an Wohnungen stärken;</p> <p>Mittel für den Sozialen Wohnungsbau erhöhen; eine sozial ausgewogene Verteilung der Wohnungsbestände im Stadtgebiet anstreben;</p> <p>Verbindliche Mietspiegel bundesweit einführen; Mieterhöhungen bei Neu- und Wiedervermietung ohne Wohnwertverbesserung ausschließen;</p> <p>Wärmedämmung und moderne Heiz- und Energiesysteme fördern; Betriebs- und Heizkostenspiegel bundesweit verbindlich einführen;</p> <p>Stadtumbau sozial und ökologisch gestalten; Stadt der kurzen Wege – barrierefrei, familienfreundlich und altersgerecht.</p>	<p>Aktive Wohnungspolitik und mietrechtliche Rahmenbedingungen, die bezahlbares Wohnen sichern;</p> <p>Individuelle Hilfen wie das Wohngeld müssen so weiterentwickelt werden, dass sie die energetische Sanierung des Wohnbestandes unterstützen und regelmäßig überprüft und angepasst werden;</p> <p>Für lebenswerte Städte, für integrierte Stadtentwicklungskonzepte, die einer weiteren sozialen und ethnischen Entmischung entgegenwirken;</p> <p>Stärkung der lokalen und ethnischen Wirtschaft, bessere Verknüpfung und Ausbau der Programme zum Stadtumbau, zur Sanierung und zur sozialen Stadtentwicklung.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Nachhaltigkeit / Entsorgungswirtschaft	<p>Weiterentwicklung der Abfallwirtschaft und des Ressourcenmanagements im europäischen Kontext;</p> <p>Ökologisch und ökonomisch effizientere Ausrichtung der Abfallwirtschaft;</p> <p>Umfassende Harmonisierung der zunehmenden rechtlichen Rahmensetzungen durch die europäische Ebene in Praxis und Vollzug auf hohem Niveau innerhalb der EU;</p> <p>Abfallrechtliche Regelungen sollen übersichtlicher werden; technische Standards sollen einfacher, klarer und eindeutiger werden; Überprüfung insbesondere der Inhalte der Verpackungsverordnung; Stabilisierung des Mehrwegsystems, das ökologisch wertvoll und effizient ist;</p>	<p>Schaffung von mehr europäischer Rechtssicherheit für öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge;</p> <p>Abwasser- und Müllentsorgung dienen dem Gemeinwohl und dürfen nicht einem einseitigen Zwang zur Liberalisierung und Privatisierung ausgesetzt werden.</p>	<p>Marktwirtschaftliche Gestaltung der Entsorgungswirtschaft;</p> <p>Ökologisch ambitionierte und ökonomisch sinnvolle Abfallpolitik;</p> <p>Entwicklung von Abfallvermeidungsstrategien;</p> <p>Getrennt sammeln von Hand und maschinelle Trennung müssen zueinander in Wettbewerb treten können;</p> <p>Gegen eine Abfallpolitik, die an das „ökologische Gewissen“ der Bürger appelliert, tatsächlich aber nichts als leere Ökosymbolik darstellt;</p> <p>Faire Wettbewerbschancen für private Anbieter von Entsorgungsleistungen;</p> <p>Ablehnung einer Rekommunalisierung der Entsorgungswirtschaft;</p> <p>Beendigung der steuerlichen Bevorzugung der öffentlich-rechtlichen Unternehmen bei der Abfall- und Abwasserentsorgung.</p>	<p>Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen beenden, keine Public Private Partnership (PPP)-Projekte eingehen;</p> <p>Abfallentsorgung in öffentlicher Hand oder gemeinnütziger Trägerschaft organisieren;</p> <p>Privatisierte Bereiche der Daseinsvorsorge rekommunalisieren; PPP-Beschleunigungsgesetz zurücknehmen;</p> <p>Ablehnung der Abfallverbrennung als Regelverfahren, stattdessen Vorrang für alternative Verfahren wie die mechanisch-biologische Abfallbehandlung;</p> <p>Standards für existierende Verbrennungsanlagen unverzüglich auf den Stand der Technik und Wissenschaft anheben;</p> <p>Verbot des grenzüberschreitenden Exports von Abfällen.</p>	<p>Einstieg in eine echte Kreislaufwirtschaft, die konsequent Abfall vermeidet und Stoffe wiederverwertet;</p> <p>Regionale Kreislaufwirtschaft als Antwort auf Ressourcenverknappung und steigende Rohstoffpreise;</p> <p>Ablehnung von Wegwerfprodukten und einer Haltung, die nur den kurzfristigen Nutzen im Sinn hat und nicht den nachhaltigen;</p> <p>Das Duale System, der grüne Punkt, hat sich nicht bewährt und gehört abgeschafft;</p> <p>Einführung einer Ressourcenabgabe; weg von der Abfallpolitik und hin zu einer Politik, die ressourcenschonendes Wirtschaften initiiert, langlebige Produkte fördert und regionale Wirtschaftskreisläufe unterstützt;</p> <p>Ablehnung des Zubaus weiterer Müllverbrennungsanlagen;</p> <p>Durch eine Änderung des Genehmigungsrechtes Verhinderung eines Überangebots und Beendigung von unnötiger Ressourcenverschwendung und „Mülltourismus“.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Internationale Politik / Grundsatz	<p>Weltweite Anerkennung der Menschenwürde, Freiheit und Frieden, Freundschaft mit unseren Nachbarn und Bündnistreue;</p> <p>Werte des Grundgesetzes, Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, Interessen und globale Verantwortung Deutschlands müssen die Maßstäbe deutscher Außen- und Sicherheitspolitik sein;</p> <p>Kein Staat kann die großen Herausforderungen – Gestaltung der Globalisierung, Verhinderung von Wirtschaftskrisen, Begrenzung des Klimawandels, Sicherung der Energieversorgung, Bewältigung von Migrationsproblemen, Verhinderung von Terror – allein meistern;</p> <p>Deutschland ist auf gute Nachbarschaft und stabile Partnerschaften angewiesen.</p> <p>Frieden schaffen mit immer weniger Waffen; Erschwerung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Verhinderung der Weitergabe an Terroristen als Aufgabe deutscher Sicherheitspolitik.</p>	<p>Einsatz für eine globale Strukturpolitik: starke Europäische Union, Erneuerung der transatlantischen Beziehungen, aber auch partnerschaftliche Einbeziehung der neuen wirtschaftlichen und politischen Kraftzentren Asiens, Lateinamerikas und Afrikas;</p> <p>Regeln für die Welt des 21. Jahrhunderts aufstellen – Regeln für eine globale Verantwortungsgemeinschaft, die verlässlich und stabil, gerecht und solidarisch ist;</p> <p>Finanz-, Wirtschafts- und Ressourcenkrisen dürfen nicht auf den Schultern der Schwachen abgeladen werden. Globale Solidarität und der Kampf gegen die Armut haben höchste Priorität; Verstärkung des developmentpolitischen Engagements, Ausbau der Fähigkeiten in den Bereichen Konfliktprävention, Krisenbewältigung und Friedenskonsolidierung.</p>	<p>Feste Einbettung Deutschlands in die EU ein Grundpfeiler liberaler Außenpolitik;</p> <p>Wertegeleitete und interessenorientierte Außenpolitik muss Absicherung der eigenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit mit Wahrnehmung weltweiter Verantwortung verbinden;</p> <p>Vernetzung von Konfliktprävention und Konfliktbewältigung durch Einsatz diplomatischer Mittel, wirtschaftlicher Kooperation sowie Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit erste Wahl zur Abwendung der Risiken;</p> <p>Anwendung militärischer Mittel darf nur ultima ratio sein;</p> <p>Konsequentes Eintreten für glaubhafte Politik der Abrüstung und Rüstungskontrolle; Wiederbelebung des Nichtverbreitungsvertrages und des Zieles einer vollständigen nuklearen Abrüstung; zügige Ratifizierung des abgepassten KSE-Vertrages; verbindliche europäische Regelungen für Waffenexporte; Abzug der verbliebenen amerikanischen Nuklearwaffen aus Deutschland; Ablehnung des US-Raketensystems in Tschechien und Polen.</p>	<p>Deutsche Außenpolitik muss Friedenspolitik werden. Gute Außenpolitik, die den Interessen des eigenen Landes an einer auf Frieden, Gerechtigkeit und Gleichheit verpflichteten Weltordnung gerecht werden will, muss sich bewusst sein, was das eigene Handeln in der Welt bei anderen bewirkt;</p> <p>Tatsächlich aber bekommt die Außenpolitik der industrialisierten, rohstoffarmen Länder wie Deutschland in wachsendem Maße den Charakter einer imperialen Rohstoff- und Energiesicherungspolitik;</p> <p>Streben nach Vorherrschaft und Einsatz militärischer Stärke sind keine Grundlage für die Krisenbewältigung. Wer Kooperation erreichen will, muss das Völkerrecht und die Menschenrechte achten. Die zentrale Institution muss die UNO, ihre Beschlüsse müssen respektiert werden.</p>	<p>Verantwortliches Regieren international fördern und die demokratische Zivilgesellschaft stärken. Internationale Zusammenarbeit auf eine neue Basis stellen, in der sich alle entfalten können. Es sollten besonders die Stimmen der Armen Gehör finden. Konflikte sollen zivil gelöst werden und Prävention statt Eskalation soll das Handeln bestimmen;</p> <p>Um die Globalisierung gerecht zu gestalten, mehr Kooperation, mehr zivilgesellschaftlichen Austausch, mehr global zustimmungsfähige politische, ökologische und ökonomische Regeln und bessere und effektivere Institutionen. Armutsbekämpfung, Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, Klimaschutz und eine neue Energiepolitik müssen dabei zu Schlüsselprojekten globaler Zusammenarbeit werden. Das schafft Sicherheit.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Internationale Politik / Internationale Beziehungen	<p>Jede Chance nutzen, gemeinsam mit dem neuen US-Präsidenten die transatlantische Partnerschaft zu festigen; im Rahmen der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft Abbau von Handelshemmnissen und langfristig Schaffung eines transatlantischen Marktes; Start einer deutsch-amerikanischen Initiative zur Energieeffizienz;</p> <p>Russland: So enge Beziehungen wie möglich; hängt insbesondere davon ab, ob und wie weit Russland bereit ist, seinen Verpflichtungen im Rahmen der Vereinten Nationen, der OSZE, des Europarats und der Europäischen Energie-Charta sowie aus den Vereinbarungen mit der EU nachzukommen;</p> <p>Naher Osten: besondere Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel als jüdischem Staat; Sicherung des Existenzrechts Israels als Teil der deutschen Staatsräson; Ziel bleibt Zweistaatenlösung mit einem Israel in dauerhaft sicheren Grenzen und einem lebensfähigen palästinensischen Staat, die in friedlicher Nachbarschaft leben;</p>	<p>Transatlantische Partnerschaft erneuern: Mit dem Amtsantritt von Barack Obama ergibt sich die Chance einer Erneuerung der transatlantischen Partnerschaft, Chance nutzen, um neue Impulse bei der Abrüstung zu setzen, Klimaschutz und Energiesicherheit zu befördern und gemeinsam neue Regeln für eine gerechtere Weltordnung zu entwickeln;</p> <p>Russland: gute Kooperation mit Russland ist im vitalen deutschen und europäischen Interesse; Russland als Partner in der gemeinsamen Verantwortung für Sicherheit und Stabilität in Europa und der Welt. Daher wollen wir die Bindung Russlands an Europa festigen, Russland bei seiner Modernisierung unterstützen und seine rechtsstaatliche Entwicklung fördern;</p> <p>Naher Osten: Zentrales Ziel ist und bleibt eine Zwei-Staaten-Lösung: Mit einem Israel, das in Frieden, Sicherheit und in von seinen Nachbarn anerkannten Grenzen lebt, – und einem lebensfähigen palästinensischen Staat, in dem die Menschen eine lebenswerte Zukunft haben;</p>	<p>Transatlantische Wertegemeinschaft: Zusammen mit der neuen amerikanischen Regierung daran arbeiten, den Westen als handlungsfähige Gemeinschaft der aufgeklärten rechtsstaatlichen Demokratien neu zu begründen;</p> <p>Russland: langfristig strategische und pragmatische Partnerschaft im Rahmen der gemeinsamen Sicherheitsordnung nach den Grundsätzen der OSZE; Nutzung aller Möglichkeiten des Dialogs mit dem Ziel, vertragliche Vereinbarungen zuschaffen, die beide Seiten mit Rechten und Pflichten binden;</p> <p>Naher Osten: Existenzrecht Israels als jüdischer Staat ist unverzichtbare Konstante liberaler Außenpolitik; Frieden und Sicherheit für Israel und menschenwürdiges Leben der Palästinenser in einem eigenen, selbständig lebensfähigen Staat müssen Realität werden; Einsatz für einen Prozess, der analog zur KSZE alle Konfliktparteien im Nahen Osten mit dem Ziel eines umfassenden Verhandlungsergebnisses an einen Tisch bringt; Koppelung finanzieller Hilfe an Friedenswillen und Fähigkeit dazu;</p>	<p>Die links orientierten Staaten Mittel- und Südamerikas zeigen, dass wirtschaftliche Zusammenarbeit zu beiderseitigem Vorteil – ohne Ausplünderung und Ungerechtigkeit – funktionieren kann. Die Bundesregierung muss mit den links orientierten Regierungen Lateinamerikas den Weg der Kooperation statt der Konfrontation suchen und die Blockade Kubas aufheben;</p> <p>Ausbau der zivilen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen EU und Russland; Östliche Partnerschaft mit Staaten aus der früheren Sowjetunion unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen Russlands gestalten;</p>	<p>Aufgreifen der positiven Impulse der Obama- Regierung für eine Politik der globalen Abrüstung, einen Strategiewechsel in Afghanistan und den Dialog mit dem Iran und innerhalb einer erneuerten transatlantischen Allianz verstetigen; insbesondere die Chancen für eine transatlantische Partnerschaft für den Klimaschutz nutzen;</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Internationale Politik / Internationale Beziehungen (Forts.)	<p>Afghanistan: Beitrag leisten, damit Afghanistan selbst für seine und damit unsere Sicherheit sorgen kann; Bereitschaft zu nachhaltiger Ausbildung und Unterstützung des afghanischen Sicherheitssektors und zum zivilen Wiederaufbau; Schaffung tragfähiger Strukturen als Voraussetzung für eine spätere Reduzierung und schließlich Beendigung des militärischen Engagements; enge Koordination der am Afghanistan-Engagement beteiligten Bundesressorts im Rahmen der „vernetzten Sicherheit“;</p>	<p>Im Konflikt über das Atomprogramm des Iran Einsatz für eine verhandelte Lösung im Rahmen der Vereinten Nationen, die Kooperationsanreize bietet, aber auch Sanktionen – wenn notwendig – nicht ausschließt;</p> <p>Afghanistan unterstützen: Afghanistan darf nicht wieder zum Zufluchtsort für Terroristen werden, die Regierung muss Sicherheit und Stabilität aus eigener Kraft gewährleisten können, die elementaren Menschenrechte müssen gewahrt sein. Einerseits zivilgesellschaftlicher und entwicklungspolitischer Ansatz, mit Aufbau der Infrastruktur, Projekten des kulturellen Dialogs sowie bildungspolitischen Initiativen; andererseits zivilmilitärischer Ansatz, mit Verstärkung der Ausbildungsanstrengungen für die afghanischen Sicherheitskräfte; Je schneller diese Ziele erreicht werden, desto schneller können wir unser militärisches Engagement in Afghanistan beenden.</p>	<p>Iran: Im Streit um das iranische Atomprogramm Anstreben einer Lösung auf dem Verhandlungswege; Unterstützung für das Ziel, dass Iran nicht in den Besitz von Atomwaffen kommen darf; es muss ein Weg gefunden werden, das verbriefte Recht auf zivile Nutzung der Atomenergie so umzusetzen, dass die Gefahr eines militärischen Missbrauchs ausgeschlossen werden kann;</p> <p>Afghanistan: Umsetzung der Strategie der vernetzten Sicherheit für die Stabilisierung Afghanistans unter Berücksichtigung der Stammesstrukturen; internationale Truppenpräsenz für eine Übergangszeit weiterhin erforderlich; mehr ziviler Wiederaufbau in ganz Afghanistan, verstärkte Übernahme der Verantwortung für die Sicherheit durch die afghanischen Armee- und Polizeikräfte, Begrenzung des Einsatzes der internationalen Truppen; regionaler Ansatz zur Problemlösung unter Einbeziehung von Ländern wie Pakistan, Russland, China und Iran; Ausrichtung der Strategie auf konsequenten Aufbau afghanischer Verwaltungsstrukturen; Schaffung von wirtschaftlichen Alternativen zum Anbau von Mohn;</p>	<p>Die beiden großen Kriege der vergangenen Jahre sind der Afghanistan-Krieg und der Irak-Krieg, der ein Krieg um Öl ist. Insbesondere der Krieg in Afghanistan wird gegenüber jeder Kritik zäh verteidigt, weil die NATO im Falle eines Scheiterns ihre Interventionsfähigkeit in Frage gestellt sieht. Ihr eigentliches Kriegsziel ist, sich als globale Interventionsmacht zu zeigen. Dadurch aber wird die Lage in Afghanistan deutlich schwieriger. Es gibt keinen militärischen Sieg im so genannten Anti-Terror-Krieg.</p>	<p>Sofortige Beendigung der Operation »Enduring Freedom« und kontraproduktiven militärischen Vorgehens; stattdessen muss der Schutz der Bevölkerung höchste Priorität haben und die Spirale der Gewalt unterbrochen werden; notwendig eine gemeinsame, abgestimmte Strategie und eine bessere Koordination der internationalen Gemeinschaft. Vorrang müssen zivile Antworten haben; besonders beim Polizei- und Justizaufbau muss Deutschland im Rahmen der EU-Missionen endlich mehr tun, damit die Menschen in Afghanistan auch in der Lage sind, für ihre eigene Sicherheit zu sorgen;</p> <p>Zustimmung zum ISAF-Mandat davon abhängig, ob ein ernst gemeinter Strategiewechsel stattfindet. Der zunehmend riskante Bundeswehreininsatz ist nur dann weiter zu verantworten, wenn der Kurswechsel energisch umgesetzt wird.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Internationale Politik / Internationale Beziehungen (Forts.)	<p>Vereinte Nationen: Stärkung erfordert interne Reformen; bei Reform des Sicherheitsrat Befürwortung eines ständigen Sitzes für die EU, auf dem Weg dorthin Bereitschaft Deutschlands, mit der Übernahme eines ständigen Sitzes mehr Verantwortung zu übernehmen;</p> <p>Wirksames und entschlossenes Vorgehen gegen Piraterie; Einrichtung eines internationalen Pirateriegerichtshofes;</p>	<p>Vereinte Nationen stärken: Unterstützung für den eingeleiteten Reformprozess. Deutschland ist bereit, international noch mehr Verantwortung zu übernehmen, auch im Sicherheitsrat;</p> <p>Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik stärken: In einer Welt mit einer Vielzahl neuer, selbstbewusster Akteure ist der kulturelle Austausch die Grundlage für den politischen oder gesellschaftlichen Dialog.</p> <p>Goethe-Institute, Partnerschulen im Ausland und wissenschaftlicher Austausch sind Ankerpunkte der Verständigung und werben für unsere Haltungen und Werte. Diesen Weg wollen wir weiter gehen</p>	<p>Vereinte Nationen: Sicherheitsrat muss nach einer umfassenden Reform die politischen und wirtschaftlichen Realitäten des 21. Jahrhunderts abbilden; Einsatz für einen europäischen Sitz im Sicherheitsrat; solange ein Sitz für die EU nicht zustande kommt, eigener deutscher Sitz als zweitbeste Lösung;</p> <p>Bei der Beteiligung Deutschlands an einer aktiven Bekämpfung der Piraterie Setzen auf starke Mandate, die ein wirkungsvolles Eingreifen ermöglichen;</p> <p>Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik: als langfristige Wirtschaftsförderung deutlich bessere finanzielle Ausstattung; stärkeres Gewicht für Förderung der deutschen Sprache im Ausland; langfristig Entwicklung kooperativer europäischer Kulturinstitute; angemessene Finanzierung für die Deutsche Welle;</p>		<p>Vereinte Nationen: gerechtere Zusammensetzung des Sicherheitsrates; Abschaffung der Vetomöglichkeiten; Einsatz für gemeinsamen europäischen Sitz im Sicherheitsrat; Ausbau der Fähigkeiten der Vereinten Nationen zur zivilen Krisenpräventionen und zur kollektiven Friedenssicherung; institutionelle, personelle und finanzielle Stärkung sowohl der UN als auch der Regionalorganisationen, insbesondere der OSZE;</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Internationale Politik / Europa	<p>Garantie von Wettbewerb und Verbraucherschutz und Beseitigung überflüssiger Bürokratie im EU-Binnenmarkt; Entlastung von Industrie, kleinen und mittleren Unternehmen, landwirtschaftlichen Betrieben, Freien Berufen und Handwerk von unnötigen Regulierungen;</p> <p>Starke, handlungsfähige Außen- und Sicherheitspolitik der EU: Aufbau auf einer erweiterten Sicherheitsstrategie, Stärkung des Hohen Beauftragten für Außenpolitik, Ausbau der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einschließlich einer Beistandsverpflichtung ergänzend zur transatlantischen Partnerschaft;</p> <p>Langfristige Energiepolitik der EU, die den Einfluss der EU auf den globalen Energiemärkten erhöht;</p> <p>Deutlichmachen des Werteverständnisses der EU durch einen Gottesbezug im EU-Vertrag;</p> <p>Einsatz für eine Stärkung der deutschen Sprache in Europa, um ihre faktische Benachteiligung in den europäischen Institutionen zu beenden;</p> <p>Erledigung von Aufgaben gemäß Subsidiaritätsprinzip so nah wie möglich bei den Menschen, Brüssel darf sich →</p>	<p>Progressive Weiteentwicklung der europäischen Tradition der Sozialstaatlichkeit; Ergänzung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion durch eine europäische Sozialunion;</p> <p>Sozialer Stabilitätspakt, der Ziele und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben festlegt, die sich an der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten orientiert und flexibel an diese anzupassen ist;</p> <p>Mindestlohnregelungen in allen EU-Mitgliedstaaten; Vorgehen gegen Steuerdumping; soziale Fortschrittsklausel im EU-Primärrecht, Überarbeitung der EU-Entsenderichtlinie; Stärkung der Mitbestimmung; mehr Rechte für europäische Betriebsräte; Europäischer Zukunftspakt für Arbeit;</p> <p>Vertrag von Lissabon soll bald in Kraft treten; durch ihn wird EU demokratischer, handlungsfähiger, bürgernäher und auch sozialer;</p> <p>Weiterentwicklung der EU zur Bürgerunion; parlamentarisch verantwortliche Regierung auf Basis einer europäischen Verfassung;</p> <p>Identität Europas als globale Friedensmacht weiter stärken;</p>	<p>Ziel: starke und selbstbewusste EU, die mit einer Stimme spricht und geschlossen für die Sicherung von Frieden, Freiheit und Wohlstand in der Welt eintritt;</p> <p>Reformen: EU soll demokratischer, verständlicher und handlungsfähiger werden; Festhalten am Ziel einer grundlegenden Reform: erhebliche Stärkung des Europäischen Parlaments, mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung; Stärkung des Subsidiaritätsprinzips, mehr Mitsprache des Bundestags in EU-Fragen, besser koordinierte EU-Außenpolitik, Demokratisierung der europäischen Innen- und Justizpolitik, wirkliche Durchsetzung des Europäischen Grundrechtekatalogs;</p> <p>Langfristige Ziele: Föderales Europa, Verabschiedung einer Europäischen Verfassung;</p> <p>Verankerung der Möglichkeit, EU-weiten Volksentscheid herbeizuführen, in den EU-Verträgen;</p> <p>Weiterentwicklung der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik; langfristiges Ziel des Aufbaus europäischer Streitkräfte unter gemeinsamem Oberbefehl und voller parlamentarischer Kontrolle;</p>	<p>eine europäische Wirtschaftsregierung einrichten: Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik koordinieren;</p> <p>die Europäische Zentralbank (EZB) gleichrangig auf Preisstabilität, nachhaltige Entwicklung und Beschäftigung verpflichten;</p> <p>EZB durch das Europäische Parlament und den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister kontrollieren;</p> <p>Stabilitäts- und Wachstumspakt durch eine Vereinbarung für nachhaltige Entwicklung, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz ersetzen;</p> <p>eine soziale Fortschrittsklausel mit dem Titel „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort sichern“ in europäische Verträge aufnehmen;</p> <p>eine europäische Verfassung durch Bürgerinnen und Bürger mit gestalten lassen und allen Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union zugleich zur Abstimmung vorlegen;</p> <p>Gleichberechtigung von Frauen und Männern verwirklichen, Diskriminierungsschutz ausbauen; Diskriminierung von Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, →</p>	<p>Für eine starke Europäische Union als globale Akteurin, die bei den Menschenrechten vorangeht, zur Vorreiterin beim Klimaschutz und bei der Umsetzung der Entwicklungsziele der Vereinten Nationen wird und für den Frieden in der Welt eintritt. Deshalb unterstützen wir die Entwicklung einer wirklichen gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, die der UN-Charta verpflichtet ist und von einer europäischen Außenministerin oder einem Außenminister vertreten wird;</p> <p>Die EU muss ihre vielfältigen Instrumente besser aufeinander abstimmen;</p> <p>Zivile Instrumente zur Krisenprävention müssen gestärkt werden. Dafür Aufbau einer Europäischen Friedensagentur und eines Europäischen Zivilen Friedenskorps – und eines Europäischen Zivilen Friedensdienstes, der die Friedensentwicklung von »unten« fördert.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Internationale Politik / Europa (Forts.)	<p>nicht einmischen, wenn Aufgaben auf bundes-, landes- oder kommunalpolitischer Ebene ausreichend oder besser geregelt werden können;</p> <p>Für ein Europa der Haushaltsdisziplin und der Beitragsgerechtigkeit sowie der Unabhängigkeit der EZB; Ablehnung von EU-Steuern;</p> <p>Erweiterungspolitik: Konsolidierungsphase im EU-Erweiterungsprozess notwendig, um die Identität und die Institutionen der EU zu festigen; für Aufnahme neuer Mitglieder in die EU ist das Kriterium der Aufnahmefähigkeit der EU ebenso wichtig, wie das der vollständigen Erfüllung aller politischen und wirtschaftlichen Kriterien durch die Bewerberländer;</p> <p>Privilegierte Partnerschaft anstelle einer Vollmitgliedschaft der Türkei;</p> <p>Eigene Formen der Zusammenarbeit wie die „östliche Partnerschaft“ für die europäischen Nachbarn der EU, die nicht oder noch nicht Vollmitglied werden können; maßgeschneiderte Partnerschaftsabkommen ohne Beitrittsperspektive für die nicht-europäischen Nachbarn.</p>	<p>Wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung auf EU-Ebene, vor allem in der Eurogruppe, verbessern und verbindlicher regeln;</p> <p>Neue europäische Initiative zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit insb. der kleinen und mittleren Unternehmen und des Handwerks; erleichterter Zugang zu Krediten und weiterer Abbau bürokratischer Hürden;</p> <p>Verstärkung der europäischen Investitionen in Innovation, Forschung und Entwicklung und in eine zukunftsfähige europäische Infrastruktur;</p> <p>Erweiterungspolitik: als erfolgreiche Friedenspolitik fortführen; Unterstützung für EU-Beitritt der Türkei, wenn diese die erforderlichen Kriterien voll erfüllt; Festhalten an der Beitrittsperspektive der Staaten des westlichen Balkans.</p>	<p>Europäischer Binnenmarkt: Förderung nach EU-weiter Bankenaufsicht, die bei der EZB anzusiedeln ist; Betonung der Unabhängigkeit der EZB; Grundlegendes Umdenken bei den EU-Finzen; Einsatz für nachhaltige europäische Haushaltspolitik; nachvollziehbare Finanzierung des Haushalts, die die aktuelle Wirtschaftskraft der Mitglieder widerspiegelt; strikte Kontrolle der Verwendung von EU-Mitteln in den Mitgliedstaaten; Ablehnung einer EU-Steuer und weiterer Belastungen für die deutschen Bürger; Beibehaltung des EU-Verschuldungsverbots;</p> <p>Erweiterungspolitik: Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit der Erweiterungspolitik der EU; Beitrittsverhandlungen müssen ergebnisoffen geführt werden; „Rabatt“ bei den Kriterien oder Beitrittsautomatismus darf es nicht geben; in den nächsten Jahren steht Zusammenwachsen der alten und neuen EU-Mitglieder im Vordergrund; langfristige Perspektive für die Staaten des westlichen Balkans, Schlüssel für Beitritt der Türkei sind Umsetzung der Reformen in der Türkei und Aufnahmefähigkeit der EU;</p>	<p>einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität europaweit ausschließen;</p> <p>EU-Regional- und Strukturpolitik mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausstatten;</p> <p>Auf- und Ausbau der Verkehrsverbindungen zwischen Ost- und Westeuropa;</p> <p>Zusammenarbeit in den Grenzregionen verstärkt entwickeln;</p> <p>Grenzschutzagentur FRONTEX abschaffen;</p> <p>Europäische Verteidigungsagentur durch eine Abrüstungsagentur ersetzen;</p> <p>Zusammenarbeit mit den östlichen und südöstlichen europäischen Nachbarländern ausbauen;</p> <p>Deutschland zum Vorreiter für Versöhnung und Verständigung machen;</p> <p>Regionale Zusammenarbeit der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenzregionen durch den Bund unterstützen und verstärken</p> <p>die Östliche Partnerschaft mit Staaten aus der früheren Sowjetunion unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen Russlands gestalten;</p>	<p>Erweiterungspolitik: Unterstützung der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei; Weg der Türkei in die EU ist ein Beitrag zu Stabilität und Frieden in der Region und zur Demokratisierung der Türkei; Eine besondere Verantwortung der EU für den westlichen Balkan: Förderung nach Heranführung dieser Staaten an die EU, das heißt Visafreiheit und das heißt Wirtschafts- und Umweltpartnerschaften aufbauen.</p> <p>Weiterer Ausbau der Nachbarschaftspolitik im Rahmen einer engeren Kooperation und gleichwertigen Partnerschaft, die eine nachhaltige wirtschaftliche, soziale, demokratische und ökologische Entwicklung in den Nachbarländern fördert.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Internationale Politik / Sicherheitspolitik	<p>Einsatz für ein neues strategisches Konzept der NATO, das auf die sicherheitspolitischen Veränderungen angemessen antwortet und einen neuen Konsens über Risiken, Bedrohungen, Aufgaben und Reichweite des Bündnisses stiftet;</p> <p>Zentrale Verpflichtung ist und bleibt die kollektive Verteidigung der Mitglieder des Bündnisses;</p> <p>NATO soll weiterhin für neue Mitglieder offen sein, die die Werte des Bündnisses und seiner Mitglieder teilen und deren Aufnahme mehr Sicherheit für alle Mitgliedstaaten bringt;</p> <p>Drängen auf effizientere Nutzung der zivilen und militärischen Fähigkeiten zur Krisenprävention und Krisenreaktion durch NATO und EU auf Grundlage einer pragmatischen Arbeitsteilung;</p>	<p>Gemeinsamer Raum der Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok, in dem NATO und Russland vertrauensvoll zusammenarbeiten. Ablehnung der amerikanischen Pläne für einen Raketenschirm als mit diesem Ziel nicht vereinbar;</p> <p>Ziel: Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen; für einen neuen Anlauf bei der nuklearen Abrüstung; vollständiger Abzug aller substrategischen Nuklearwaffen aus Europa, gilt auch für die noch in Deutschland verbliebenen Nuklearwaffen;</p> <p>Wiederbeleben des Vertrages über konventionelle Abrüstung in Europa (KSE)</p> <p>Restriktive Rüstungskontrollpolitik, die zudem auf hohem Niveau weiter europäisch harmonisiert werden sollte; Ablehnung von Rüstungsexporten in Krisengebiete und einer Aufweichung der Rüstungsexportpolitischen Grundsätze;</p> <p>Einsatz für Einhaltung der Achtung von Antipersonenminen und für die Durchsetzung des völkerrechtlichen Verbots von Streumunition; Einbeziehung der Raketenabwehr in die vertragliche Rüstungskontrolle;</p>	<p>Stärkung der NATO, Erhöhung des europäischen Gewichts innerhalb der NATO;</p> <p>Ziel: Gleichberechtigte Partnerschaft im Atlantischen Bündnis, Ausbau der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Stärkung der Bundeswehr;</p> <p>NATO muss das zentrale transatlantische Diskussions-, Entscheidungs- und Handlungsgremium sein;</p> <p>EU muss sich als europäischer Pfeiler der transatlantischen Sicherheitsarchitektur in die Lage versetzen, Konfliktfällen vorzubeugen und schnell, gemeinsam und flexibel zu reagieren; primär geht es darum, durch politische und andere geeignete Maßnahmen bewaffnete Konflikte zu vermeiden; klare Absage an Renationalisierung der Sicherheitspolitik;</p> <p>Militärische Einsätze als letztes Mittel; militärisches Handeln nur dann, wenn es gemeinsam mit den Partnern in der NATO oder der EU sowie aufgrund einer klaren völkerrechtlichen Legitimation möglich ist; Zustimmung des Deutschen Bundestages ist unverzichtbar; Ablehnung von Einsätzen ohne klare völkerrechtliche Grundlage, →</p>	<p>Bundeswehr sofort aus Afghanistan abziehen;</p> <p>Keine Auslandskriegseinsätze der Bundeswehr zulassen – auch nicht unter UN-Mandat: keine Militärberater zur Unterstützung autoritärer Regimes entsenden;</p> <p>Verteidigungsetat verkleinern und zivilen Friedensdienst ausbauen;</p> <p>somit auf die Pläne zur militärischen Nutzung der Kyritz- Ruppiner Heide als Bombodrom verzichten;;</p> <p>NATO auflösen und ersetzen durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands; Errichtung des „Raketenabwehrschildes“ in Polen und Tschechien verhindern;;</p> <p>Wehrpflicht abschaffen; Bundeswehr zu einer Verteidigungsarmee umgestalten und deutlich verkleinern; mit einem Konversionsprogramm des Bundes die Aufgabe von Militärstandorten und die zivile</p> <p>Nutzung aufgegebenen militärischer Liegenschaften unterstützen; Jugendoffiziere in Schulen, Universitäten und Arbeitsagenturen nur mit Vertreterinnen und Vertretern gegenteiliger Auffassungen auftreten lassen;</p>	<p>Mittelfristige Überführung der NATO in eine kooperative Sicherheitsarchitektur, die auf dem Prinzip des Friedens und gemeinsamer Sicherheit basiert. Ablehnung des Ausbaus der NATO zu einer Welt-polizei;</p> <p>Einsatz von Streitkräften nur zu rechtfertigen, wenn er als äußerstes Mittel im Rahmen der UN-Charta völkerrechtlich legal, vom Gesamtansatz her aussichtsreich und hinsichtlich der Risiken verantwortbar ist;</p> <p>Für jeden Auslandseinsatz muss es ein völkerrechtliches und parlamentarisches Mandat, klare Einsatzregeln und die Einbettung in eine politische Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung geben. Die politischen Ziele müssen klar definiert, realistisch und überprüfbar sein;</p> <p>Handeln von Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen muss vorbehaltlos an die Grund- und Menschenrechte gebunden sein;</p> <p>Ausbau und Stärkung der parlamentarischen Kontrolle für Einsätze;</p> <p>Angesichts der Vernachlässigung der zivilen Dimension von Krisenengagements sollen bei →</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
internationale Politik / Sicherheitspolitik (Forts.)	<p>Entscheidung über Auslandseinsätze unter Beteiligung des Bundestages nach den Werten und Interessen Deutschlands und im Lichte der internationalen Bündnisverpflichtungen; Auslandseinsätze müssen in Übereinstimmung mit Grundgesetz und Völkerrecht erfolgen und der Bewahrung oder Herstellung des Friedens und der internationalen Sicherheit dienen;</p> <p>Bundeswehr als unverzichtbares Instrument im Konzept vernetzter Sicherheit sowohl für die landes- und Bündnisverteidigung, als auch für internationale Krisenvorsorge und Krisenbewältigung; Wehrpflicht bleibt angesichts der neuen Bedrohungen der Sicherheit zukünftig notwendig, wichtiges Instrument der Sicherheitsvorsorge; notwendig mehr Wehrgerechtigkeit und attraktivere Gestaltung der Wehrpflicht; Erhalt des Zivildienstes als Ersatzdienst;</p> <p>Ausreichende Finanzmittel für die Bundeswehr;</p>	<p>Zurückdrängen des Einflusses privater Söldnerarmeen und Sicherheitsdienste; strenge nationale und internationale Regeln für private Militär- und Sicherheitsfirmen;</p> <p>Internationale Einsätze der Bundeswehr verantwortlich gestalten: Legitimierung durch ein Mandat des UN- Sicherheitsrates sowie einen konstitutiven Beschluss des Deutschen Bundestages Integrierung in ein politisches Gesamtkonzept;</p> <p>Modernisierung der Bundeswehr: Transformationsprozess aktiv vorantreiben und Umbau weiterhin sozialvertraglich gestalten;</p> <p>Fortentwicklung der Wehrpflicht, die unter Beibehaltung der Musterung die Möglichkeit einer flexiblen Bedarfsdeckung des erforderlichen Bundeswehrpersonals mit einer Stärkung des freiwilligen Engagements in der Bundeswehr verbindet. Einberufung zum Dienst in den Streitkräften nur noch derjenigen, die sich zuvor bereit erklärt haben, den Dienst in der Bundeswehr zu leisten.</p>	<p>kein bündnispolitischer Automatismus bezüglich der Teilnahme der Bundeswehr an Einsätzen im Ausland;</p> <p>Terrorismusbekämpfung: langfristiger Ansatz, der sowohl außenpolitische, als auch entwicklungspolitische, und in Einzelfällen auch polizeiliche und militärische Maßnahmen einschließt;</p> <p>Bundeswehr der Zukunft: für nachhaltige Verbesserungen der Bundeswehr-Struktur; konsequente Ausrichtung auf die wahrscheinlichen Einsätze im Rahmen internationaler Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus; Aufstellung der Personalstärke der Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche so, dass die Bundeswehr die notwendige Anzahl Soldaten jederzeit in den Einsatz entsenden kann;</p> <p>Beendigung der „Kopflastigkeit“ der Bundeswehr zugunsten einer Erhöhung der Einsatzbereitschaft; Erhöhung der Attraktivität des Dienstes durch eigenes Besoldungsrecht, Weiterbildungsmöglichkeiten und bessere Vereinbarkeit von Dienst und Familie;</p>	<p>Tendenz zur Privatisierung militärischer Dienste entgegneten und insbesondere für das internationale Verbot von Privatarmeen eintreten;</p> <p>keinem Ausweitungsversuch der NATO zustimmen: die Beteiligung an der NATO Response Force (NRF) und multinationalen Rüstungsprogrammen ablehnen; keiner Ausweitung des NATO-Auftrages (Strategischer Seetransport, Katastrophenschutz, Energiesicherheit) zustimmen; NATO-Doktrin präventiver Kriege und des Einsatzes von Atomwaffen beenden; aktive Schritte zu einer atomwaffenfreien Welt unternehmen;</p> <p>UN-Resolution 1325 „Frauen und Frieden“ umsetzen: Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisensituationen schützen und an Friedensprozessen aktiv beteiligen;</p> <p>nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 auflegen; die Herstellung, Nutzung und den Vertrieb von Streubomben und Landminen verbieten, den Bestand dieser Waffen vernichten;</p> <p>Rüstungsexporte verbieten; alle militärischen Stützpunkte ausländischer Armeen in Deutschland schließen und alle Atomwaffen vernichten lassen.</p>	<p>Bundestagsmandaten zu Auslandseinsätzen die notwendigen zivilen Aufgaben und Fähigkeiten mit beschlossen werden;</p> <p>Für geheimhaltungsbedürftige Einsätze benötigt der Bundestag bessere Kontrollrechte;</p> <p>Die Militärbasen ausländischer Streitkräfte dürfen ausschließlich im Sinne des Völkerrechts genutzt werden.</p> <p>Verkleinerung der Bundeswehr auf 200.000 Soldatinnen und Soldaten verkleinern;</p> <p>Abschaffung der Wehrpflicht, Umwandlung des Zivildienstes und Ausbau der Freiwilligendienste;</p> <p>In der Bundeswehr Einführung eines freiwilligen militärischen Kurzdienstes von zwölf bis 24 Monaten einführen, der Frauen und Männern offen steht;</p> <p>Bundeswehr soll eine Freiwilligenarmee im Auftrag des Parlamentes werden; ihre Kernaufgabe in internationalen Einsätzen ist es zu stabilisieren und zu schützen, um nicht kämpfen zu müssen;</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Internationale Politik / Sicherheitspolitik (Forts.)			<p>Verschlankeung der zivilen und militärischen Führungsstruktur der Bundeswehr;</p> <p>Aussetzung der Wehrpflicht; Freiwilligenarmee,</p> <p>Ablehnung eines Einsatzes der Bundeswehr im Innern über die bestehenden Regelungen der Verfassung hinaus.</p>		<p>Absage an militärische Abenteuer wie den Irak-Krieg, Ressourcenkriege oder Bundeswehreinsätze im Innern;</p> <p>Bundeswehr muss zur Haushaltskonsolidierung, Rüstungskontrolle und Abrüstung beitragen und auf Standorte wie das »Bombodrom« bei Wittstock unverzüglich verzichten. Auch Luft- Boden- Übungsplätze wie Nordhorn-Range und Siegenburg sind verzichtbar.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Internationale Politik / Entwicklungszusammenarbeit	<p>Entwicklungspolitik als strategische Partnerschaft, die sowohl den Interessen der Empfängerländer als auch Deutschlands dient;</p> <p>Gute Regierungsführung und Fortschritte im Bereich der Menschenrechte als maßgebliche Kriterien bei der Entwicklungszusammenarbeit;</p> <p>Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung zwischen den Geberländern, auch in der EU;</p> <p>Deutsche Stimme in internationalen Entwicklungsorganisationen muss dem Gewicht der finanziellen Beiträge entsprechen;</p> <p>Optimierung der entwicklungspolitisch relevanten Strukturen des deutschen Außenhandels und Zusammenführung zu einer kohärenten Entwicklungspolitik; effizientere Gestaltung der entwicklungspolitischen Instrumente; Vornahme der notwendigen Strukturveränderungen bei staatlichen Durchführungsorganisationen;</p> <p>Steigerung der Mittel für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7% des Bruttonationaleinkommens;</p> <p>Noch engere Vernetzung mit zivilgesellschaftlichem Engagement der Kirchen, NGOs und politischen Stiftungen.</p>	<p>Ein eigenständiges Entwicklungsministerium erhalten: Entwicklungszusammenarbeit soll kohärent von eigenständigem Entwicklungsministerium gesteuert werden; Zeichen dafür, dass globale Solidarität und der Kampf gegen die Armut höchste Priorität haben;</p> <p>Mehr Geld für Entwicklung: Bis 2010 0,51% und bis 2015 0,7% des Bruttoinlandsproduktes für die weltweite Bekämpfung von Armut und Hunger zur Verfügung stellen; neben der Bereitstellung von klassischen Haushaltsmitteln weitere, innovative Finanzierungsquellen erschließen; Einsatz für eine Abkehr vom globalen Ungleichgewicht zwischen Rüstungs- und Entwicklungsausgaben;</p> <p>Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 erreichen: mehr in die ländliche Entwicklung, in den Klimaschutz, in die Anpassung an den Klimawandel und in Erneuerbare Energien investieren;</p> <p>Partnerländer beim Ausbau sozialer Sicherungssysteme sowie eines effizienten und gerechten Steuersystems unterstützen;</p> <p>Unterstützung Afrikas als wichtiger Schwerpunkt;</p> <p>Intensive Fortsetzung der Zusammenarbeit mit und Förderung von Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen und Wirtschaft.</p>	<p>Fokussierung der Entwicklungszusammenarbeit auf schwächste und ärmste Länder;</p> <p>Zusammenarbeit mit Schwellenländern muss auf eine grundsätzlich neue Grundlage gestellt werden; Partnerschaft in den Bereichen Rechtsstaats- und Demokratieförderung; Umwelt- und Klimapolitik, Wissenschaft und Forschung;</p> <p>Konsequentes Einfordern guter Regierungsführung durch Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, insbesondere Bekämpfung der Korruption;</p> <p>Unterstützung für sich selbst tragende Wirtschaftsentwicklung in den Empfängerländern als Kernaufgabe der Entwicklungszusammenarbeit; zügiger Abbau von Handelshemmnissen für Entwicklungsländer, insbesondere im Agrarbereich;</p> <p>Verstärkung aller Anstrengungen bei Prävention, aber auch Behandlungsmöglichkeiten, Medikamentenversorgung, Ausbildung von Gesundheitspersonal und Bildung von Gesundheitssystemen bei der Bekämpfung von HIV/AIDS;</p> <p>Mehr Transparenz und klare Aufgabenverteilung zwischen europäischer und nationaler Entwicklungszusammenarbeit.</p>	<p>Menschenrecht auf Nahrung und die Nahrungssouveränität verwirklichen;</p> <p>Finanzmärkte regulieren, Hedge-Fonds und spekulative Geschäfte mit Nahrungsmitteln unterbinden;</p> <p>Frauenförderung als entwicklungspolitischer Schwerpunkt;</p> <p>IWF und Weltbank demokratisch reformieren und vollständig in das UN-System einbinden;</p> <p>Gerechte Handelsstrukturen herstellen, Entwicklungsländer entschulden: EU-Exportsubventionen abschaffen; „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“ mit den AKP-Staaten und andere Freihandelsabkommen neu verhandeln; faire Schiedsverfahren für insolvente Staaten schaffen;</p> <p>Wirkungsvolle und verlässliche Nothilfe gewährleisten: die Zahlungen für die internationale Nothilfe auf eine verbindliche Basis stellen und finanzkrisensicher machen; Hilfen ohne wirtschaftspolitische Auflagen gewähren;</p> <p>Entwicklungspolitik an zivile Konfliktprävention, Völkerrecht und Menschenrechte sowie aktive Friedenspolitik binden;</p> <p>0,7 % des Bruttoinlandsproduktes für die Entwicklungshilfe bereitstellen</p>	<p>Millenniums-Entwicklungsziele der UN schnellstmöglich umsetzen; bis 2015 Armut und Hunger in der Welt wenigstens halbieren;</p> <p>OECD-Länder müssen bis 2015 – wie bereits 1970 vereinbart – 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit einsetzen und besonders die Partnerschaft mit Afrika intensivieren;</p> <p>Einführung innovativer Finanzierungsinstrumente wie Finanzumsatzsteuer und Flugticketabgabe;</p> <p>Unter Federführung eines eigenständigen Entwicklungsministeriums sowohl die bi- als auch die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit ausbauen, effizienter machen und stärker an den Bedürfnissen der verletzlichsten Bevölkerungsgruppen in den Partnerländern ausrichten;</p> <p>Zusammenlegung staatlicher Durchführungsorganisationen zu einer bundeseigenen Entwicklungsagentur;</p> <p>Verstärkte Förderung von Nichtregierungsorganisationen und kirchlichen Hilfswerken;</p> <p>Demokratisierung von IWF und Weltbank;</p> <p>Entschuldungsinitiativen und Streichung der illegitimen Schulden:</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Internationale Politik / Menschenrechte	<p>Menschenrechtspolitik und Entwicklungspolitik gehören zusammen und müssen eng aufeinander abgestimmt werden. Bei der Mittelvergabe in der Entwicklungszusammenarbeit müssen gute Regierungsführung und Fortschritte im Bereich der Menschenrechte maßgebliche Kriterien sein. Ein besonderes Anliegen ist die Unterstützung von Menschen, die sich weltweit in friedlicher Weise für den Schutz der Menschenrechte einsetzen;</p> <p>(s. auch o. „Entwicklungszusammenarbeit“)</p>	<p>Menschenrechte stärken: Der weltweite Einsatz für Menschenrechte ist zentraler Bestandteil unserer Politik. Menschenrechte, Menschenrechtspolitik ist auch Friedenspolitik.</p> <p>Weitere Stärkung der Menschenrechtsschutzsysteme der Vereinten Nationen, der EU und des Europarates;</p> <p>Stärkung der Rechte von Frauen; Kampf gegen die Genitalverstümmelung fortsetzen und weltweit helfen, Gewalt gegen Frauen zu beenden;</p> <p>Verhinderung der Verfolgung Angehöriger sexueller Minderheiten;</p> <p>Ausbau des Instruments der Menschenrechtsdialoge national wie auf europäischer Ebene;</p> <p>Unterstützung für die europäischen und internationalen Initiativen zur Abschaffung von Todesstrafe und Folter;</p> <p>Unterstützung der internationalen Strafgerichtsbarkeit, damit Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen geahndet und die Täter zur Rechenschaft gezogen werden.</p>	<p>Einhaltung der Menschenrechte als Fundament für die demokratische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung jedes Landes;</p> <p>Folter, unmenschliche und grausame Behandlung, Verschleppung und Betreiben von exterritorialen Gefängnissen dürfen nicht Teil staatlichen Handelns sein und auch vom Staat nicht geduldet werden;</p> <p>Eintreten für weltweite Abschaffung der Todesstrafe und gegen menschenverachtende Verhörmethoden;</p> <p>Ächtung und internationales Verbot von Menschenhandel, Kinderarbeit, Einsatz von Kindersoldaten, Zwangsprostitution, Zwangsheirat, Organhandel und Genitalverstümmelung;</p> <p>Einsatz gegen Verfolgung aufgrund von Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit, Religion, sexueller Orientierung und für Gleichberechtigung und Toleranz;</p> <p>Befürwortung von Zertifizierungsmaßnahmen und Initiativen verantwortungsvoller Unternehmensführung in der Wirtschaft zur Durchsetzung menschenrechtlicher Standards;</p> <p>stärkere Unterstützung der Arbeit des Europarates und insbesondere des EGMR.</p>	<p>(s. o. „Entwicklungszusammenarbeit“)</p>	<p>Kein Rabatt bei Menschenrechten, weder wegen wirtschaftlicher, politischer noch angeblich religiöser Interessen;</p> <p>Einsatz insbesondere gegen Folter, Todesstrafe, willkürliche Verhaftungen, Rassismus, Versklavung, sexuelle Ausbeutung und Diskriminierung aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechtes oder der sexuellen Orientierung;</p> <p>Setzen auf Dialog und Drängen auf strukturelle Verbesserungen, um die Menschenrechte weltweit zu verwirklichen;</p> <p>Stärkung der internationalen Menschenrechtsorganisationen der UN, des Europarates, der EU und der OSZE;</p> <p>Weitere Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofes und Einsatz für eine Ausweitung der Tatbestände, die er verhandeln kann;</p> <p>Entwicklung von Konzepten für wirksame völkerrechtliche Schutzmechanismen der UN.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009

CDU/CSU

SPD

FDP

Die Linke

Grüne